

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Verwaltungskarte für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühren:**  
 beträgt für die sechsgehaltene Monatszeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 11. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Rannibalen.

Einen Sonnenbrief, der an scheußlicher Rohheit noch die bisherigen fürchterlichen Zeugnisse europäischer Gesittung und militärischer Kultur übertrifft, veröffentlichen wir zur zweiten Lesung des Etats. Dieser unfähig gemeine Brief, der das Entsetzlichste wie etwas ganz Natürliches schildert, ist von dem freiwilligen Patrioten an die — eigne Mutter gerichtet worden, nur die Erwähnung des Vildes „seiner Minna“ deutet darauf, daß er eine holde deutsche Braut sein eigen nennt. Die schlimmsten Verbrechen, die in Deutschland mit dem Tode bestraft werden, verblaffen neben diesen Kriegsgreueln, deren sich der Briefschreiber mit unflätigem Behagen rühmt. Der Brief, dessen Original in unsren Händen gewesen ist, lautet buchstabengetreu:

Tientsin, den 11. 10. 1900

Liebe Mutter und Verwandte!

Ich muß Euch Benachrichtigen das Ich jetzt 4 Wochen in China bin und morgen, am 12. gehen wir nach Peking und da müssen wir gegen 250000 Boger das Ist das erste Gefecht was Ich mitmache und dann werde Ichs Beste hoffen das Ich Gesund und Mutter wiederkomme denn mit den Chinesen da spielen wir nicht. Ich war auf Posten den 29. September in Schanghai 30 Stunde von Tientsin da machten wir einen Raubzug da wollten wir 7 Chinesen überfallen. Aber da hab Ichs Thun Gezeigt was Deutsche sind. Ich schoß 5 direkt todt und 2 schlug Ich den Kopf zusammen dann eroberten wir Döfen Esel Pferde und Andere Lebensmittel wenn sie nichts Geben wollten dann wurde Gewalt gebrannt. Geld oder Todt denn hier Gibts kein Erbarmen. Das Arbeiten für Uns müssen die Chinesen thun wenn sie Geld haben wollen denn kriegen sie Schläge zu und dann werden Sie rausgeschmissen beim Kopf. Das ist Gerade was für mich denn ich habe schon einige mit dem Bajonett durchstochen und dann die Mädchen, daran fehlt es hier nicht. In jedem Hause 5-6. 7. Stück dann wird sich die schönste Ausgefacht die Andern werden rausgeschmissen und dann machen wir damit was wir wollen die Männer wenn die was wollen die werden gleich verhauben denn die Sind so feige wenn wir mit 2 Mann im Hause sind und 20 Männer dem, kriegen sie es doch mit der Angst. Das schlimmste hier ist die Murr und Taus daran sterben viel nur hat bis jetzt nichts Geseht und dem hat mir meine Minna Ihr Bild nach hier Geseht. Und dem Wünsche Ich Euch Alle frühliche Feste nächstes Jahr bin Ich vielleicht wieder da. Ich konnte hier Schandarm werden aber das wollte Ich nicht mehr.

Run will Ich schließen und thue Euch Alle Herzlich Grüßen aus China

Es grüßt . . . Schreib bald wieder

Das sind wieder, um mit dem China-Maler Rockoll zu reden, „fesselnde“ Bilder aus dem Kriege — ein neuer Beweis für die Nichtigkeit unserer Kriegsschwärmer von Moltke bis Stengel und Goltz, daß der Krieg eine der schönsten und nützlichsten Einrichtungen Gottes sei, ein Stahlbad sittlicher Charakterbildung und ein „Blud“ für eine Armee, die ihre Kräfte erproben kann.

Gerade heute schreibt die „Tägliche Rundschau“ in Anknüpfung an einen allgemeinen Satz über „geschändete Weiber und ermordete Kinder“, zwar nicht entrüstet über die Hunnenthaten, aber über die Socialdemokraten, die diese Dinge aufdecken. Sie meint: „So lange wir eine derartige Bestimmung in socialdemokratischen Zeitungen antreffen, die selbst vor der Verleumdung unserer opfermütigen Brüder in der Ferne nicht Halt macht, welche ihr Blut und Leben einsetzen für die Ehre ihres Vaterlands, so lange dürfen wir vor der socialdemokratischen Gefahr ruhig sein. Denn auch die socialdemokratischen Leser des Blatts werden sich eines Uebels vor einem solchen Treiben nicht verwehren können, und jeder anständige Mann wird wissen, wie er sich einer politischen Richtung, die dergleichen Mittel benötigt, zu verhalten hat.“

Was meint die „Tägliche Rundschau“ über die in dem oben mitgetheilten Soldatenbrief eines opfermütigen Bruders enthaltene Selbstbezüglichung, der mit geschändeten Weibern läde renommirt. —

Das „Journal de Pontarlier“ veröffentlicht, wie wir der Pariser „Aurore“ entnehmen, einen Brief, aus dem sich ergibt, daß als neueste Geschenkartikel — Sonnenköpfe verschickt werden.

Pontarlier ist Grenzstadt und liegt an der Eisenbahnlinie, die durch den Gottthard führt. Hier ist das Zollamt für die aus Italien kommenden Waren, und da in den italienischen Häfen viel von der in China eroberten Beute ausgeführt wird, so berührt vieles davon die genannte Bahnstation. Der Redacteur des oben genannten Blatts bekundet, daß er sich von der Wahrheit des in dem Schreiben Angegebenen überzeugt habe. Der Brief lautet:

Pontarlier, 2. Januar 1901.

Herr Redacteur!

„Auf dem Zollamt des hiesigen Bahnhofes lagert seit einigen Tagen eine Riste von etwa 1 Kubikmeter Umfang; die Riste ist innen mit Eisen ausgekleidet. Dieser Kasten ist bis oben angefüllt mit sehr eleganten Kleidungsstücken: Mäntel mit Fuchspelzbesatz, Westen, gefüllter mit Schaafpelz, Kleider und Röcke für Frauen in den prächtigsten Farben. Das alles ausgefattet mit Seidenstickerei und Spitzen von großer Feinheit, und alles höchst vollendet gearbeitet.“

Wie es scheint, hat man hier eine vollständige Garderobe irgend eines hohen Mandatins oder eines Prinzen vor sich. Die prachtvolle Ausführung läßt auf einen sehr hohen Grad künstlerischen Geschmacks der chinesischen Arbeiter schließen, wie man ihn ver-

gebens bei denen suchen dürfte, die dahin gesandt sind, um dort die Civilisation zu verbreiten.

Aber das ist doch nicht das Interessanteste der Sendung; dies ist vielmehr in einer Ecke des großen Kastens verborgen. Es ist der Kopf eines Manns, sorgsam in Papier gehüllt, an dessen Schädeldede folgende Inschrift in Tinte zu lesen ist:

Der Kopf eines Bogers,

Alter ungefähr 25 Jahre.

Geldt durch mich.

Bei der Eroberung von P. L. Sang

den 16. August 1900.

Seten wir für ihn! (De profundis.)

R. Lafrance.

Der Schädel steht aus, als ob er einem Manne gehört habe, der bereits seit 15 oder 20 Jahren tot ist, so geäubert sind die Knochen des Kopfs und des Gesichts vom Fleisch, und wenn man bedenkt, daß der arme Leibel vor kaum 6 Monaten noch lebte, so kann man ermessen, welche sorgfältige Schlächterarbeit der Offizier, der ihn tötete, geleistet haben muß. Die Idee, den Schädel des von ihm Getödeten aufzubewahren und als Trophäe nach Hause zu schicken, konnte nur dem Gehirn eines Frauen- und Kinder-schlächters entspringen.

Und von welchem Seelenzustand zeugt das: De profundis (das „Licht uns für ihn beten“ am Schluß französischer Todesanzeigen)? Ist das die That eines Christen, bei dem das religiöse Gefühl nicht mehr bis zur Achtung vor dem Tode reicht? Oder findet man sich der That eines durch das Blutvergießen zur Bestie Gewordenen gegenüber?

Was kommt es schließlich darauf an, seit drei oder vier Jahren sind wir an so viel gewöhnt.

Dieser Kopf und die kostbare Seide, in die er verpackt, sind adressiert an eine Frau, Mutter, Gattin oder Schwester des Absenders. In früheren Zeiten mit andren Sitten- und Moral-grundlagen hätten die Adressatinnen eine solche schauerhafte Trophäe mit Grauen und Ekel empfangen; kein Zweifel, daß die Empfängerinnen von heute bei dem Empfang der Seide sich un-gemein freuen werden, kein Zweifel auch, daß der Schädel einen hervorragenden Platz bekommen wird, damit er Kunde gebe von den großen Thaten des Offiziers.“

Soweit der Brief. Urban Gohier, der tapfere Kämpfer gegen den französischen Militarismus, der den Brief in der „Aurore“ zum Abdruck bringt, bemerkt dazu:

Das sind die Schändlichkeiten der Civilisation! Das die Zeugnisse der Ehre und der Moralität des Militarismus. Man komme nicht und schreie über Unwahrscheinlichkeit. Erstens ist der Thatbestand von Dritten beglaubigt. Ferner aber stimmt diese Schilderung vollkommen überein mit den Behauptungen, die ich seiner Zeit aufgestellt habe, ohne Widerspruch zu finden, und die dahin gingen, daß die französischen Officiere von Algier aus an ihre Freunde in Frankreich Kästen mit Ohren und abgeschnittenen Händen schickten.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Januar.

#### Kanal und Getreidezoll.

Die neue Kanalvorlage wird in der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ mit einer Entschiedenheit angefündigt, daß man wirklich glauben sollte, die Regierung werde diesmal auf dem Entwurf bestehen und unbedingten Willen bethätigen. Daraus scheinen die folgenden einleitenden Sätze der sonst unbedrücklichen Auslassung hinzudeuten:

„Nachdem in der Thronrede zur Eröffnung der Landtags-sesssion die nahe bevorstehende Einbringung der umgearbeiteten und erweiterten Kanalvorlage angekündigt worden ist, werden wohl auch diejenigen, welche bis zuletzt der Meinung waren, daß die Vorlage erst viel später, vielleicht auch gar nicht an den Landtag gelangen werde, einsehen, daß sie in einem Irrtum befangen waren. Nachdem ferner der Ministerpräsident Graf Bülow in der gestrigen ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses mit ersten eindringlichen Worten für die Kanalvorlage eingetreten ist, darf auch darüber kein Zweifel mehr obwalten, daß die hier und da umlaufenden Zeitungsgerüchte von einer bloß formalen Erledigung der Vorlage völlig haltlos sind.“

Die Agrarier stellen sich freilich einstweilen sehr spröde. Sie beobachten die pfiffigen Manieren des Viehhandels und tragen eisige Kühle zur Schau. Den Kanal rechnen sie nach wie vor unter die unrentablen Ausgaben und sie schelten ihren Miquel, daß er die Finanzlage zu rosig gemalt habe. Man will eben erst des denkbar höchsten Zolls sicher sein, ehe man seine Geneigtheit erklärt, für den Kanal zu stimmen. Darum nimmt denn auch die agrarisch-konservative Presse die Bülowsche Ankündigung eines erhöhten Zollsahuzes mit vornehm-gleichgültiger Miene als etwas Selbstverständliches hin, das zu keiner Gegenleistung verpflichtet. Die Junker verstehen ihr Geschäft.

Die Bülowschwärmer der Liberalen, Freisinnigen und Demokraten ist jetzt stark erschüttert. Man hatte den Junker durch Liebkosungen und Schmeicheleien zu gewinnen versucht und erkennt nun, daß der Geliebte seine Gunst den Agrariern erweist.

Das ist der Unterschied zwischen der junkerlichen und bürgerlichen Taktik. Die Bourgeoise sucht durch schweif-vordelnde Untertwürfigkeit Vorteile zu erschleichen. Das Junkertum durch dreisten Troß. Dieses erreicht, was es will, jene trägt zur Schande der Erniedrigung noch den Hohn davon.

### Der Reichstag

hat am Donnerstag die zweite Lesung des Etats aufgenommen, von dem am Mittwoch nur ein ganz unwesentliches Zeichen erledigt worden war. Es ging schneller, als man vermutet hatte. Der Etat des Reichskanzlers wurde ohne aufregende Debatten erledigt. Die Agrarier sind mit dem Grafen Bülow seit seiner Rede im Abgeordnetenhause offenbar recht zufrieden. Sie beschränkten sich heute darauf, über eine Resolution des Grafen Rindowström zu debattieren, der in dem künftigen Handelsvertrag mit Rußland die Ausnahmefrachtfähigkeit für russisches Getreide, das aus Libau und Riga kommt, auf deutschen Bahnen beseitigt haben will. Graf Kanitz bemühte als Gemütsmensch die erste Gelegenheit, um Rußland über die Erhöhung des Roggenzolls, den er schon in der Tasche zu haben scheint, zu trösten: In deutschen Landen soll von 1903 ab nicht mehr das Petroleum der dreisten Jankees, sondern nur russisches Petroleum brennen, für dessen Bezug jede mögliche Erleichterung gewährt werden soll.

Die Frage dieser Ausnahmefrachtfähigkeit wird in der Budgetkommission ausführlich erörtert werden. Dort will auch der preussische Handelsminister nähere Auskunft geben, wie er durch einen seiner Geheimräte versprochen ließ. Ob aber schon der Schleier von den Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses über den neuen Zolltarif aufgehoben werden wird, wie der freisinnige Abg. Müller-Sagan verlangte, erscheint sehr ungewiß. Der Reichskanzler schwieg. Er schwieg auch, als ihm unser Genosse Molkenbuhner wegen der „Vaterlandslosen Agitatoren“-Rede des Kaisers anließ.

So billig wie Graf Bülow wird Graf Posadowsky wohl nicht fortkommen, obwohl die Vorsicht beobachtet wird, Herrn v. Boedike ganz verdeckt zu halten. Der National-liberale Wasserfmann eröffnete die Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern mit einer langen socialpolitischen Rede nach dem Muster des Vereins für Socialreform. Er tabelte in sanften Worten das langsame Tempo, das in allen Arbeiterfragen eingehalten wird, verlangte mit ziemlicher Energie das Verbot der Heimarbeit schulpflichtiger Kinder und trat für eine erweiterte Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik ein. Zu seinem socialpolitischen Programm gehört noch die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen, kaufmännische Schiedsgerichte und paritätische kommunale Arbeitsnachweise. Natürlich müssen so grundstürzende Reformen hübsch bedächtig eingeführt werden. Immerhin ist sich Herr Wasserfmann darüber klar geworden, daß die Thätigkeit des Reichsamts des Innern, das für Agrarier und Großindustrielle die Hände voll zu thun hat, selbst bescheidenen Ansprüchen nicht genügt, und er verlangte deshalb ein besonderes Amt für Socialpolitik.

Genosse Molkenbuhner forderte mit viel größerem Nachdruck als der Nationalliberale die Erweiterung der Zuständigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik. Er fragte an, wann die Novelle zur Krankenversicherung denn endlich kommen werde und berührte das von ihm schon früher zur Sprache gebrachte Thema der falschen Berechnung der Durchschnittsteuer. Graf Posadowsky erklärte es für ausgeschlossen, daß die Krankenversicherung noch in dieser Session reformiert werden könne. Als nächstes Arbeitsgebiet für die Kommission für Arbeiterstatistik bezeichnete er die Untersuchung der Zustände im Fleischergerwerbe und in den Comptoiren. Ein Gesetz über die Heimarbeit der Kinder soll in Vorbereitung sein.

Den Schluß des Tags bildete wieder eine kleine agrarische Debatte. Der Centrums-Abgeordnete Sped erklärte es für eine Verletzung des Rechtsgefühls des Volks, wenn die elch-lothringische Regierung den Arbeitern erlaube, auswärtige Mürste in kleinen Quantitäten zollfrei über die Grenze einzuführen. Graf Posadowsky machte ihn bescheiden darauf aufmerksam, daß die Frage, ob das Fleischschau-Gesetz eine so rigorose Auslegung, wie er sie verlange, finden würde, mindestens strittig sei und hat die Agrarier um Entschuldigung wegen der langsamen Durchführung des Fleischschau-Gesetzes, die sehr umfangreiche technische Vorarbeiten erfordere.

Freitag ist Schwerinstag. Zunächst wird ein konservativer Antrag auf Abänderung des Gesetzes über den Zwangsberufungsberatern werden; dann kommt unser Antrag wegen der Gewerbegebiete an die Reihe. —

### Deutsches Reich.

Dr. v. Clemens giebt zu unsrer gestrigen Wiedergabe eines umlaufenden Gerüchtes die folgende Erklärung ab:

In dem heutigen Leitartikel des „Vorwärts“ wird über eine Unterredung berichtet, welche zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir stattgefunden haben soll. Gestatten Sie mir demgegenüber die Mitteilung, daß seit mindestens einem Jahr keinerlei irgendwie geartete Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und mir stattgefunden hat.

Die gute finanzpolitische Tradition. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ machen darauf aufmerksam, daß im Extraordinarium des preussischen Etats für 1901 verschiedene erste Bauraten für solche wasserwirtschaftlichen Unternehmungen ausgedrückt werden, welche in der dem Landtag zu unterbreitenden wasserwirtschaftlichen Vorlage enthalten sind. Die Einstellung dieser Bauraten des erst noch zu bewilligenden Kanals in den diesjährigen Etat sei um deswillen nötig, weil die Kanalvorlage nicht aus-

Einsehen, sondern aus den ordentlichen Staats-  
einahmen finanziert werden solle. Das entspricht — so sagt  
das Organ „Wirtschaft“ — der in Preußen bestehenden guten finanz-  
politischen Tradition. So werde eine Belastung der Zukunft  
mit Rinsen und Tilgungsgeldern möglichst vermieden.  
Was sagt dazu Herr v. v. H. H. H., der Staatssekretär  
des Reichs-Schatzamts? Im Reich ist man im Begriff, von  
neuen hundert Millionen zusammenzupumpen. Gewaltige Platten-  
und China-Anleihen folgen sich in schneller Abfolge. Die Welt-  
politik weist die „gute finanzpolitische Tradition“ Brauns über  
den Haufen und führt eine Finanzwirtschaft herbei, in der Herr  
Wagner, das vielbewunderte Finanzgenie, das finanzielle Verderben  
erblüht.

### Gewerbmäßige Bettel.

Genosse Diez hat am Dienstag im Reichstage die, wie die  
„Wirtschaftliche Zeitung“ meint, „etwas lehrreiche“, aber deshalb nur um  
so richtigeren Anlaß aufgeworfene, daß die deutsche Schriftstellerwelt auf  
dem Wege der Organisation daselbe und noch mehr erreichen  
könnte als durch die Gesetzgebung. Deshalb es aber zu  
keiner wirklichen Organisation der deutschen Schriftsteller kommt,  
ist eine Frage, deren erschöpfende Auseinandersetzung zu weit führen  
würde; einige Schlaglichter darauf wirft aber ein „Geschäftsbericht“  
der „Verenigung deutscher Journalisten und Schriftsteller“ in  
München, der uns zufällig an demselben Tage zuging, wo Genosse  
Diez über die mangelnde Organisation der deutschen Schriftsteller  
im Reichstage sprach, und der interessant genug ist, um hier kurz  
resumiert zu werden.

Er beginnt mit der „angenehmen“ und „höhererfüllten“ Mit-  
teilung, daß der Pensionatsakt als Ertrag eines „Pensio-  
festes“ in Nürnberg eine Spende von 10000 Mark zu-  
gegangen sei. Dafür wird den „offiziellen Persönlichkeiten“  
und den „ersten Gesellschaftskreisen“ der beiden Schwester-  
städte „qualmender Weibrauch“ angezündet; nicht weniger als  
25 Mämlin und Weiblein, von einer „gottbegnadeten Sängerin“  
der Berliner „Hofoper“ bis zur „begeisterten Hingabe“ und „genialen  
Finanzkunst“ eines Nürnberger Kommerzienrats werden namentlich  
aufgeführt wegen ihres „ebenso seltenen wie ungelieblichen Inter-  
esses“, wofür ihnen die „verdiente Anerkennung aller unserer Berufs-  
genossen“ verliehen wird. Eine Motive in Darmstadt hat nur ein  
„günstiges finanzielles Resultat“ geliefert; die mitwirkenden Künst-  
lerinnen werden zwar noch mit Namen genannt, sind aber weder  
„genial“ noch „gottbegnadet“, sondern müssen sich mit „verbindlichstem  
Dank im Namen der Anstalt“ begnügen. Dann wird die Gründung  
eines Ortsverbands erwähnt, der seine Tätigkeit mit einer  
solernen Presseerei begonnen habe. Dabei seien „Guldigungs-  
telegramme“ an den Landesherren König Albert von Sachsen und den  
Prinzen Ludwig von Bayern abgefaßt worden. In die Tasche  
gegriffen haben die beiden hohen Herren aber nicht, was wir bei-  
läufig sehr verständlich finden, so daß der „Geschäftsbericht“ nur  
den „Wortlaut der beiden Telegramme“ abdrucken kann, worin König  
Albert und Prinz Ludwig „in halbvolster Weise“ danken.

Der „Geschäftsbericht“ nennt dann noch seine Mitglieder an,  
„zur Gewinnung von außerordentlichen Einnahmen“ beizutragen.  
Die das zu machen ist, zeigt er an einigen Proben. Ein mit Namen  
genannter Redacteur in Wittweida hat dem dortigen Theaterdirektor  
eine Benefizvorstellung zu Gunsten der Anstalt, sei es mit Güte, sei  
es mit Gewalt abgerungen, wofür der Direktor „verbindlichsten  
Dank“ erbat. Dagegen erhält nur „gebührenden Dank“  
der Direktor des Stadttheaters in Rempten, der „und  
durch unser Mitglied so und so an Stelle einer Benefizvorstellung  
einen einmaligen Beitrag „überweisen“ ließ. Es wird wohl nur ein  
Bettel gewesen sein, denn schon für ein Geschenk von lumpigen  
300 M. „schuldet die Anstalt“ einem Wiener Schriftstellerverein „be-  
sonderen Dank“. Dann folgt der „Geschäftsbericht“ aber noch einmal  
mit voller Kraft in die Posaune, daß der Verlag der „fliegenden  
Blätter“ als außerordentliches Mitglied beigetreten sei. Diese  
„hochangesehene Firma“ wird „mit besonderer Freude in der Liste  
unserer Mitglieder“ begrüßt, wobei sie den Witz mit dem Jauchzähl  
erhält, daß sie „bereits bei Gründung der Anstalt eine namhafte  
Spende überwiesen“, sich nunmehr also als außerordentliches Mit-  
glied noch ganz anders zu löheln habe. Schließlich wird der  
„Geschäftsbericht“, daß demnächst das Stadttheater in Hamburg und  
das Theater in Linz bluten werden. Der Hamburger Direktor, der  
nicht erst erwartet zu haben scheint, bis ihm die feidene Schürze ins  
Haus gesandt wurde, wird „in liebenswürdiger Weise“ ange-  
zeichnet, während dem Theaterdirektor in Linz trocken gemeldet wird,  
daß er „sich auf Anregung des dortigen Ortsverbands bereit erklärt  
habe, eine Benefizvorstellung zu veranstalten“.

Diesem Verein der gewerbmäßigen Bettel gehören 789 Mit-  
glieder an. Das ist immerhin die Kinderheit der deutschen Schrift-  
steller, aber doch eine sehr starke Kinderheit. Wer die Geschichte der  
deutschen Presse kennt, der ist hinlänglich darüber unterrichtet, daß  
alle Anläufe zu Berufsorganisationen der Schriftsteller an dem  
Geiste der Siedererei, Speichelliedererei und Schnorerei gescheitert sind,  
der so bereit aus den 2/3 Druckseiten dieses „Geschäftsberichts“  
spricht. Schriftsteller, die an Charakter und Talent etwas zu ver-  
lieren haben, wurden dadurch von vornherein oder doch sehr bald  
abgestoßen, und auch die weniger peinliche „Kollegenchaft“ kam zu  
nichts, da diese unvollkommene Welt doch nicht so unvollkommen  
eingrichtet ist, daß sich kräftige Berufsorganisationen auf den Bettel-  
sack gründen lassen.

### Die Beeinflussung der Presse.

Das Berliner Preßbureau muß dieser Tage die Lösung aus-  
gegeben haben, die braven Deutschen über die Hunnenbriefe zu be-  
ruhigen. So verbreitete die demokratische „Frankfurter Zeitung“  
die beschwichtigende Notiz, daß alle „Ausfälschungen“ deutscher  
Soldaten in China mit unmaßstäblicher Strenge geahndet würden.  
In der „Köln. Ztg.“ giebt zu gleicher Zeit „ein höherer Offizier aus  
Tientsin“ dieselbe Versicherung ab, daß alle „Uebelthäter“ und  
„rädigen Schafe“ streng bestraft würden. Der Wert der Soldaten-  
briefe wird bestritten. Der höhere Offizier aus Tientsin führt alle  
die grauenhaften Erzählungen auf „überhitzte Phantasie“ zurück;  
gerade weil die Soldaten im Grunde nicht, wie sie erwartet hatten,  
sonderliche Abenteuer erlebt hätten, sei es „menschlich durchaus er-  
klärlich, sich bei den Verwandten und Bekannten in der Heimat als  
eine Art Desperado, als verzweifelte Kerl aufzuspielen.“

Es gehört wirklich Hunnenmut dazu, angesichts der Hunderte von  
beglaubigten Briefen, die die hauptsächlichsten Geschehnisse überein-  
stimmt in m e n d berichten, diese Dinge mit der Phrasen von der überhitzten  
Phantasie und mit dem Hinweis auf renommierte Bedürfnisse abzu-  
thun. Will der „höhere Offizier aus Tientsin“ wirklich jemand glauben  
machen, daß alle diese Soldaten lächerliche Eisenfresser seien, die sich  
mit erlogenen Schandthaten, die noch dazu merkwürdig überein-  
stimmen, brüsten? Das wäre auch kein gutes Zeugnis für die er-  
zieherischen Wirkungen der Presse. Der „höhere Offizier aus Tientsin“  
aber hat überdies — und das ist das verräterische Loch in seiner  
Schönfärberei — übersehen, daß eine große Anzahl von Briefen  
durchaus nicht mit den Greueln renommieren, sondern ganz im  
Gegenteil ehrlich darüber klagen, daß sie zu diesen Missethätigen durch  
die b e s o n d e r e Kriegskatastrophe gezwungen worden sind.

Zum Ueberflus haben noch unabhängige Korrespondenten der  
verschiedenen Nationen das Gräßliche bestätigt. Indessen auch diese  
Schilderungen von journalistischen Augenzeugen scheinen gegenwärtig  
in Deutschland auf höheren Einfluß von den Blättern unterdrückt zu  
werden. Eine sehr auffällige Erscheinung bietet in dieser Hinsicht der  
„Berliner Lokal-Anzeiger“. Der China-Reisende des  
Scheiterns hatte eine Reihe Schilderungen vom Kriegsschauplatz  
geschickt, die das Blatt zu veröffentlichen begann. In einem  
dieser Briefe kündigte der Berichterstatter Dr. Wegener an, daß er  
wahrheitsgetreu wiedergeben wolle, was er gesehen. Er schien recht  
schlimme Dinge erzählen zu wollen. Auf diese Absicht deutete eine

lange Einleitung hin, die sich bemühte, die Schuld der Chinesen  
möglichst groß zu machen. Das sollte eine Art Entschuldigung werden  
für das, was folgen würde, damit die Nerven der Gutgesinnten  
nicht verletzt würden. Die Welt war noch dieser Verheißungsreden  
Einleitung gespannt auf die Fortsetzung der Berichte. Jedoch bis  
zum heutigen Tage hat der „Lokal-Anzeiger“ diese Fortsetzung  
nicht veröffentlicht. Warum? Hat die Redaktion etwa das  
weitere Manuskript noch nicht erhalten oder hat sie es verlegt?  
Oder aber hat sie die Wahrheit der Missethätigen auf ein gutes Einvernehmen  
mit den regierenden Kreisen geopfert? Iwar hat der „Lokal-Anzeiger“  
keinen politischen Hegeiz, und Herr Scherl preist auf alle Minister,  
die ja arme Schläger im Vergleich zu ihm sind. Aber er hat eine  
empfindliche Stelle, an der er getroffen werden kann: das Geschäfts-  
interesse und der Stolz, nicht das Neueste zu bringen. Gebt ihm  
keine „Informationen“ und der Mann wird zum zehenden Roland.  
Man wird vielleicht bemerkt haben, daß in der ersten Zeit der Wälowischen  
Kampfkraft dem neuen Herrn im „Lokal-Anzeiger“ einige auf-  
fällige Beobachtungen gemacht wurden. Damals traf es sich zufällig,  
daß die Informationen aus dem Reichslanzleramt ausblieben. Wir  
vermuten, daß man diese Beobachtungen oben nicht gern gesehen hat;  
denn plötzlich kamen die „Informationen“ reichlich und Graf Wälow  
war wieder ein tadelloser Staatsmann von enormem Genie. Sollte  
etwa der Wunsch, in dem Empfang Berliner Informationen  
nicht beeinträchtigt zu werden, den Verzicht auf die Chinesischen  
„Specialberichte“ veranlaßt haben.

### Offizier Humberg.

Köln, 10. Januar. Die „Köln. Ztg.“ bezeichnet die Meldung,  
wonach Graf Wälow über einen Jollschuß von 6-7 oder 5-6 M.  
für Progetreide sich mit den Agrariern verhandigt habe, als  
jeder tatsächlichen Begründung entbehrend. Die Beschluß-  
fassung hierüber sei ausschließlich Sache des Reichs und auch der  
Reichslanzler werde sich nicht über solche Mindestfrage aussprechen,  
bevor er des Einverständnisses der verbündeten Regierungen sich  
vergewissert habe.

(Die „Köln. Ztg.“ will damit offenbar nur sagen, daß eine  
fristliche, notariell beglaubigte Abmachung zwischen dem  
Reichslanzler und den Agrariern nicht bestünde. Die Verpflichtung  
für einen erhöhten Jollschuß hat Graf Wälow ja selbst öffentlich  
bekräftigt. Red. d. „Z.“)

Deutsche China-Beute. Wie uns aus Wesel berichtet wird,  
hat ein dortiger Witz von einem China-Freiwilligen eine Anzahl  
chinesischer Bilder und einen echten, 85 Centimeter langen Haarpopf  
erhalten. Der Witz hat diese „erbeuteten“ Sachen, diese Zeugnisse  
germanischen Heldennutts in seinem Lokal ausgestellt.

Eine Amnestie wird am 18. Januar angekündigt. Während  
man auf der einen Seite behauptet, nur die Strafen bis zu acht  
Wochen würden erlassen werden, glauben andre zu wissen, daß be-  
sonders politische Sünden begnadigt werden würden.

Zum Ungehorsam gegen das Gesetz fordert das Organ des  
Lankurses von oben, die „Post“, auf. In einer Betrachtung über  
die Duell-Interpellation des Centrums erklärt die „Post“  
zunächst das Duell für ein „notwendiges Uebel“, um es alsdann  
also zu verberlichen:

„In der modernen, stark demokratisierten Gesellschaft, inner-  
halb deren es unüberbrückbare Schranken zwischen den einzelnen  
Ständen nicht mehr giebt, in welcher das Auf- und Absteigen  
zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen in einem beständigen  
Flusse ist, erscheint das Duell geradezu als eine feste Schranke  
gegen eine allgemeine Verwilderung der Sitten.“

Das freikonservative Blatt billigt ferner durchaus, daß das  
Offiziercorps niemandem aufnimmt, der Segner des Duells ist, denn  
„es müßte für den Geist unserer Armee verhängnisvoll werden,  
wenn im Offiziercorps zwei Richtungen mit ganz verschiedenen Auf-  
fassungen im Punkte der Ehre sich gegenüberstünden.“

Nur die Gesetzesherabsetzer sollen nach der „Post“ Offiziere  
werden dürfen. Wer das Gesetz achtet, ist nicht würdig, in der  
Armee zu avancieren.

Die Byzantinerei steht wieder in spöttischer Blüte. Wir lesen  
in der „Köln. Zeitung“:

„Es giebt Grundwahrheiten der Geschichte, aber  
die man nicht freisetzt. Unter diesen aber steht in erster  
Reihe die, daß alles, was seit den Tagen der Reformation  
in Preußen und Deutschland Großes und Entscheidendes  
geschehen, vor allem das Werk des Hauses Hohenzollern ist,  
dem gegenüber sich selbst der größte deutsche Staatsmann aller  
Zeiten mit der stolzen Befriedenheit, die allein dem Genius  
zient, in seiner Großschürze: „Einen treuen deutschen Diener“  
nennt. Dieses Zeugnis für die weltgeschichtliche Bedeutung unsres  
Herrschergeschlechtes bedarf der Erläuterung nicht; es spricht für sich  
selbst.“

Bismarck kofletierte gern als „treuer Diener“, so lange er Herr  
war im Reiche. Als dies zu Ende ging, schlug er bekanntlich andre  
Töne an.

Das aber bezwecken die Konservativen, daß sie sich wieder  
einmal byzantinisch ausdrücken zu sollen vermehren? Ist der er-  
wünschte Hornzoll noch nicht genügend gesichert? Gilt es, illoyale  
Konkurrenz der Nichtagrarien zu übertrumpfen? —

Als künftigen Oberpräsidenten von Berlin bezeichnet die  
„D. Z.“ Herrn v. Stubbenrauch, den Landrat des Rellower  
Kreises, der sich, wie das genannte Blatt sagt, der persönlichen  
Wertschätzung des Kaisers in außerordentlichem Maße erfreue.

In unsem ostasiatischen Pachtgut herrscht noch den Mit-  
teilungen des „Amtsblatts“ für das deutsche Kiautschou-Gebiet  
wiederum Ruhe. Das energische Eingreifen des Hauptmanns Conrad  
in der Umgebung von Kamei habe die Ordnung wiederhergestellt.

Als ein Zeichen der Unterwerfung müsse angesehen werden,  
daß zahlreiche Ortsvorsteher bei Hauptmann Conrad waren und  
zufällig für ihre Dörfer um Gnade flehten mit  
der Versicherung, daß sie dafür sorgen würden, daß der Bahnbau nie  
wieder gestört würde. Es sei ihnen darauf Gnade zugesagt  
worden, jedoch mit der Warnung, daß unmaßstäbliche Be-  
strafung eintreten würde, wenn wiederum Eisenbahn-Material  
zerstört oder gestohlen würde, oder sonst welche Ausschreitungen  
gegen die Bahn vorkämen.

Mit welchen Mitteln man die Gärung niederdrückt hat,  
verriet der unlängst von uns abgedruckte Brief eines Arbeiters aus  
Kiautschou. Verbrannte Dörfer und Hunderte von Chinesenleichen  
bezeugten die Spur der Strafexpedition. Dies „energische Vor-  
gehen“ hat die Ergebung im Blute erjagt und unter der Be-  
völkerung Furcht und Schrecken verbreitet. Und die Bevölkerung  
hat alle Ursache, auch für künftige Ausschreitungen zu zittern, denn  
wie in Reichsstill wird auch in unsem Pachtgut summarische  
Justiz geübt.

Die That Einzelner wird an ganzen Dörfern  
„energisch“ geahndet.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das „Voll-  
blatt für Bochum“ berichtet:  
West-Weidrich. Wegen Majestätsbeleidigung, begangen  
durch eine alberne Redewart, muß der Kupferschmied Bernhard  
Kruze von hier zur Strafe drei Monate im Gefängnis sitzen.

### Aus dem Zerkhause.

Unter dem Titel „Der jüdische Blutmord“ giebt die  
„Staatsbürger-Zeitung“ wortgetreu nachfolgenden Bericht:  
„Im Germanischen Volksbunde berichtete am letzten  
Montag ein alter Student der antisemitischen  
Wissenschaft über die „Fortschritte der Aufklärung bezüglich

des „Blutmordes“. Er wies aus der antisemitischen Literatur  
nach, wie zwar langsam, aber — deutscher Gründlichkeit ent-  
sprechend — doch stetig fortschreitend, das uralte Dunkel  
über das jüdische Blutgeheimnis endlich gelichtet  
wird. Immer mehr bricht sich im deutschen Volke  
die furchtbare Erkenntnis Bahn, daß es nicht nur wirk-  
liche Blutmorde giebt, sondern, daß sich auch besonders  
dazu veranlagte Menschen zu einer geheimen Mörder-  
Genossenschaft verschworen haben müssen, um unschuldiges,  
gesundes, reines Menschenblut alljährlich erlangen zu können.  
Es hat sich herausgestellt, daß diese blutdürstigen  
Menschen unter den Juden zu suchen sind, ja, daß nicht bloß  
eine besondere jüdische Blutmord-Setze besteht, sondern  
daß eine große Anzahl Hebräer ihr angehören müssen. Die Ge-  
richtsverhandlungen über Sturz, Kanten, Polna, Konig haben  
ferner ergeben, daß der Schächter der Menschenopfer ein  
und derselbe Mann — ein abgöttisch häßlicher, hinterher,  
blattemarbiger, kräftiger Hebräer ist. Die in der „Staats-  
bürger-Zeitung“ kürzlich veröffentlichte, für jeden Kenner russisch-  
polnischer Verhältnisse so überaus wahre Erzählung „Neb Varnich“  
läßt uns in dem göttlich berechneten Jabel oder „heiligen Mann in  
Israel“ den unheimlichen Beschaffer des so sehr begehrten, daher  
heiligen Blutes ahnen, und ein eingehenderes Studium der jüdischen  
Schriften ergibt, daß dieser fürchterliche Jabel thatsächlich der Kopf  
der Blutmörderbande ist. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß  
zur Deduktion dieses Kopfes oder aus Geld- und Mutgier sich auch  
gelegentlich einmal andre hebräische Schächter solchen kostbaren und  
sehr teuer bezahlten Blutes zu bemächtigen suchen werden, zumal,  
wenn der Jabel selbst nicht genügend für die Gemeinden etc.  
hat erlangen können. Der seit Urzeiten einzig dazu befugte  
Schächter des heiligen Blutopfers aber ist lediglich jener unläst  
umherwandernde Jabel, der sogenannten Ahasverus der Juden,  
jener schon äußerlich als Typus des Teufels gekennzeichnete  
„krumme, hinkende Jude“. Es wird daher Sache  
der Regierungen sein, auf diesen krummen  
Juden und „heiligen Mann“ zu fahnden und zu-  
nächst ihn, sein Geblüt und seine Beschützer alias Jabel  
unschädlich zu machen; denn mit ihm und dem Blut-  
geheimnis steht und fällt die Blutmörderbande.  
Auch bezüglich Aufdeckung der Motive zu den Blut-  
morden sind deutsche Forscher emsig an der Arbeit, besonders  
scheint das alte Testament wichtiges und reichliches Material  
zu liefern. Zum Schluß wies Redner noch auf eine wunderbare,  
verheißungsvolle Prophezeiung im 6. Mose 28, 49, die sich nun-  
mehr endlich zu erfüllen beginnt: „Danach soll dereinst über  
Israel ein Volk kommen, von der Welt Ende, von Mitternacht  
herkommend, ein großes, mächtiges Volk, wie ein Adler  
fliehet, welches das älteste Volk auf Erden ist und Israel  
verrichten wird. Dieses uralte, großmächtige, adlige Volk sind  
ohne Zweifel wir Germanen. Thatsächlich hat sich an  
uns Deutschen der geheimnisvolle Blutzauber, der hypnotisierende  
Blutbann Judas auf die Dauer als unwirksam erwiesen, der ein-  
geschläfert deutsche Vögel erwacht langsam, aber ständig aus  
seinem Blutbann-Schlaf! ...“

### Ausland.

#### England.

Neue Kolonial-Regimenter. Die Bildung von drei neuen  
indischen Infanterie-Regimentern ist amtlich genehmigt worden, die-  
jenige von weiteren zwei Regimentern wird geplant. Dieselben  
sollen für den Garnisonsdienst in Mauritius, Singapur, Hongkong  
und Ceylon verwendet werden.

#### Frankreich.

Deputiertenkammer. Deschanel übernahm das Präsidium und  
hielt eine Rede, in welcher er erklärte, er werde den Vorstoß un-  
parteiisch führen. Sodann sprach er die Hoffnung aus, daß die  
Beratungen der Kammer ruhig und ergebnisreich sein und dazu  
beitragen würden, die Republik zu einem Reich der Ge-  
rechtigkeit und Brüderlichkeit zu machen. Deschanel schließt,  
das neue Jahrhundert werde möglicherweise tiefgehende Ver-  
änderungen in Europa entstehen lassen, darum sei es  
nötig, daß man mehr Mäßigkeit im Kampf der Meinungen,  
mehr Duldsamkeit und Achtung vor der gegenwärtigen Ueber-  
zeugung an den Tag lege. Nötig sei ferner, daß man eine  
thätige Diplomatie besitze, welche sich stütze auf eine mächtige,  
einige und geachtete Armee und auf eine sorgfältig geleitete  
Finanzverwaltung.

Der Senat hat Fallières mit 175 Stimmen wieder zum  
Präsidenten gewählt.

Zur franko-russischen Allianz. Delcassé richtete an den  
neu ernannten russischen Minister des Aeußeren Grafen Lam-  
sdorff ein Gläubwunschtelogramm, in dem er die Hoff-  
nung eines künftigen noch engeren gemeinsamen Zusammenwirkens  
der beiden Länder aussprach. Graf Lamsdorff beteuerte in dem  
Antworttelegramm, zur Befestigung der engen und unabänderlichen  
Freundschaft beitragen zu wollen.

#### Afrika.

Französische Kolonialgrenzen im Kongogebiet. Das Pariser  
„Journal“ schreibt: „Seitdem in der französischen Kongo-Kolonie  
die Verzig unter der Verwaltung des Kolonialministers Guillaum  
errichteten Kongokonzeptionsgesellschaften funktionieren, signalisiert man  
von mehreren Punkten her ernste Unruhen. Die Beziehungen  
zwischen den Europäern und den Eingeborenen gestalten sich  
durchaus nicht befriedigend und die Ungleichheit der  
Mägen liefert oft die Pflanzen auf Gnade und Ungnade  
einer Empörung der Regier aus. Andererseits werden die Ein-  
geborenen oft von den Willigen geplündert und nieder-  
gemetzelt. Es giebt nämlich im französischen Kongogebiet  
keine Truppen mit regelmäßigen Cadres, sondern nur Willigen oder  
Söldner, die von europäischen Heilwebern angeführt werden, die den  
Titel „gardes du milice“ führen. Diese Truppen haben wiederum  
zu Anfang Dezember schändliche Ausschreitungen im  
Dorfe der Vatelas begangen. Der Sölder soll einem  
ausgegangenen Briefe unres Korrespondenten aus Brazzaville  
zufolge die brutale Wegholung einer Negerin aus  
der Gatte ihres Manns zu Grunde liegen. Ein  
schwarzer Willigoldat werte sie mit Kolbenstößen auf und führte sie  
gewalttham zu seinem Vorgesetzten. Der Gatte, auf höchste über  
dieses Verfahren empört, machte durch seine Ausschreie das  
ganze Dorf rebellisch, dessen sämtliche Einwohner für ihn  
Partei ergriffen. Der von den erregten Leuten mißhandelte  
Willigoldat erhielt Unterstützung von seinen Kameraden, und  
um acht Uhr abends begann die ganze Truppe der Willigen,  
40 Mann hoch, auf die wehrlosen Dorfbewohner  
Loszuschleichen. Es gelang dem weihen Führer indessen, sie zu  
beruhigen; am nächsten Morgen aber begannen sie aus neue mit  
den Schieffen. Die unglücklichen Vatelas, die keine Waffen hatten,  
flüchteten sich aus dem Dorfe, das von den Willigruppen an-  
geplündert wurde.“ Das „Journal“ behauptet, daß man im Kolonial-  
ministerium diese schändliche Geschichte tozuzuschweigen suchte, indem  
man eine Depesche abgab, die von dem Korrespondenten aus  
Brazzaville an das „Journal“ abgesandt worden war, einfach  
unterdrückte. Das Blatt verlangt Aufklärungen über diesen Vorfall,  
der voraussichtlich in der Kammer zur Sprache gebracht werden  
dürfte.

### Parlamentarisches.

In der Justiz-Kommission des Reichstags,  
welcher die drei Anträge Rintelen, Lenzmann und  
v. Salich überwiesen sind, die Änderungen des Gerichts-  
verfassungs-Gesetzes, der Strafprozess- und der Zivilprozess-  
Ordnung betreffen, wurde heute zunächst § 77 des Gerichts-  
verfassungs-Gesetzes beraten, welcher jetzt wie folgt lautet:

„Die Kammer entscheiden in der Befugung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Die Strafkammern sind in der Hauptverhandlung mit fünf Mitgliedern, in der Berufungsinanz bei Uebertretungen und in den Fällen der Privatklage aber mit drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden zu besetzen.“ Abg. Dr. Minteln (L.) beantragt dafür folgende Fassung: „Die Zivilkammern und die Strafkammern entscheiden in der Befugung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.“ Abg. Rembold (L.) stellt den Antrag, in die Berufungsinanz das Laienelement einzuführen und den Schöffen Diäten und Reise-Entschädigungen zu gewähren. Abg. Schmidt-Warburg (L.) stellt den Antrag, die Berufungsinanz nach österreichischem Vorbild aus vier Richtern zu bilden. Der Vertreter des Reichs-Justizministers, Geh. Rat Lenthe, erklärt, daß die verbündeten Regierungen zur Zeit keine bestimmte Erklärung abgeben könnten, weil eine neue Beschlußfassung nicht stattgefunden habe. Besondere Gründe zu einer veränderten Stellung lägen nicht vor. Die Einführung der Berufung dürfe nicht mit einer Verschlechterung der ersten Instanz verbunden sein. Der Schwerpunkt müsse immer in der ersten Instanz liegen. Der Antrag Schmidt sei unannehmbar. Wegen des Antrags Rembold spreche, daß seit 1878 Erhebungen über die Tätigkeit des Laien-Elements nicht stattgefunden haben. Der Antrag Rembold würde also eine Verzögerung des Zustandes der Vorlage zur Folge haben. Der frühere preussische Justizminister Leonhardt habe ursprünglich die Einführung des Laienelements in die mittleren Gerichte geplant, sich selbst aber später überzeugt, daß nicht überall das geeignete Laienelement vorhanden sei und deshalb seine ursprüngliche Absicht aufgegeben. Man müsse auch bedenken, daß eine Einführung der Schöffen in die mittleren Gerichte sich als Vorstoß gegen die Geschworenengerichte qualifiziere. Unannehmbar sei die Gewährung von Diäten an Schöffen, das Schöffennamt müsse ein Ehrenamt bleiben. Der Vertreter der badischen Regierung ist der Ansicht, daß die badische Regierung der Einführung des Laienelements günstig sei. Die Ausdehnung des Laienelements sei ein anstrengenswertes Ziel für die Zukunft.

Die weitere Beratung wird auf Donnerstagvormittag vertagt.

### Die Budgetkommission

wählte heute an Stelle des Herrn v. Kardorff, der den Vorsitz befaßt, die Herren Grafen Stolberg-Bernigrode (L.) zu ihrem Vorsitzenden.

Die nächste Sitzung der Budgetkommission findet am Dienstag statt, und zwar soll der Etat des Reichs-Eisenbahnministeriums in Angriff genommen werden. Hieran soll sich die Beratung des Post- und Telegraphenwesens knüpfen. Die Beratung des Chinalredits ist zurückgestellt, bis die erste Lesung der Personenvorlage für die Zivilisten und Hinterbliebenen der China-Krieger im Plenum vorgenommen sein wird.

Die Kommission zur Beratung der Seemanns-Ordnung nahm Donnerstag in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien die Beratung beim noch nicht erledigten § 10 wieder auf, der Bestimmungen über die Anmusterung enthält. Die Sozialdemokraten hatten verlangt, daß es dem Schiffskapitän zur Pflicht gemacht würde, bei der Anmusterung der Schiffsmannschaft vor dem Seemannsamte persönlich zu erscheinen, wenn er nicht dringend verhindert ist. Nach langer Debatte wurde dann auch ein diesem Prinzip entsprechender, von freisinniger Seite formulierter Antrag angenommen. — Beim § 11 wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der den Schiffskapitän verpflichtet, in solchen Fällen, wo eine Anmusterung vor dem Seemannsamte ohne Verzögerung der Reise nicht mehr erfolgen kann: die Thatsachen für die Unterlassung der Anmusterung in das Schiffs-Tagebuch einzutragen. — Der nächste Paragraph wurde zurückgestellt. — Bei § 17 wurde die Kosten- und Stempelfreiheit der Führungsbüchlein der Seeleute beschlossen. — Die weiteren Paragraphen des zweiten Abschnitts bis § 24 wurden unter Ablehnung einzelner Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten angenommen.

## Der Boeren-Krieg.

### De Wet

soll nunmehr selbst in die Kapkolonie eingedrungen sein, um dort persönlich die Operationen zu leiten. Höchstwahrscheinlich wird dadurch das Vorgehen der Boeren an Plannähigkeit und Schnelligkeit gewinnen.

Im übrigen ist die Lage in der Kapkolonie unverändert. In einem erneuten Zusammenstoß zwischen den vorgeschobenen Boerentruppen und den englischen Truppen ist es noch nicht gekommen. Die gestrige Meldung von einem verlustreichen aber gleichwohl siegreichen Gefecht einer englischen Kavallerieabteilung war völlig aus den Fingern geflogen. Nur bei Richmond, im mittleren Teil der Kapkolonie, hat ein kleines Scharmügel stattgefunden, bei dem 2 Boeren getötet und 5 Engländer gefangen genommen worden sein sollen.

Dagegen haben die Engländer in der Umgebung von Kapstadt besetzte Stellen eingenommen, indem sie bei Piquet Road die Gebirgspässe besetzten, um die in zwei Kolonnen über Clamwilliam und Worcester oder Piquetberg heranrückenden Boeren aufzuhalten. Außerdem wurden in der Ebene, welche sich zwischen der Tafelbaai und der Falsche Bay hinzieht, also in unmittelbarer Nähe von Kapstadt, Schanzwerke errichtet.

### In Transvaal

Ist es dagegen zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Eine Depesche Lord Rithers von Pretoria vom 9. Januar meldet: Die Boeren griffen gleichzeitig sämtliche britischen Posten in Velsaft, Sonderfontein, Rooitgedacht, Wyldfontein und Pan in der Nacht vom 7. Januar bei dichtem Nebel an und wurden nach schweren Gefechten zurückgetrieben. Die Briten hatten 21 Tote, darunter ein Hauptmann und 62 Verwundete, darunter 8 Offiziere. Die Boeren ließen 24 Tote zurück. Weiter wird gemeldet: Ein britischer Convoi wurde gestern nördlich von Krugersdorp von Boeren kommando angegriffen. Die Boeren wurden zurückgetrieben und hatten 11 Tote, die Briten 4 Leichtverwundete.

Danach ist es also den auf 5000 Mann geschätzten Boeren unter Delarey nicht gelungen, den Engländern eine zweite Niederlage zu bereiten, wie in derselben Gegend einige Wochen zuvor. Immerhin sind die englischen Verluste recht beträchtlich. Auch dürften die Boeren ihre Angriffe erneuern.

### Das Hängen der sieben Missethäter

In Johannesburg wird in der Londoner Wochenschrift „The Speaker“ scharf verurteilt. Die so brutal Bestraften hätten zwar ihren Neutralitätseid gebrochen, aber sie hätten diesen Eid auch nur gezwungen abgelegt. Wenn sie bei einem späteren Gefecht gefangen genommen worden wären, so hätte man sie wie Soldaten behandeln müssen, nicht wie gemeine Verbrecher.

Es ist ja wahr, wir haben nach dem Völkerrecht das Recht in dieser Weise zu handeln, denn die in Frage kommenden Missethäter waren keine Boeren und hatten den Bürgerkrieg nicht geleitet, und gleichfalls in genauer Befolgung des Völkerrechts hat jede Nation das Recht, Fremde, die in Feindschaft kämpfen, als Feinde zu behandeln. Dies jedoch ist ein Recht, das heutzutage nicht ausgeübt wird. Der Verfall ist nur ein neuer Beweis für die bellagendste Schwäche und für den überspannten Machedurst, die die gegenwärtige unheilvolle Phase des Feldzugs kennzeichnen.

Gerüchte über Friedensunterhandlungen werden in den Londoner Klubs in allen Ernstes diskutiert. Man spricht von der Vermittelung des kanadischen Premierministers Laurier und bezeichnet als Grundlage der Friedens-

bedingungen die Abtrennung des Rand mit den Minen von Transvaal für England unter Anerkennung des Restgebiets von Transvaal und des Orange-Freistaats als unabhängige Boerenstaaten. Außerdem werde England noch besondere Garantien, wie die Auslieferung der gesamten Boeren-Artillerie verlangen.

Trotzdem die Lage im Kapgebiet für England die denkbar ungünstigste ist und man in Kapstadt, wo allgemeine Panik herrscht, damit rechnet, daß die Boeren selbst günstigenfalls sich noch monatelang in der Kolonie halten würden, und trotzdem Ritchener abermals um 2000 Mann neuer Truppen gebeten hat, die das Kriegsdienst nicht aufzutreiben vermag, dürften die Gerüchte einflussreicher nur der Stimmung eines immer größer werdenden Teils der englischen Nation, säkularlich aber den Absichten der Regierung entsprechen. Was nicht ist, kann freilich unter dem Druck der Verhältnisse noch werden.

## Partei-Nachrichten.

An den Wahlen zur Bürgerchaft (Landes- und Stadtparlament) werden sich die Genossen in Hamburg beteiligen. Sie haben bereits Kandidaten aufgestellt und entsalten eine lebhafteste Agitation. Den Arbeitern Hamburgs, die bekanntlich alle drei Reichstagswahlkreise für unsere Partei vertreten, ist es durch ein hochplutokratisches Wahlsystem ganz besonders schwer gemacht, Vertreter in die Bürgerchaft zu entsalten. Man muß, um wahlberechtigter hantburgischer Bürger zu werden, fünf Jahre hintereinander ohne Unterbrechung 1200 M. Einkommen verdienen. Dann darf man in der allgemeinen Wählerklasse wählen, in der auch diejenigen nochmals mitwählen dürfen, die als Privilegierte schon vorher in besonderen Klassen eine Anzahl Vertreter wählen dürfen.

Frisch ausgearbeitetes Mittelalter. Im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen bestand bisher ein „Sabbatebildt“, das auf das ehrwürdige Alter von 135 Jahren zurückblicken konnte. Unter dem Vorgeben, daß diese Reliquie veraltet sei, hat man eine neue Verordnung über den Gegenstand erlassen, in der sich folgende Bestimmungen befinden:

Der Betrieb von politischen Zeitungen und Flugblättern von Haus zu Haus mit Ausnahme der Postbestellung ist an Sonn- und Feiertagen nur mit Genehmigung des fürstlichen Landrats gestattet.

Mit dieser Bestimmung, die in dem ehrwürdigen Sabbatebildt nicht enthalten war, hätte es nun der fürstliche Landrat in der Hand, an Sonn- und Feiertagen die Verbreitung sozialdemokratischer Zeitungen und Flugblätter zu verhindern und die gutgesinnten Druckdrucker zu gestatten, wenn nicht — das Reichs-Vollgesetz wäre, das die schöne Verordnung in Beziehung auf Zeitungen ungesetzmäßig macht. Der Artikel 3 des im vorigen Jahre beschlossenen neuen Postgesetzes bestimmt:

„Abgesehen von den bezahlten Anstalten ist gewerbmäßige oder nicht gewerbmäßige Beförderung von unverschlossenen politischen Zeitungen innerhalb der Gemeindegrenzen eines Orts, insbesondere auch wenn sie durch die Post oder durch Epprohnen borthin befördert wurden, jedermann gestattet, auch an Sonn- und Feiertagen während der Stunden, in denen die kaiserliche Post besteht.“

Der fürstlichen Regierung ist zu raten, ihre neue Verordnung schleunigst zu revidieren, sonst kann es ihr passieren, daß sie bei nächster Gelegenheit von den Gerichten für ungültig erklärt wird. Unsern Genossen im Fürstentum empfehlen wir, sich an diese Verordnung, soweit sie dem Reichsgeetze widerspricht, nicht zu halten.

Unser Parteiverein zu Mülhausen i. G. hat seit seiner Reorganisation nach der Wahlverleugung im Juli v. J. eine äußerst erfolgreiche Tätigkeit entfaltet und der sozialistischen Bewegung in der oberelsässischen Industriemetropole einen gewaltigen Aufschwung verliehen. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder hat sich seither verdreifacht. Neuerdings wurde beschlossen, das Abonnement auf das reichslandische Parteiorgan für die Mitglieder des Vereins obligatorisch zu machen.

Totenliste der Partei. In Falkenstein im sächsischen Vogtlande starb am Donnerstag der Parteigenosse Hans Künzel, Redakteur der „Vogtländischen Volkszeitung“. Künzel war mit der Parteibewegung im Vogtlande seit Jahren eng verwaschen und hat stets eine aufopferungsvolle Parteithätigkeit entfaltet. Mit seinem Tode, das sein Privatvermögen war, konnte er bei der blutarmen Bevölkerung jener Gegend keine Schätze sammeln; er hatte bis an sein Ende mit schweren Existenzkämpfen zu kämpfen. Lange Gefängnisstrafen, die er sich in seiner öffentlichen Tätigkeit zuzog, untergruben seine Gesundheit und nun ist er ihnen vollends erlegen. Die Parteigenossen werden sein Andenken in Ehren halten.

### Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— Wegen Verleumdung wurde der Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Zielowski, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in seinem Blatte eine Korrespondenz gebracht, worin von einem Eisenbahn-Stationsvorsteher behauptet wurde, daß er Bahnarbeiter zu allerhand Privatarbeiten für sich benutze. Diese Behauptungen wurden zwar vollständig bewiesen, aber die Arbeiter wollen das alles freiwillig und zumeist in ihrer freien Zeit gethan haben; wenn sie es manchmal während der Dienstzeit gethan haben, so dann, wenn sie gerade nichts zu thun hatten und sonst hätten faulenzeln müssen, sonst aber hätten sie den etwa verdäunten Dienst in den Ruhepaulen nachgeholt. Der Staatsdienst hat also nicht gelitten, darum waren die Behauptungen Zielowskis Verleumdungen und darum verdient er drei Monate.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, 10. Januar 1901, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Michelet eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Vittor Schmeitz und tiefe Begehrung liegt auf unser aller Herzen. Heute vor 8 Tagen, als wir hier die beredten Worte hörten, die unser Herr Bürgermeister im Dienste der Waisenverwaltung sprach, die ihn so warm vom Herzen kamen, wer hätte damals von uns nur ahnen können, daß wenige Tage darauf wir an seiner Bahre stehen würden! Am Montag gegen Abend um 8 Uhr, plötzlich und unerwartet starb der Bürgermeister Brinkmann, uns allen zu großem Leid und Schmerz. Es werden in diesen Tagen drei Monate sein, daß er hier in unsrer Verwaltung eintrat. Freilich erfolgte seine Wahl vorher nur mit einer sehr geringen Majorität aus unserer Versammlung. Doch kein Wunder! Er war ja fast uns allen ein Fremder; nur wenige von uns hatten den Vorzug, ihn vorher persönlich kennen zu lernen und bei dieser Gelegenheit Einblicke in sein Herz zu gewinnen. Selten ist ein so schönes Vertrauen treuer und redlicher erwidert worden, selten sind so schöne berechtigte Hoffnungen, die wir an die Wirksamkeit dieses Mannes knüpfen durften, so jählings zerstört worden. Es war ein Traura, ein schöner Traum! Wir stehen heute im Geiste an seinem Sarge und legen hinein den herzlichsten Dank für seinen regen Eifer, für die Mühen, die er unsrer Stadt wegen gehabt, den herzlichsten Dank für sein aufrichtiges Wollen, herzlichsten Dank auch für das, was ihm in so kurzer Zeit schon zu vollbringen möglich gewesen ist. (Allseitige Zustimmung.) Mit diesem Befehl des Dankes nehmen wir Abschied von diesem Mann, mit dem gleichzeitigen Versprechen, ihm allezeit ein erdendes, freundliches Andenken zu bewahren (Beifall). Sie haben sich, wie ich konstatiere, zum Zeichen Ihrer Teilnahme von den Plätzen erhoben.

Der Vorsteher-Stellvertreter teilt ferner mit, daß der kleine Unfall, der den Dr. Langerhans betroffen, voraussichtlich in einigen Tagen spurlos vorübergegangen sein wird.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Vorlage betreffend die Besoldungsverhältnisse der Lehrer an der Taubstummen- und Blindenschule wird auf Antrag Cassel dem Magistratsvorsitzenden, der bereits die analogen Vorlagen für die Zeichenlehrerinnen und die Turnlehrer zugewiesen erhalten hat.

### Die „König Friedrich-Stiftung“.

die dem doppelten Zweck der Abhilfe der Wohnungsnot und der Pflege des Andenkens an den 18. Januar 1701, den Tag der Erhebung Preußens zum Königreich, nach dem Magistratsvorsitzenden dienen bestimmt ist, hat im Ausschuss bezüglich der ersuchten Zweckbestimmung nur geteilte Billigung gefunden. Die Mehrheit hat zwar die verlangte Million bewilligt, aber durch entsprechende Amendierung die Möglichkeit, daß die Stadt selbst bauen kann, beseitigt. Der grundlegende § 2 lautet jetzt:

Die Stiftung hat den Zweck, minder bemittelten Einwohnern der Stadt Berlin bei der Erlangung billiger und gesunder Wohnungen behilflich zu sein. Sie kann insbesondere Unternehmungen, welche den Bau von kleinen, billigen und gesunden Wohnungen für die Bevölkerung der Stadt Berlin in gemeinnütziger Weise fördern wollen, in geeigneter Form Beihilfe zur Erreichung dieses Zwecks leisten. Sie kann ferner ihre bereiten Mittel dafür verwenden, um minderbemittelte Bewohner der Stadt Berlin vor Wohnungslosigkeit zu schützen.

Referent ist Stadtv. Rommsen.

Stadtv. Singer (Soz.): Wir sind aus prinzipiellen und aus sachlichen Gründen gegen den Aufschubantrag und gegen die Magistratsvorlage. Unsere republikanischen Ueberzeugungen erlauben uns nicht, uns an dynastisch-monarchischen Ovationen zu beteiligen. (Rufe: Aha!) Wir können auch nicht zugeben, daß die Könige Preußens das Land zu dem gemacht haben, was es ist. Wir meinen vielmehr, daß Kultur, Wissenschaft, Handel, Industrie, Landwirtschaft, kurz alle diejenigen großen sozialen Faktoren, die im Volksleben eine wichtige Rolle spielen, nicht durch die Fürsten, sondern durch die Völker geschaffen werden. Was die politischen Freiheiten anlangt, so haben wir den Fürsten Preußens vom Standpunkte des Volkes nicht nur nicht zu danken, sondern müssen mit ganz geringen Ausnahmen die preussischen Fürsten als einen Hort der Reaktion bezeichnen. (Unruhe.) Insbesondere haben wir keine Veranlassung, eine sociale Fürsorge mit dem Namen eines Mannes zu verknüpfen, der auf diesem Gebiete von einer objektiven Geschichtsschreibung verurteilt werden muß. Dafür möge Ihnen ein anderer Hohenzoller zeugen sein. Friedrich II. war es, der von seinem Vorgänger gesagt hat: Er war groß in Kleinigkeiten und klein in großen Dingen. Friedrich II. war es, der in den Briefen, die er als Kronprinz an Voltaire schrieb, diesen König am 6. Juli 1787 wie folgt charakterisiert hat:

„Friedrich I. war ein Fürst von sehr beschränktem Verstande, dabei gut, aber schwach; er liebte Prunk und Pracht und war freigebig selbst bis zur Verschwendung.“

Die Lobspriecher, die man Ludwig XIV. reichlich erteilte, machten Eindruck auf ihn und er glaubte, wenn er sich diesen König zum Muster wählte, würde er auch seinerseits weislich gepriesen werden, und in kurzem wurde der Berliner Hof der Waise des Versailles. Man ahnte alles nach, das Ceremonielle, die abgemessenen Schritte, die „grands mousquetaires“ — das sind wohl die preussischen Krongardisten — usw. Noch ein andres Urteil hat Interesse, da es gerade die socialpolitische Fürsorge betrifft. In einem Brief an Voltaire, worin er sich über die durch die Pest im Herzogtum Lüttau angedrückten Verwüstungen äußert, klagt er, daß unter der Regierung Friedrichs I. nichts geschehen wäre, und sagt dann wörtlich: Während dieser Vorgänge starb Friedrich I. und wurde in jener falschen Größe beerdigt, die nach seinem Willen nur in dem offiziellen Pomp prunkvoller Schaustellungen und leerer Ceremonien bestand.“

Ich brauche zur Würdigung dieses Fürsten nichts weiter beizufügen. Wir haben keine Veranlassung, an diesen Namen eine Stiftung zu knüpfen, die eine sociale Fürsorge herbeiführen soll. Es ist überhaupt zweifelhaft, ob es gegenüber den Thatsachen, die in Bezug auf die Selbstverwaltung der Gemeinde in den letzten Jahrzehnten immer mehr um sich greifen, ratsam ist, daß die Gemeindevertretung der ersten Stadt des Deutschen Reichs immer wieder den Versuch macht, durch byzantinisch-monarchische Ovationen... (Lebhafter Widerspruch; Beifall bei den Sozialdemokraten. Vorsetzer: Herr Singer, wir machen hier keine byzantinische Ovationen!) Man kann sehr zweifelhaft sein, ob gegenüber der Stellung, die der Staat schon seit längerer Zeit gegenüber der Selbstverwaltung der Gemeinden einnimmt, ob die Behandlung, die gerade Berlin in den verschiedensten Fällen von den Regenten erfahren hat, der Anlaß sein möchte, jede Gelegenheit zu benutzen, um sich an der betr. Stelle wieder bemerkbar zu machen. Wir würden aber, selbst wenn wir wie Sie das Verlangen hätten, den 200. Jahrestag des Königreichs Preußen zu feiern, dieser Vorlage nicht zustimmen, weil sie uns vom Standpunkte der Ovation zu klein, zu geringfügig, zu nicht bedeutend erscheinen würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Von einer Lösung der Wohnungsfrage kann hier in unserem Sinn überhaupt nicht die Rede sein. Sie ist nach meiner festen Ueberzeugung nur denkbar, wenn der Grund und Boden dem Kapitalismus entzogen wird. (Große Unruhe, Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir geben uns über den Erfolg unserer Bestrebungen keinen Illusionen hin, aber zwischen der Lösung der Wohnungsfrage und dem Verweigen der verkommenen Zustände ist noch ein Mittelweg möglich. Diesen Mittelweg zu gehen beabsichtigt unser Vorschlag. Der wird eben natürlich ganz andre Anforderungen und Mittel erfordern, als wie es, abgesehen von dieser Stiftung, in dieser Versammlung möglich ist. Der Magistrat hat sich über die Wirkung seiner Vorlage der Täuschung hingegeben, daß dadurch auch nur entferntest eine wesentliche Linderung der Verhältnisse herbeigeführt werden kann. Die Vorlage ist nicht einmal der Tropfen auf den heißen Stein, sondern ein Tröpfchen. Ich muß aber anerkennen, daß in der Magistratsvorlage, namentlich im § 2, ein einigermaßen socialpolitischer Sinn steckt. Dieser Paragraph ist von dem socialen Geist durchtränkt, daß die Gemeinde es als Verpflichtung ansieht, auf einem Gebiete, auf dem Tausende, ja Hunderttausende unserer Mitbürger in den schlimmsten Verhältnissen leben, mit städtischen Mitteln einzugreifen. Der Ausschuss dagegen weist das zurück. Der letzte Satz des § 2 des Aufschusses enthält das Fabelstück. Sie wollen eine neue wohltätige Stiftung errichten für Leute, die durch wirtschaftliches Mißgeschick, Familienunglück usw. zurückgelassen und nicht in der Lage sind, ihre Miethen zu zahlen, durch eine Miethunterstützung über Wasser halten, ihnen helfen. (Zuruf: Das ist doch sehr schön!) Das ist sehr schön, aber es nützt nichts und kostet nichts. Vielleicht finden es die Herren deshalb sehr schön, weil es nichts kostet. Sie erreichen damit noch den angenehmen Nebenzweck, daß die Hausbesitzer ein Geschäft bekommen, in sofern sie durch die Miethunterstützung vor Verlusten geschützt werden, oder der Verlust wenigstens gemildert wird. Aber auch der Magistrat ist in meinen Augen dadurch nicht entschuldigt, daß er mit dieser auch für ihn nicht erheblichen Million wenigstens versuchen will, etwas zu leisten. Wir glauben, daß die Stadt Berlin sich darüber klar sein muß, daß es auf diesem Gebiete nicht um Almosen, mit Wohlthätigkeit gethan ist, sondern daß gemeinnützige Einrichtungen geschaffen werden müssen, die der großen allgemeinen Wohnungsnot abzuwehren im Stande ist. Diese Stiftung schiebt zwar auch, als ob sie etwas ist, aber sie hat thatsächlich nicht die geringste Bedeutung, und deshalb werden wir gegen die Vorlage stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Nathan (L.): Auch wir stehen nicht auf dem Standpunkte, daß die Könige allein Preußen groß gemacht haben, sondern auf dem, daß die Könige gemeinsam mit dem Volk für den Staat gearbeitet haben. In diesem Sinne sind wir Monarchisten. Herr Singer erkennt einen König doch wenigstens als Autorität gegenüber einem andren König an. (Weiterer.) Die ganze Socialdemokratie verehrt Ferdinand Lassalle, der doch auch nicht in jeder Beziehung ein Muster und Vorbild war, in dessen Leben gewisse Liebhaftigkeiten eine Rolle spielen und der schließlich im Duell gefallen

ist, während doch die Socialdemokratie eine Gegnerin des Duells ist. (Zuruf S. Singer: Wir machen auch keine Kassa-Stiftung! Große Heiterkeit.) Dennoch berechnen Sie Kassa, und mit Recht, wegen der Verdienste, die er um die Arbeiter hat. Friedrich I. hat das historische Verdienst, daß er Preußen zu einer Monarchie gemacht hat. Damit hat er ihm die Sporen in die Seite gesetzt und dadurch sind wir schließlich zum Deutschen Reich und zum allgemeinen Wahlfreie gekommen, von dem auch Sie (zu den Socialdemokraten) profitieren. Sie nennen uns Hyazinthen, die „Kreuz-Zeitung“ nennt uns rote Republikaner. Wahrscheinlich sind wir also aufrechte Bürger, die mit dem Königtum gemeinsam die Größe und Freiheit des Vaterlands wollen. Entscheidend für die Annahme der Stiftung ist für mich übrigens auch der Antrag Singer, denn ich große Bedeutung beimesse. Die Mehrheit meiner Freunde nimmt die Magistratsvorlage an, welche ich hiermit entgegen dem Ausschussvorsatz wieder beantrage.

Stadtv. Wallach (A. L.) bestreitet, daß die Grund- und Boden-Spekulation an der Höhe der Mietpreise schuld sei. Die Ursachen seien vielmehr die gesteigerten Materialpreise und Arbeitslöhne. Die Annahme des Antrags Rathen würde die ganze Sache wieder gefährden. Die Stiftung dürfe selbst nicht Häuser bauen, denn mit dem Gelde der Steuerzahler sei nicht zu experimentieren.

Stadtv. Prekel (Vürgerpartei) wird mit Freude der Stiftung zustimmen, sieht aber darin keine Abhilfe für die Wohnungsnot. Die Hauptursache für die unheimlichen Zustände im Wohnungswesen sei die Verheerung der Arbeiter durch die Socialdemokratie. (Lachen bei den Socialdemokraten. Rufe: unglücklich!) Diese habe zum Beispiel die Maurer gezwungen, immer weniger zu arbeiten und immer höhere Lohnforderungen zu stellen. (Zustimmung.) Früher habe ein Maurer täglich 7-800 Steine verarbeitet, jetzt bloß noch 3-400. Gerade in diesem Saale, weil die Socialdemokratie immer mit Handschuhen angefaßt werde, sei es an der Zeit, ihr auch einmal den von ihr nach unten geübten Hyazinthenstich vor Augen zu halten. Mit dem Aufhören der Verheerung der Arbeiter sei die Wohnungsfrage gelöst. (Gelächter.)

Stadtv. Cassel (A. L.): Auch die Socialdemokratie legt nicht einseitig die Arbeitslöhne fest, diese Verhältnisse regeln sich nach Angebot und Nachfrage.

Stadtv. Singer: Wenn Friedrich I. neben seinen menschlichen Schwächen auch nur annähernd so viel für die Armen und Entwürdeten getan hätte wie Kassa, so würde ich gewiß Friedrich I. darum nicht geringer schätzen, weil er König war. (Heiterkeit.) Herr Rathen spielte auch beißend auf den Zukunftsstaat an. Ich begnüge mich an dieser Stelle mit der Gegenbemerkung, daß Sie ja diese unsere Zukunftsstaats-Bestrebungen nur beugen, um damit auch von den minimalen Verbesserungen abzuhängen, die in der Gegenwart erreichbar wären. Herr Prekel muß ein Wohlgefühl allerersten Ranges durchzittern, wenn er sich heute als Vertreter der großen Majorität sehen muß, denn deren Verfall zu haben ist ihm noch nicht oft passiert. Herr Prekel hat thatächlich im Sinne der Mehrheit den Nagel auf den Kopf getroffen mit seiner Ausführung, daß an den Zuständen nicht die Gesellschaft schuld ist, sondern die Socialdemokraten, die mit diesen Zuständen unzufrieden sind. Die Arbeiter müssen eben wieder billiger arbeiten, damit die armen Hausbesitzer billigere Häuser bauen können; daß sie dann auch die Wohnungen billiger vermieten werden, hat er allerdings nicht hinzugefügt. (Heiterkeit.) Erstlich auf diese mittelalterlichen, fossilien Anschauungen des Herrn Prekel einzugehen, verlohnt sich nicht; darüber ist die moderne Bewegung denn doch mit elementarer Gewalt hinweggegangen.

Stadtv. Prekel hat den Socialdemokraten nur einmal die Wahrheit sagen wollen. Nicht die Antisemiten, zu denen er nicht gehöre, hätten politische oder religiöse Gegner wirtschaftlich ruiniert, vielmehr sei dieses Verfahren von den Juden ausgegangen.

Stadtv. Cassel bestreitet letzteres. Damit schließt die Debatte.

In persönlicher Bemerkung hebt Stadtv. Prekel hervor, daß er bei den Juden auch auf der schwarzen Liste stehe.

Der Magistratsantrag betr. die Errichtung der Stiftung wird angenommen und darauf das Statut der Stiftung beraten.

Bei § 2 wiederholt sich die Debatte über die Frage, ob die Stiftung selbst Häuser bauen oder erwerben könne.

Stadtv. Wallach spricht nochmals dagegen.

Der Oberbürgermeister Kirchner hält dafür, daß der Erwerb von Häusern z. B. im Fall eines Legats der Stiftung doch nicht unterlagt werden könne und daß man doch auch die Möglichkeit, wenn die Stiftung einmal in ferner Zeit unter veränderten Verhältnissen selbst ein Haus bauen wolle, nicht hindern sollte.

Stadtv. Nathan zieht nach dieser Erklärung seinen Antrag zurück, während Stadtv. Fährndrich (A. L.) auf Grund der Interpretation des Oberbürgermeisters nunmehr gegen § 2 zu stimmen müssen erklärt.

Stadtv. Singer: Die Vertreter der Unverletzlichkeit der Privatunternehmerschaft gegen kommunale Eingriffe haben durch ihre Ausführungen sehr zur Klärung beigetragen, sie haben ihren Standpunkt in seiner nackten Schönheit erkennen lassen. Bei den verschiedenartigen Interpretationen, die wir jetzt hören, wird es das Beste sei, die Sache dem Ausschuss zurückzugeben, was ich hiermit beantrage. (Heiterkeit.) Jeder Kollege wird mit unterschreiben: Diese Stiftung ist ein totgeborenes Kind.

Vom Stadtv. Wallach wird der Zusatzantrag verlesen: „Erwerbung und Bau von Wohnhäusern ist ausgeschlossen.“ (Heiterkeit.)

Stadtv. Cassel sucht die Herren Hausagrarier zu beruhigen, indem er bedauert, daß die Stiftung nach § 2 Häuser zu bauen nicht berechtigt ist. Der Antrag Wallach sei insoweit überflüssig; auch den Erwerb zu verbieten gelte anderswärts zu weit.

Die Zurückweisung an den Ausschuss wird abgelehnt, der modifizierte Antrag Wallach „Bau von Wohnhäusern ist ausgeschlossen“ desgleichen; der § 2 der Ausschussbeschlüsse wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Rest des Statuts der Stiftung und das Statut im ganzen.

#### Kleinere Vorlagen.

Stadtv. Karl Goldschmidt hat beantragt, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung recht bald eine Vorlage betr. den Neubau der Brücke im Zuge der Adalbertstraße zu machen.

Der Antrag, für den sich auch Stadtv. Schulz II (Soz.) angesichts des unzulänglichen Bedürfnisses ausspricht, wird angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen, welche keine erhebliche Debatten hervorgerufen, schließt die Sitzung um 1/29 Uhr.

### Gewerkchaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Zwecks Beilegung des Ausstands der Kutscher, Handwerker und Arbeiter der Vereinigten Berliner Mörtelwerke fand am 10. Januar Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts v. Schulz; als Beisitzer fungierten für die Arbeitnehmer K. Förster und Schulmann und für die Arbeitgeber Bernhardt und Kohn. Als Vertreter der Arbeitnehmer waren Werner, Lowski und Lange und als Vertreter des Arbeitgebers der Direktor der Mörtelwerke Pernet und der Inspektor Wojanowski erschienen.

Im April vorigen Jahres hatten die Kutscher einen Wochenlohn von 25 Mark mit dem Arbeitgeber vereinbart. Diese Abmachung sollte vom 1. April 1900 bis zum 1. April 1901 gelten. Trotzdem wurde den Kutschern am 10. Dezember eine Reduktion des Lohns auf 21 Mark angekündigt mit der Bemerkung, daß, falls sie nicht darauf eingehen würden, Entlassungen vorgenommen werden müßten. Die Arbeiter gaben sich damit zufrieden unter der Bedingung, daß keine Entlassungen stattfinden sollten. Trotzdem wurden nun am Montag 15 Arbeiter entlassen.

Darauf legten die übrigen 50 Arbeiter des Betriebs die Arbeit nieder.

Seitens der Vertreter des Arbeitgebers wird nun behauptet, es sei gesagt worden: wenn irgend möglich, soll keiner entlassen werden; wogegen die Vertreter der Arbeiter behaupten, daß dieses Versprechen unbedingt gegeben worden sei.

Nach etwa dreistündiger Verhandlung kommt es zu folgendem Vergleich, der von den Arbeitnehmervertretern unter Vorbehalt acceptiert wird:

1. Der Arbeitgeber zahlt in Zukunft jedem Kutscher pro Woche 20 M., und zwar vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 15. März 1901. Die Kutscher sollen bis zum 15. März 1901 ohne Aussehen arbeiten.

Es wird bemerkt, daß alle andern Arbeiter 35 Pf. Stundenlohn erhalten, und daß, sobald die Kassa in der Köpenickerstraße wieder in Betrieb gesetzt wird, die dort beschäftigten Arbeiter — Kutscher und Handwerker kommen hier nicht in Betracht — ebenfalls zum Lohnsatz von 35 Pf. pro Stunde wieder eingestellt werden.

2. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an sollen je nach Bedarf die Kutscher, Schmiede und Stellmacher zur Arbeit angenommen werden. Die eine Hälfte soll sofort eingestellt werden.

3. Der Arbeitgeber verpflichtet sich ganz allgemein, die entlassenen und streikenden Arbeiter wieder einzustellen. Ebenso verpflichten sich die Arbeiter ihrerseits, die Arbeit wieder aufzunehmen.

4. Die Aufnahme der Arbeit findet am 11. Januar 1901 statt. Diejenigen Kutscher, Handwerker und Arbeiter, welche bis zum 14. Januar früh morgens die Arbeit nicht angetreten haben, haben das Recht auf Wiedereinstellung verwirkt. (Für die Arbeiter der Kassa Köpenickerstraße gilt das unter Nr. 1 Gesagte.)

5. Die Parteien verpflichten sich, vor dem 15. März 1901 durch beiderseitige Verhandlungen die Lohnsätze der Kutscher und Arbeiter für einen bestimmten Zeitraum zu vereinbaren.

Alle Differenzen, die aus diesem Vertrage etwa entstehen sollten, sollen dem Einigungsamt des Gewerbegerichts unterbreitet werden. Das Gewerbeamt ist innerhalb drei Tagen nach Ausbruch eines nicht heilungelungen Streiks anzurufen.

6. Maßregelungen finden nicht statt.

7. Der Vertreter des Arbeitgebers nimmt den Vergleich vorbehaltlich an; die Arbeitnehmer-Vertreter unter Vorbehalt der Beschlässe der heute abend stattfindenden Versammlung.

In der Versammlung der Kutscher und Arbeiter der Vereinigten Berliner Mörtelwerke, die gestern abend tagte, wurden nach längerer Diskussion die Vereinbarungen vor dem Einigungsamt einstimmig angenommen und beschlossen, daß sämtliche Arbeiter am 11. Januar die Arbeit wieder aufnehmen sollen.

#### Holzverarbeitungsmaschinen-Arbeiter.

Nachdem die Verhandlungen vor der Kitzbühner-Kommission scheiterten, dieselben aber erklärt wurde, daß der Absatz 4 des Kontrollbuchs zweifellos ungesetlich ist, so empfehlen wir unseren Kollegen, das Kontrollbuch zu unterschreiben. Sollten Kollegen durch den Absatz 4 benachteiligt werden, so bitten wir um sofortige Meldung, damit Gelegenheit gegeben wird, gerichtlich vorzugehen.

Der Vorstand.

#### Deutsches Reich.

Eine „nochmalige Prüfung“ kann schließlich auch einmal Regierungspräsidenten zu anderer Ansicht bringen. Der Posenener Regierungspräsident hatte die dortige Zahlstelle des Schuhmacherverbands als politisch erklärt und deshalb aufgelöst. Auf die Beschwerde des Verbands an den Oberpräsidenten mußte sich der Herr Regierungspräsident zu nachstehender Erklärung bequemen:

Der Königl. Posen, 3. Januar 1901. Regierungs-Präsident. J. Nr. 1377/00 I. A.

Ihre Beschwerde gegen meinen Bescheid vom 3. Juli v. J. Nr. 5488/00 I. A. ist mir von Sr. Excellenz dem Herrn Oberpräsidenten hierseits nochmals zugegangen. Bei der insfolgedessen ernstlichsten nochmaligen Prüfung der Sachlage hat sich ergeben, daß die hiesige Zahlstelle des Verbands deutscher Schuhmacher dem hiesigen Arbeiter-Sekretariat nicht angegliedert ist, und dieselbe daher, so lange sie sich im Rahmen ihres Status hält und nicht das politische Gebiet betritt, als politischer Verein im Sinne des Vereinsgesetzes nicht anzusehen ist.

Unter Aufhebung meiner Entscheidung vom 3. Juli v. J. Nr. 5488/00 I. A. habe ich den Herrn Polizeipräsidenten hierseits ersucht, Vorstehendem gemäß zu verfahren und sehe daher Ihre Beschwerde vom 18. Juli als erledigt an.

J. V.: reg. (Unterschrift).

Der Herr Regierungspräsident hatte die Zahlstelle auf Grund der Statuten des Verbands deutscher Schuhmacher als politischen Verein erklärt, jetzt sieht er sich genötigt, die Zahlstelle auf Grund derselben Statuten als unpolitisch zu betrachten. Was der Herr Regierungspräsident unter der Angliederung an das Arbeitersekretariat, soll besser heißen Unterstufung des Sekretariats, versteht, um daraus Politik zu konstruieren, ist unerfindlich. Wesentlich ist gerade das Sekretariat die unpolitische Einrichtung. — Im übrigen möchten wir den Herrn Regierungspräsidenten noch auf eine Inkonsequenz aufmerksam machen. Die Versammlungen der Zahlstelle der Schuhmacher erklärt er als politisch und läßt die Frauen hinausweisen, die Zahlstelle selbst läßt er aber weiter bestehen, trotzdem ihr gleichfalls Frauen angehören, wie er aus der beim Polizeipräsidenten eingereichten Mitgliedsliste Schwarz auf weiß sehen konnte. Die Logik, die Logik!

In der Zutefabrik Sandhosen bei Mannheim legten 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, meist Italiener, die Arbeit nieder. Die Direktion hatte eigenmächtig den Wegfall der Nachmittagspause angeordnet. Die Streikenden wollen nicht eher in die Fabrik zurückkehren, als bis die Maßregel rückgängig gemacht ist.

Die Landes-Bauarbeiter-Schutzkommission für Bayern beruft für den Ostermontag nach Nürnberg (Restaurant Martin Behaim) eine Landesversammlung der lokalen Bauarbeiter-Schutzkommissionen ein. Sie hat auf die provisorische Tagesordnung die folgenden Punkte gesetzt:

1. Bericht der Landes-Bauarbeiter-Schutzkommission.
2. Berichte der lokalen Bauarbeiter-Schutzkommissionen.
3. Der Bauarbeiterschutz mit besonderer Rücksicht auf die Reform in Bayern.
4. Agitation und Organisation für den Bauarbeiterschutz in Bayern.

Alle den Bauarbeiterschutz in Bayern und die Konferenz betreffenden Angaben sind zu richten an: Johann Merkel, Pfanderstraße 11, Nürnberg.

#### Ausland.

Aus Dux wird berichtet, daß die Vertrauensmänner-Versammlung der Bergarbeiter beschlossen habe, den Ausstand aufzugeben.

#### China.

##### Kriegsbullethens Walderssee.

Walderssee meldet am 8. aus Peking: Kolonne Pabel, behufs Kooperation mit Kolonne Madai von Peking (72 Kilometer nordwestlich Peking) nach Tjinganpu am Peiho marschiert, hat am 3., nach äußerst beschwerlichen Märschen auf Saumpfadern durch Hochgebirge, von etwa 600 bis 1000 Vögern mit 10 Geschützen und durch Wägen verteidigte Befestigungen bei Hopyu 10 Kilometer südwestlich Peking erstickt. Oberleutnant Hirschberg vom Feld-Artillerie-Regiment und 1 Unteroffizier leicht, 2 Russetiere schwer verwundet, davon einer gestorben. Kolonne geht in breiter Front über Peking zurück; südwestlich Tientsin hat kleines Detachement unter Major Ceruo Gegend von Räuberbanden gesäubert. Ferner vom 7. Januar: Die am 3. erklärte Befestigung Hopyu und das nahegelegene Tschailou (H) waren Hauptstammelort

neorganisierter Vögelbanden, über 1000 Mann, welche umgeben terrorisierten und nach Peking nach Tjinganpu (72 und 88 Kilometer nordwestlich von Peking) planten.

Kolonne Pabel hat sich am 5. in Peking wieder mit ihrem Kavallerie-Zug vereinigt. Der inzwischen unter Oberleutnant Kersten Gegend Tschingung-Thumu-Quakai (ersterees am Peiho, letztere beiden an der Straße Peking-Kalgan) mit außerordentlichen Marschleistungen durchstießte und bei Thumu einen aus Sianghua vorgehenden chinesischen Kavallerieposten verjagte. Kolonne Pabel sendet heute Kavallerie und berittene Infanterie unter Major Hynel auf Suanhuo und folgt mit Gros zunächst bis Wiming (beide Orte an der Straße Peking-Kalgan).

Die bei Mihim befindlichen Reste der Latai-Truppen sind vor den Kolonnen Grüber, Haering und Madai in Auflösung über Kupeihou (100 Kilometer nordöstlich von Peking an der chinesischen Mauer) nach Fengning (12 Kilometer nördlich von Kupeihou) geflüchtet. Kolonnen Madai und Haering heute hier wieder eingetroffen.

Ein Reuter-Telegramm meldet weiter aus Peking: Am 8. Januar haben die Deutschen 2 Compagnien in die Nähe der Minggräber entsandt, von wo Unruhen gemeldet werden.

In demselben Maße, wie die Kriegsnachrichten wieder reichlicher einfließen, fließen die Nachrichten über den Fortgang der Friedensunterhandlungen spärlicher.

#### Der chinesische Kanoffgang.

Eine Meldung der „Times“ besagt: Der deutsche Gesandte sprach den Wunsch aus, Prinz Chün, den siebzehnjährigen intelligenten Bruder des Kaisers, als Verhörmungsgeandten nach Berlin zu senden. Wahrscheinlich wird der von China vorgeschlagene Prinz Su auch nach Berlin gehen. Der Reise dieser Prinzen ist die allergrößte Bedeutung beizulegen. Wir ist in jahrelanger Verlebr mit chinesischen Diplomaten stets der Wunsch dieser Kreise wiedergekehrt, daß der von den Hoisesehen verbotene Besuch Europas einem kaiserlichen Prinzen gestattet werden möchte, da dadurch allein China die Augen über die moderne Kultur geöffnet werden könnten.

Bedarf es denn nach dem Hunnenkrieg wirklich noch einer weiteren Demonstrierung dieser „modernen Kultur“?

#### Das harmlose Rußland.

Den „Central News“ wird aus Petersburg gemeldet: In amtlichen Kreisen drückt man Erstaunen über die große Tätigkeit aus, welche der russisch-chinesischen Konvention über die Handelszölle im Auslande beigegeben wird. Man erklärt, daß die Konvention nur ein zeitweiliges Arrangement sei, welches von einem russischen Unterbefehlshaber mit dem chinesischen Gouverneur von Peking abgemacht und von dem russischen Vertreter von Port Arthur kontrolliert sei. Alles, was nach einer politischen Konvention aussehen könnte, ist ausgegrenzt. Diese Betreibungen des allein ehrlichen Rußland werden in England zweifellos großen Eindruck machen!

#### Letzte Meldungen.

New York, 10. Januar. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Nach einer Meldung aus Peking von gestern berichtet ein aus Sianghu dort eingetroffener Chinese, im Innern der Stadt egerzierten ständig 85 000 Mann chinesischer Truppen. Die meisten von ihnen seien mit modernen Gewehren bewaffnet. Die Stimmung der dortigen Bevölkerung sei erbittert gegen die Ausländer und man glaube, daß die Chinesen den Verbänden in offener Kampfe begegnen und dieselben schlagen könnten. Die Gesandten, heißt es in dem Telegramm weiter, seien sehr erstaunt über die Konzeption, welche Rußland am Nordufer des Peiho bei Tientsin neben der britischen und der französischen Niederlassung gewährt worden sei. Die Russen erklärten, diese Konzeption sei ihnen freiwillig gewährt worden für die Dienste, welche die Russen China durch ihre Bemühungen, den Frieden herbeizuführen, geleistet hätten.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Vom Kriegsschauplatz in Kapland.

London, 10. Januar. (V. G.) Aus Riquetberg wird gemeldet, daß sich die Boeren in zwei Kolonnen geteilt haben und nach Süden weitermarschieren. Die englische Kriegsmacht ist nicht genügend stark, um Widerstand zu leisten.

London, 10. Januar. (V. G.) Aus Warrenton wird berichtet: Die Engländer beschlagnahmten sämtliche Pferde der Holländer sowie der Eingebornen. Die Lebensmittel haben bereits unerschwingliche Preise erreicht. Diejenigen Farmer, von denen man annimmt, daß sie Freunde der Boeren sind, werden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

Nach amtlicher Meldung sind bei Nauwpoort am 5. Januar 30 Mann getötet und 33 verwundet worden.

#### Der Unfall der „Ruffie“.

Saraman, 10. Januar. (V. L. W.) Das Seil zur Verbindung der „Ruffie“ mit dem Lande ist gerissen. Man hat vergebens versucht, ein neues Landungsboot vom Ufer aus abzufinden. Inzwischen ist es gelungen, trotz der sehr hochgehenden See anderweitige Verbindungen zwischen der „Ruffie“ und dem Lande herzustellen.

Paris, 10. Januar. (V. L. W.) Der Marineminister empfing vom Admiral Besson eine in Paris um 8 Uhr nachmittags ausgegebene Depesche, welche meldet, daß der Versuch eine Verbindung mit der „Ruffie“ herzustellen, seit heute früh erfolglos geblieben sei. Admiral Besson habe aus Toulon ein breites Boot, wie es Walfischfänger mit sich führen, verlangt. Das Wetter verschlechterte sich wieder. Nach der letzten Depesche aus Saraman sind alle Bemühungen zur Herstellung einer Verbindung mit der „Ruffie“ endgültig gescheitert.

Frankfurt a. M., 10. Januar. (V. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Die bakteriologische Untersuchung des gestern unter verdächtigen Symptomen verstorbenen Manns ergab Bubonepest.

Wien, 10. Januar. (V. L. W.) Reichsratswahlen. Alle vier Mandate der Landgemeinden Kärntens fielen der deutschen Volkspartei zu, welche mithin ein Mandat von den Slowenen gewann.

Wien, 10. Januar. (V. L. W.) Das Ergebnis der heutigen Städtewahlen in Böhmen stellt sich, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, so, daß die Deutschradikalen in Böhmen bereits 17 Mandate besitzen. Die deutsche Fortschrittspartei verlor heute drei Mandate an die Radikalen. Die deutsche Volkspartei behauptete den Besitzstand; zwei Stichwahlen sind ansichtslos für die Fortschrittspartei. In Mähren haben die Radikalen 1 Mandat gewonnen und eins verloren. Den Deutschen gelang es nicht, den Olmücker Städtbezirk zurückzuerobern.

Konstantinopel, 10. Januar. (Meld. des Wiener L. I. Telegr.-Bureaus.) Der an der türkisch-persischen Grenze ansässige Stamm der Djaß, dessen Häuptling ein gewisser Rahaud-Boscha ist, machte in die persische Provinz Kermanschah einen Einfall und zog seit einiger Zeit plündernd und verheerend umher. Der persische Vorkommandant erhielt den Auftrag, bei der Fortschritte behufs Wiedergutmachung des von dem genannten Stamme angerichteten Schadens und wegen Veranlassung der Djaß zum sofortigen Abzuge zu unternehmen. Der persische Vorkommandant erhielt ferner den Auftrag, bei der Fortschritte zu thun, um die Lösung der schwebenden Frage betr. die Regelung der türkisch-persischen Grenze an der persischen Provinz Kermanschah durch eine türkische und persische Kommission zu beschleunigen.

Konstantinopel, 10. Januar. (Meldung des Wiener L. I. Telegr.-Bureaus.) Der von den Briganten in der Nähe von Smyrna gefangen genommene Franzose Wibe wurde gegen Zahlung eines Lösegelds im Betrage von 2000 türkischen Pfund wieder in Freiheit gesetzt.

Gierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Januar 1901 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bälou, Freiherr v. Thielmann.

Die zweite Staatsberatung wird beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit den fortdauernden Ausgaben des Reichskanzlers (Gehalt 100 000 M. einschließlich 64 000 M. Repräsentationskosten — außerdem freie Dienstwohnung).

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Ich habe eine Frage an den Herrn Reichskanzler zu richten über einen Fall, der uns auch schon früher beschäftigt hat. Ich frage ihn, ob er gedenkt dafür zu sorgen, daß Verträge, die zwischen dem Reich und Hamburg geschlossen sind, innegehalten werden.

In der That sind nämlich solche Verträge wiederholt gröblich verletzt worden. Nach einem Verträge mit Hamburg vom Jahre 1881 ist Hamburg ein Freihafengebiet eingeräumt worden, wo Waren tollfrei lagern dürfen. Nur das Wohnen in diesem Freihafengebiet ist nicht gestattet.

Es sind sogar ganz festumschriebene Bestimmungen in den Vertrag aufgenommen, nach welchen das Wohnen im nördlichen Teil des Freihafengebiets ganz untersagt, im südlichen nur so weit gestattet ist, als es zu Aufsichtszwecken dringend erforderlich ist.

Zu diesem Verträge sind eine ganze Reihe Ausführungsbestimmungen erlassen, unter denen die Arbeiter erheblich zu leiden gehabt haben. Aber ich will zugeben, daß diese im Interesse der Zollfreiheit nötig sind.

Vereits einmal aber wurde gegen den Vertrag gröblich verstoßen, bei Gelegenheit des großen Arbeiterstreiks 1898. Damals suchten die Unternehmer in ganz Deutschland Arbeiter und schleppten sie nach Hamburg mit der Absicht, die Streikbrecher in Speichern und Lagerhäusern des Freihafens unterzubringen.

Damals erhoben der Hamburger Senat und der Reichskommissar dagegen Einspruch und die Unternehmer sahen den Ausweg, daß sie die Streikbrecher auf den Schiffen einquartierten. Im letzten Jahre ist man nun noch weiter gegangen. Bei Gelegenheit der Ausperrung der Werftarbeiter wurden für die Streikbrecher in dem Freihafengebiet Schuppen gebaut, in denen eine große Anzahl sogenannter Arbeitswilligen wohnten.

Dieser Verstoß gegen den bestehenden Vertrag war in der ganzen hamburgischen Bevölkerung bekannt, ja im „Hamburger Korrespondent“ vom 5. Dezember wurde diese Thatsache offen besprochen. Da fragt es sich nun, ob vielleicht eine Suspendierung des Vertrags während dieser Zeit durch das Reich herbeigeführt ist.

Darüber möchte ich zunächst Auskunft vom Herrn Reichskanzler haben. Man könnte ja aber sagen, daß eine Suspendierung der Verträge im Interesse der auswärtigen Politik nötig war, weil die Schiffe nach China sonst nicht rechtzeitig hätten fertiggestellt werden können.

Die Arbeiter für den Schiffsbau wären aber auch zu haben gewesen, ohne daß man Kräfte von außen heranzog. Es handelte sich nämlich im wesentlichen gar nicht, wie Lügenhafterweise verbreitet wurde, um einen Streik, sondern um eine Ausperrung, hervorgerufen durch die Unternehmer.

Die Ursache dieser Ausperrung war folgende: Im Frühjahr vorigen Jahres versuchten die Metallarbeiter die günstige Geschäftslage auszunutzen, um für die erhöhten Lebensmittelpreise durch Erhöhung der Löhne einen Ersatz zu bekommen.

Den auch dem Lande beschäftigten Metallarbeitern gelang dies auch gut. Die auf den Werften beschäftigten Metallarbeiter erhielten dagegen auf ihr Schreiben von den Werftbesitzern gar keine Antwort, wie es später hieß, weil es nicht höflich genug abgefaßt war.

Ein zweites Schreiben, das sich in fast devoten Ausdrücken bewegte, wurde ebenfalls nicht beantwortet, und die Arbeiter sahen vom Streik ab. Nun hatte sich aber herausgestellt, daß die Rieter einer Werft 1—2 Pf. weniger Lohn hatten, als die Rieter bei den andern Werftbesitzern.

Diese Rieter, ungefähr 60—70 Mann, verlangten nun Gleichstellung im Lohne mit den übrigen Rieteren. Es handelte sich um ganz kleine Beträge, denn eine Anzahl von diesen Leuten bezog nur 31 Pf. Stundenlohn. Die Erhöhung wurde aber verweigert und die Rieter streikten.

Von diesem Streik nun machten alle Werftbesitzer Gebrauch und verlangten von ihren Arbeitern, sie sollten dafür sorgen, daß die 60—70 Rieter weiter für den Hungerlohn arbeiteten. Andernfalls sollten alle Werftarbeiter ausgesperrt werden.

Was sollten denn aber die Arbeiter thun, sollten sie etwa ihre Kollegen durchsprüngen, um sie zur Arbeit zu zwingen? Einen solchen Terrorismus kann man doch nicht von ihnen verlangen. Die Zahl der ausgesperrten Werftarbeiter stieg schließlich auf 3600. Daß hierdurch die auswärtige Politik in eine gewisse Verlegenheit kam, ist ja selbstverständlich.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte aber in Hamburg jene bekannte Bremerhavener Kaiserrede vom 4. August, worin behauptet wurde, der Streik sei das Werk vaterlandloser Agitatoren. In der That waren doch die Unternehmer, welche die Arbeiter ausgesperrt hatten, die vaterlandlosen Agitatoren.

Lehnten diese doch unter dem 14. August das Anerbieten des Vorsitzenden des Gewerbegerichts auf Vermittlung rundweg ab. Vielmehr erklärt sich die Haltung der Werftbesitzer aus folgendem: In dem Geschäftsbericht eines Werftbesitzers kommt folgender Passus vor: „Es hat sich gegen das Vorjahr eine Erhöhung der Eisenpreise von 30 auf 40 M. für die Tonne ergeben. Dieser Preisstand erwies sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zu hoch und der Schiffsbau sah sich trotz reichlich vorliegender Arbeit zu Betriebsbeschränkungen gezwungen, umso mehr als auch an der Börse Geldknappheit herrscht.“

Daraus geht doch aber hervor, daß die Werftbesitzer die Ausperrung provoziert haben, um einen Druck auf die Eisenpreise auszuüben.

Es steht also fest, daß alle Schuld auf die Unternehmer fällt und von einem Terrorismus der Arbeiter nicht gesprochen werden kann. Natürlich sagen die Werftbesitzer nicht offen heraus, wie die Dinge liegen. Sie wollen sich auch nicht nach oben hin compromittieren. All das sollte dem Reichskanzler Veranlassung geben, die Sache etwas näher zu untersuchen. Er will ja die Verantwortung für die Reden des Kaisers übernehmen, und auch alle Monarchisten sind interessiert daran, zu erfahren, wie es gekommen ist, daß eine offensbare Unwahrheit in den Mund des Kaisers gelegt worden ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hamburgischer Bundesbevollmächtigter, Senator Lappenberg (schwer verständlich): Im Freihafengebiet sind schon immer Wohnungen für Beamte errichtet worden, soweit es nötig ist zur Kontrolle und zur Aufrechterhaltung des Betriebs. Nach dem Vertrag dürfen die kontrollierenden Beamten im Freihafengebiet wohnen. Das dauernde Wohnen ist sonst dort verboten; aber vorübergehendes Wohnen ist schon wiederholt vorgekommen. Als neue Hafeneinrichtungen geschaffen wurden, ist es den Unternehmern gestattet worden, für ihre Arbeiter Wohnungen im Freihafengebiet zu errichten. Die Zollbehörde hat gesagt, es sei ihr viel angenehmer, wenn die Leute, die sonst unmittelbar an der Grenze des Freihafengebietes wohnen würden, direkt im Freihafengebiet wohnen. Dann sei es viel leichter Schmuggel zu verhindern, als wenn die Leute täglich die Grenze passieren müßten. Die Firma Blohm und Böh hat nun während des letzten Streiks einige Wohnungen in beschränkter Zahl für ihre Arbeiter errichtet. Die Inhaber der Werft hatten sich an die Zollbehörde um Erlaubnis gewandt. Das Hauptzollamt und die Generaldirektion erklärten, ein Zollinteresse sei nicht gegeben und es bestände kein Bedenken, das vorübergehende Wohnen einiger Leute im Freihafengebiet zu gestatten. Der Senat aber meinte, wir wollen lieber vorsichtig sein, uns keine Vorwürfe zuziehen und uns während des Streiks ganz unparteiisch halten. Mit dem Hinundherfahren an die Zollbehörde verging einige Zeit. Dann aber wurde den Herren Blohm u. Böh erklärt, daß es gegen den Zollvertrag sei, wenn ihre Arbeiter

im Freihafengebiet wohnen. Blohm u. Böh haben daraufhin mitgeteilt, daß sie keine neuen Wohnungen errichten würden. Inzwischen war auch der Werftarbeiterstreik beendet.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Es ist richtig, daß schließlich der Hamburger Senat die Firma Blohm u. Böh auf das Vertragswidrige ihrer Maßnahmen aufmerksam gemacht hat, es ist nur merkwürdig, daß der Senat so eigentümlich spät Kenntnis von dem vertragswidrigen Vorgehen erhielt, hatte doch der „Hamburgische Korrespondent“ sogar von der Thatsache, daß die Arbeiter im Freihafengebiet wohnten, Kenntnis genommen. Dem Senat ist aber auch weiter der Vorwurf zu machen, daß er, auch nachdem er Kenntnis genommen hatte, nicht schnell genug eingeschritten ist.

Die Eröffnung des Senats an die Firma erfolgte erst, als nach Beendigung des Streiks die Räume zu Arbeitszwecken gebraucht wurden. Hoffentlich wird der Senat in Zukunft in solchen Fällen energischer einzugreifen und Gesetzesverletzungen entgegenzutreten sich genähigt fühlen.

Abg. Graf von Kinkowskrom (L)

begründet eine von ihm zum Etat gestellte Resolution, wonach bei einem zukünftigen Handelsvertrag mit Rußland die Ausnahmegünstigungen, welche jetzt für die nach den Häfen Sibau und Alga führenden Eisenbahnen in Kraft sind, nur für Artikel gelten sollen, soweit solche zur Ausfuhr über See nach dem Zollausland bestimmt sind. (Änderung des Artikel 19 des Schlussprotokolls des deutsch-russischen Handelsvertrags.) Der jetzige Artikel 19 begünstigt den Handel und schädigt die Landwirtschaft. Ich lehne den ganzen Artikel 19 ab, aber mein Antrag bezeichnet das Mindestmaß dessen, was meine Freunde und ich zu fordern gewillt sind. Ich habe hier auch erhebliche Verfassungsbedenken. Ich weiß nicht, welche Bestimmungen der Verfassung überhaupt das Recht zu einem solchen Tarifvertrag geben, der das Vohortrecht eines Bundesstaats über die Bestimmung seiner Eisenbahntarife einfach aufhebt und auch die Vorschrift der preussischen Verfassung verletzt, nach welcher der Landtag bei Tarifänderungen befragt werden muß. Der Landtag ist nicht befragt worden, obwohl es sich hier um einen Vertrag, nicht etwa um eine einfache Verwaltungsmaßnahme handelt. Jetzt liegt die Sache so, daß wir unter einheimischen Getreide auf unren einheimischen, mit unrem Geld gebauten Bahnen zu einem drei bis vierfach teuren Preise befördern müssen, als das russische Getreide, das unrem einheimischen nur Konkurrenz macht, befördert wird. Ich beantrage, daß diese Resolution an die Budgetkommission überwiesen wird, um dort zusammen mit dem Eisenbahn-Etat eingehend beraten zu werden.

Abg. Nicker (fr. Bg.):

Die Ausführungen des Herrn Vorredners machen den Eindruck, als sei diese Sache ganz etwas Neues. Wir haben aber 1894 hier und in der Budgetkommission eingehend darüber debattiert, und die Majorität des Hauses hat sich auf einen entgegengelegten Standpunkt gestellt, als ihn die Resolution vertritt. Der Abgeordnete Dr. Hammacher, dessen Autorität auch wohl die Herren von der Rechten anerkennen werden, sagte am 12. März 1894: Durch die Erklärung des Herrn v. Thielmann ist überzeugend nachgewiesen, daß durch den § 19 keinerlei Schaden für die Landwirtschaft eintreten kann.

Abg. Gerkenberger (C.):

Wir stimmen der Resolution zu, weil wir es mit der ausgleichenden Gerechtigkeit nicht für vereinbar halten, daß zu Gunsten einiger weniger Städte Ausnahmetarife gelten, die außerdem die kleine Mühlenindustrie schädigen und das Ausland vor dem Inland begünstigen. Wir verpflichten uns aber durch die Annahme der Resolution nicht dahin, den Artikel 19 überhaupt in den zukünftigen Handelsvertrag aufzunehmen. (Bravo im Centrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Auch meine politischen Freunde werden der Resolution zustimmen und schließen uns auch dem Antrag an, daß diese Resolution in der Budgetkommission eingehend verhandelt werden soll. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf v. Kanitz (L):

Ich will nur dem entgegenreten, daß man etwa aus unfrem Antrag den Schluß zieht, daß wir bei den neuen Handelsverträgen das russische Reich weniger günstig behandeln wollten als bisher. Das ist nicht der Fall. Wir legen auf das freundschaftliche friedliche Einvernehmen mit Rußland den größten Wert und werden unfrem Nachbar soweit als irgend möglich entgegenkommen. Ich will hier nicht näher darauf eingehen, ob es richtig ist, auswärtige und Wirtschaftspolitik zu verquiden. Jedenfalls ist hier ein Präcedenzfall geschaffen, nachdem der Reichskanzler Graf Caprivi seiner Zeit erklärt hat, der Zweck der Handelsverträge sei, die politischen Verbindungen zu stärken. Ich wünsche nur, daß die Verbindungen der Regierungen beim Abschluß der Handelsverträge von dem Grundsatze ausgingen, daß alle Länder möglichst paritätisch behandelt werden müssen. Beim Abschluß der bestehenden Handelsverträge ist Amerika ganz offenbar gegenüber Rußland begünstigt worden. Wir wünschen eine vollkommen gleichmäßige Behandlung. Rußland gegenüber könnten wir vielleicht dadurch unser Wohlwollen beweisen, daß wir unfren Bedarf an Petroleum statt aus Amerika aus Rußland decken. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.):

Wir hoffen, daß, wenn die Resolution in der Budgetkommission zur Verhandlung kommt, von Seiten der Regierung möglichst eingehende Auskunft über die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses über den Zolltarif bei dieser Gelegenheit erteilt werden wird.

Abg. v. Kardorff (Bp.):

begrüßt den Antrag, die Resolution der Budgetkommission zu überweisen, mit Freuden. Vor allem müsse die wichtige staatsrechtliche Frage geprüft werden, wer eigentlich berechtigt sei, Eisenbahntarifverträge mit dem Ausland abzuschließen. (Bravo! rechts.)

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Meine Freunde werden gegen die Resolution stimmen, denn wir sind der Meinung, daß die deutsche Landwirtschaft russisches Getreide braucht, um es mit dem einheimischen zu mischen und dadurch einen höheren Preis für dasselbe zu erreichen. Natürlich haben wir gegen eine eingehende Prüfung der Tariffragen in der Budgetkommission nichts einzuwenden.

Abg. Müller-Duisburg (natl.):

Ich kann zwar den Ausführungen des Grafen Kinkowskrom nicht voll zustimmen, denn die Königsberger Walzmühle hat jedenfalls durch die Ausnahmetarife Vorteile gehabt. Aber die kleine Mühlenindustrie ist durch diesen Tarif geschädigt worden. Jedenfalls bin auch ich für eine eingehende Besprechung dieser Frage in der Budgetkommission.

Geheimer Ober-Regierungsrat Mollhausen:

Ich bin von dem preussischen Herrn Handelsminister, der bedauert, daß er bereit ist, in der Kommission auf das eingehendste Auskunft über alle hier erörterten Fragen zu erteilen.

Damit schließt die Diskussion.

Tit. I wird bewilligt, die Resolution wird der Budgetkommission überwiesen.

Der Etat des Reichsamt des Innern, die Beratung beginnt bei den fortdauernden Ausgaben. Beim Titel „Staatssekretär“ nimmt das Wort

Abg. Wassermann (natl.):

Es ist anzuerkennen, daß die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung wie die Arbeiterkassen-Gesetzgebung im letzten Jahre Fortschritte ge-

macht haben. Aber die vom Reichstag kundgegebenen Wünsche in Bezug auf den Arbeiterschutz in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben sind noch nicht erfüllt worden. Die Resolutionen über die Konfektionsarbeiter und die von der arbeitstatistischen Erhebungen über das Gastwirtsgeerbe sollen zu Ermäßigungen im Satze der Regierung geführt haben. Es ist zu wünschen, daß auf der Bahn des Arbeiterschutzes fortgeschritten wird. Wir erwarten, daß im nächsten Jahre eine Reform der Krankenversicherung dem Reichstage vorgelegt werden wird und daran wird sich die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter anschließen müssen. Noch ein weites Gebiet harret der Lösung; die Hausarbeit (Schulpflichtiger Kinder außerhalb der Fabrik. Hier herrscht, wie die amtliche Statistik ergibt, ungeheurer Jammer, übergroßes Elend. Auch die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Berufen giebt Anlaß zu eingehender Prüfung. Vielfach melden hier die Berichte auch Gesundheitschädigungen, sie erzählen von bleichen Gesichtern, Kindern mit krummen Rücken zc. Auch die sittliche Schädigung ist nicht zu leugnen. Die Beschäftigung der Kinder beläuft sich sehr häufig auf 10 Stunden, teilweise werden die Kleinen auch zur Nachtarbeit herangezogen. Die Kinderarbeit kann nur gesetzlich, nicht im Verordnungswege geregelt werden. Der Verordnungsweg giebt sofort zu Zweifeln Anlaß wegen der Rechtsgültigkeit der Verordnungen. Die Unternehmer werden zuerst stets solche Verordnungen ansprechen. In Hamburg ist das bei einer Verordnung geschehen, die den Kindern das Ausstragen von Milch und Semmel verbot und die Verordnung ist daraufhin aufgehoben worden. Eine erweiterte Thätigkeit ist der Kommission für Arbeiterstatistik zu wünschen. Die jetzige Organisation ist an der geringen Leistung der Kommission schuld. Ihr Vorsitzender ist ein sonst viel beschäftigter Beamter. Die Kommission hat im vergangenen Jahre, wenn ich nicht irre, nur ein einziges Mal getagt. Die Erhebungen im Gastwirtsgeerbe sind beendet, jetzt sollen Erhebungen über die kaufmännischen Angestellten folgen. Wünschenswert wäre es, daß sich die Kommission auch mit den Gehilfen der Kaufleute und Notare zc. beschäftigte. Beide Dinge könnten gut mit einander verbunden werden. Auch die Forderung einer Minimalruhezeit für die im Schiffahrtsgewerbe Angestellten wäre geeignet, von der Kommission für Arbeiterstatistik geprüft zu werden. Von den Schiffen liegt eine dahingehende Petition vor, ihr sollte stattgegeben werden.

Die neue Herausgabe der Berichte der Fabrikinspektoren ist sehr hemmungslos worden, meines Erachtens in übertriebener Weise. Erfreulich ist, daß man aus diesen Berichten konstatieren kann, daß die Ausübung weiblicher Fabrikinspektoren sich durchaus bewährt hat. Arbeitgeber wie Arbeiterinnen erkennen ihr sachgemäßes Wirken an. Bezeichnend ist die Krüperung eines Berichts aus Bayern; das häufige Auffuchen der Arbeiterinnen durch die weiblichen Inspektoren, wodurch häufig Mißstände aufgedeckt wurden, wurde nicht immer von den Arbeitgebern gebilligt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Noch einige Worte über die Frage der Arbeiterorganisationen. Die Regierung verhält sich solchen Organisationen, sowohl den Berufsvereinen wie dem Ausbau gemeinschaftlicher Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber, noch immer ablehnend. Solche Organisationen sind aber doch geeignet, ein einigendes Element in den Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu bringen. Bei eingehendem Studium der Berichte wird auch die Regierung zu dieser Ueberzeugung kommen. Die Berichte konstatieren ein ständiges Anwachsen besonders der christlichen Gewerkschaften. Auch in den Kreisen der Arbeitgeber bricht sich die Ansicht Bahn, daß sie sich solchen Arbeiterorganisationen gegenüber nicht grundsätzlich ablehnend verhalten dürfen. Ein Bericht erkennt an, daß die Arbeiterorganisationen in maßvoller und sachlicher Weise die Gesamtinteressen der Arbeiter vertreten. Der Bericht aus Wiedenburg-Schwerin sagt, daß der Verkehr mit dem Gewerkschaftsamt durchaus dankbar gewesen sei. Aus Württemberg wird konstatiert, daß die Organisationen durch das Zuchtengesetz an innerer Festigkeit erheblich gewonnen haben. Nur ganz vereinzelt werden Beschwerden erhoben gegen rücksichtsloses Vorgehen der Organisationen, im allgemeinen aber geht die Meinung dahin, daß man sie nicht nur als Streikvereine betrachten könne. Was die Verwendung der Gelder der Gewerkschaften anlangt, so sind von 1891—97 7 Millionen für Unterhaltungszwecke und nur 3 Millionen für Streiks verausgabt. Unter diesen Umständen wird die Regierung ihren bisherigen Standpunkt gegenüber den Berufsvereinen der Arbeiter nicht mehr beibehalten können. Vor allem ist eine Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Vereine dringend notwendig. — Weitere wichtige socialpolitische Forderungen, die wir bei Gelegenheit besonderer Anträge noch besprechen werden, betreffen die Einführung laufmännischer Sondergerichte und paritätischer kommunaler Arbeitsnachweise.

Ich bin mir ja klar, daß nicht alle diese Forderungen auf einmal erfüllt werden können. Ein wesentliches Hindernis liegt in der Organisation der Centralstelle. Wir müssen unbedingt ein besonderes Reichs-Arbeitsamt fordern, das die Lösung dieser Fragen auf sich nimmt. Das Reichsamt des Innern ist besonders jetzt, wo ihm die Vorbereitung der Handelsverträge obliegt, viel zu überlastet. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident Graf Ballestrem:

Es ist ein kleinerer Antrag vieler Abgeordneten eingegangen, den Etat des Reichs-Eisenbahnamts der Budgetkommission zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Abg. Veith (Koburg)

begründet eine von ihm eingebrachte Resolution auf Vogelsschutz, wonach die verbündeten Regierungen ersucht werden 1. dahin zu wirken, daß die bereits 1896 zu Paris vereinbarte Vogelsschutzkonvention von den beteiligten Staaten endlich ratifiziert und im Wirksamkeit gesetzt werde, und 2. das Vogelsschutzgesetz vom 22. März 1888 baldigst einer Revision zu unterziehen.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Herr Ballestrem hat darauf hingewiesen, daß die Kommission für Arbeiter-Statistik eine ganze Anzahl Arbeiten ausführen mußte und hat es als wünschenswert hingestellt, daß wir ein Reichs-Arbeitsamt bekommen. Man hat, glaube ich, erwartet, als die Kommission ins Leben gerufen wurde, sie würde erheblich mehr in die Gesetzgebung eingreifen, als es thätiglich geschehen ist. Jetzt ist die Kommission beinahe ganz eingeschlafen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Zwei Sitzungen des Jahres 1899 sind noch nicht so viel wie eine halbe des Jahres 1892/93. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Allerdings ist die Kommission schon in ihrer Anlage verfehlt. § 1 des Regulativs bindet der Kommission zu sehr die Hände. Die Kommission ist nur beauftragt, sich mit den Verhältnissen der gewerblichen Arbeiter zu beschäftigen und viele Aufgaben, die der Kommission überwiesen wurden, konnten schon deshalb nicht durchgeführt werden, weil bei Behandlung dieser Materien die Kommission über den Rahmen der Gewerbe-Ordnung hätte hinausgreifen müssen. Das zeigte sich schon bei Erhebungen über das Gastwirtsgeerbe. Darin sind eine ganze Anzahl Personen angestellt, die der Gewerbe-Ordnung nicht unterstellt sind. Da greift oft die Gewerbe-Ordnung hinein, und um die dieser unterstellten Leute hat sich die Kommission nicht zu kümmern. Trotzdem nun die Ansichten in den verschiedenen Bundesstaaten darüber verschieden sind, wer zum Gebilde gehört, will man doch nicht die Thätigkeit der Kommission auf das Gebilde ausdehnen. Ebenso steht es mit den im Verkehrsgeerbe Angestellten. Der Reichskanzler sollte also erwägen, ob es nicht angebracht sei, den § 1 des Regulativs so zu ändern, daß die Kommission nicht in ihrer Bewegungsfreiheit so gehemmt wird.

Nun zu einer andern Sache. Bei der Revision des Invaliditätsgesetzes sind bestimmte Verbesserungen mit dem Hinweis darauf ausgesprochen worden, daß sie bei der kommenden Reform des Krankentagesgesetzes erledigt werden würden. Der Herr Staatssekretär hat es selber als die bedeutendste Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnet, eine Brücke zwischen dem Schluß der Krankenversicherung und dem Beginn der Invalidenversicherung zu schlagen. Er stellte deshalb auch eine Reform der Krankenversicherung bei der Beratung des Invaliditätsgesetzes in nahe Aussicht. Wir haben aber bis jetzt noch nichts von einer solchen Vorlage gehört. Zweifelloser hat doch aber die Regierung die wichtigsten Grundzüge dieser Reform längst feststellen können. Weiter wurde im vorigen Jahre bei Beratung der Unfallversicherungs-Gesetze die Versicherung abgegeben, daß eine anderweitige Festsetzung der Durchschnittsheuer der Seeleute erfolgen sollte. Das ist auch mittlerweile geschehen. Die Heuern für Vollmatrosen bleiben immer noch zurück hinter dem Durchschnitt der in den Jahren 1897-1899 gezahlten um einige Pfennige d. h. um ca. 2 Proz. Man hat also für die notwendigen Nebeneinnahmen nichts eingeseht. Hauptsache ist aber, daß für die Leichtmatrosen für Köche niedriger Ordnung die Monatsheuer auf 82 M. festgesetzt wird. Im § 12 des See-Unfallversicherungs-Gesetzes hat man nun angenommen, daß diese Renten nur für junge Leute gelten, denn nach vollendetem 19. Lebensjahre soll die Rente nach dem für Vollmatrosen festgesetzten Durchschnittsjahre der Lohnsätze erhöht werden. Tatsache ist aber, daß unter den Zwischenbediensteten und Köchen z. B. sich viel ältere Männer befinden. Verunglückt nun z. B. bei demselben Unfall zwei Köche niedriger Ordnung, von denen der eine 18, der andre 30 Jahre alt ist, so erhalten sie beide zunächst eine Rente von 800 M. Wird der jüngere nun 19 Jahre alt, so erhöht sich seine Rente auf 667 2/3 M. Der andre der vielleicht Frau und Kinder zu ernähren hat und nicht mehr in der glücklichen Lage ist, 19 Jahre alt werden zu können, behält sein Leben lang die niedrige Rente. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte noch einen Fall erwähnen, der bei der Kontrolle der See-Vereinsgenossenschaft in Betracht zu ziehen sein wird. Während der Veritarbeiterstreik ausbrach, befand sich der Dampfer Leebos noch in Reparatur und nur wenige Planken waren genietet. Trotzdem verließ das Schiff in diesem Zustand den Hafen und auf die Anzeige der Arbeiter bei Herrn Laciöz kam die Inspektion erst, als der Dampfer schon aus dem Hafen war. So leichtsinnig geht man mit dem Leben der Seeleute um. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

### Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Wassermann hat die Regierung an die Einführung des sanitären Arbeitstages gemahnt. Zur Zeit finden Erhebungen statt über die Handindustrie im Cigarrengewerbe und über die Verhältnisse in der Wollschiffahrt. Wir haben also dieses Ziel nicht aus dem Auge verloren. Die Denkschrift über die Beschäftigung verheirateter Frauen wird Ihnen wohl noch im Laufe des Jahres zugehen. Ueber die gewerbliche Kinderarbeit ist keine eigentliche Forderung vorgenommen worden, sondern die Regierungen sind nur im allgemeinen um ihre Meinung angegangen worden. Das Material, das auf Grund dieser Erhebungen eingegangen ist, giebt aber schon ein vollkommen ausreichendes Bild und wie ich zu gestehen muß, ein leider zum Teil recht trauriges. Diese Frage kann jedenfalls nur gelöst werden durch ein Gesetz, nicht durch Verordnung, weil bei einigermaßen befriedigender Lösung es notwendig ist, in das Recht der Familie bis zu einem gewissen Grade einzudringen. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat die Erhebungen über Sonntagsarbeit in der Wollschiffahrt und in Flößereibetrieben vor und es ist ihr neu übertragen, Erhebungen über die Beschäftigung der Weibchen in Comptoirs und Fleischereigebäuden anzustellen. Die Bureaugehilfen bei Reichs-annalen fallen nicht unter die Gewerbe-Ordnung. Diese Frage kann nur durch Gesetz gelöst werden. Ich habe mich aber deswegen auch mit dem Reichs-Justizamt in Verbindung gesetzt.

Es sind heute auch die Berichte der Fabrikinspektoren einer Kritik unterzogen worden. Diese sind Ihnen diesmal sämtlich im Original vorgelegt worden, um der Behauptung entgegenzutreten, daß die Berichte tendenziös gefärbt seien. Da man nun hier mit der Kritik nicht einlegen konnte, hat man die Register demängelt. Die preussischen Register sollen bedeutend besser sein. Selbstverständlich ist es leichter für einen Einzelstaat, wo die Berichte selbst nur einmal durchgearbeitet werden, ein specialisiertes Register zu machen. Für das ganze Reich ist diese Arbeit sehr schwierig und außerordentlich zeitraubend. Die Demängelung der Berichte, daß sie über die Wirkung der Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Berufen und über die Zahl der Unfälle nicht genügend Auskunft geben, ist nicht haltbar. Ueber die Beschäftigung von Kindern ist an sehr vielen Stellen die Rede und über Unfälle ist ca. 180 mal berichtet worden. Ich will keineswegs eine Erwägung darüber ablehnen, ob das Register in Zukunft noch übersichtlicher gemacht werden kann. Jetzt ist die Herstellung der 141 Seiten schon sehr zeitraubend; hätten wir es noch komplizierter machen wollen, dann wäre es wohl bis heute nicht fertig geworden. Ich meine aber, daß wir mit dem jetzigen Register auskommen können. Abg. Mollenhuth hat mich gefragt, wie es mit der Krankenversicherung steht. Ich versichere ihm, daß mir die Förderung dieser Reform ganz außerordentlich am Herzen liegt. Aber in Bezug auf die Krankenkassen ist das Reichsamt des Innern und der Reichskanzler den Einzelstaaten gegenüber in einer ganz andern Lage als bei dem Invaliden- und Unfallgesetz. Bei diesem hat das Reich eigne Organe, bei der Krankenversicherung liegt die Ausführung ganz in den Händen der Einzelstaaten. Die Erhebungen der Einzelstaaten sind noch nicht abgeschlossen. Wir haben von ihnen noch keinen Bericht. Es ist deshalb ganz ausgeschlossen, daß die Krankenkassen-Reform noch in dieser Session kommt, aber hoffentlich kann sie auch von mir dringend gewünschte Novelle in der nächsten Session vorgelegt werden.

Die Durchschnittsheuer beruht auf den aller sorgfältigsten Erhebungen, sie kann aber doch nur nach dem tatsächlichen Einkommen, nicht nach dem Alter des Manns berechnet werden. Das Material über den Unfall des „Leebos“ habe ich leider nicht hier, ich werde später darauf zurückkommen.

### Geh. Rat Werner:

Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß für die Durchschnittsheuer fast in allen Klassen eine Erhöhung statifunden mußte und gerade in den unteren Klassen mit Ausnahme der Klassen 8 und 9 ist die Erhöhung eine ganz beträchtliche, so bei der Klasse 6 10 Proz., bei der Klasse 5 13 Proz., bei Klasse 7 sogar 20 Proz. Eine Herabsetzung hat nur in drei Klassen statifunden müssen. In der Offiziersklasse 2b, wo die Herabsetzung eine sehr geringfügige ist und in den Klassen 8 und 9. Ich gebe zu, daß diese Herabsetzung für die in diese Klassen gehörenden Leute sehr betrüblich ist, aber gegen die Ergebnisse der Statistik konnten wir nicht an. Eine tatsächliche Verminderung ihrer bisherigen Bezüge findet durch die Herabsetzung nicht statt, da bei der Durchschnittsberechnung jetzt eine höhere Wochenzahl angenommen wird, als bisher. Die Rentklassifizierung der Seeleute ist, wie regierungseitig in der Kommission für die Seemanns-Ordnung mitgeteilt wurde, in Angriff genommen worden. Mehr konnte nicht gesagt werden. Die Berechnung der Durchschnittsheuer kann nach dem Prinzip der Rentklassifizierung erst erfolgen, wenn statistische Erhebungen über drei Jahre vorliegen und bearbeitet sind. Dann erst kann die neue Klasseneinteilung für die Berechnung der Durchschnittsheuer erfolgen. Jetzt mühten wir noch an der alten Klasseneinteilung festhalten, obwohl wir erlärnt haben, daß sie in vielen Punkten nicht zutreffend ist. Herr Mollenhuth hat sich darüber beschwert, daß Seeleute in eine Lohnklasse zusammengefaßt worden sind, die nicht dazu gehören. Das läßt sich aber nicht anders machen. Es wäre eine ungeheure technische Arbeit, für etwa 120 Kategorien Seeleute die Durchschnittsheuer zu berechnen. Sobald für jede einzelne Kategorie die Durchschnittsheuer durch die statistischen Erhebungen festgestellt ist, werden die einzelnen Kategorien in eine Klasse vereinigt, die ungefähr dieselbe Heuer haben.

### Abg. Mollenhuth (Soz.):

Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Durchschnittsheuer nach dem für Vollmatrosen bezahlten Lohn berechnet werden soll. Hierüber wird nun eine amtliche Statistik geführt, die in den „Statistischen Jahrbüchern“ veröffentlicht wird. Aus dieser geht hervor, daß die festgesetzte Heuer noch immer hinter dem in den letzten 8 Jahren gezahlten Lohn für Vollmatrosen zurückgeblieben ist. Nun meint der Herr Regierungskommissar, man müsse 8 Jahre warten, um für die Zukunft die Heuer zu berechnen. Ich glaube aber doch, daß die See-Kemter wohl in der Lage wären, das Material für die verflochtenen drei Jahre zu liefern. Ich betone nochmals, daß eine große Ungerechtigkeit darin liegt, daß zu der Klasse der Leichtmatrosen auch ältere Leute gehören und diese niemals in den Besitz einer höheren Rente gelangen können, da sie nicht mehr in der glücklichen Lage sind 19 Jahre alt werden zu können. Als der § 12 in das See-Unfallversicherungs-Gesetz aufgenommen wurde, hat wohl niemand an eine solche Konsequenz gedacht.

### Gehheimer Regierungsrat Werner:

Die Statistik in den „Statistischen Jahrbüchern“, auf die Herr Mollenhuth hinwies, ist deshalb nicht für uns zu brauchen, weil sie nicht berücksichtigt, für welche Zeit die Seeleute angemustert sind. Diese Statistik verfolgt ja aber auch ganz andre Zwecke als die Feststellung der Durchschnittsheuer. Daß die Nebeneinnahmen bei der Berechnung nicht mitgerechnet sind, ist falsch. Die regelmäßigen Nebeneinnahmen sind stets gleich in die Heuer eingerechnet worden.

Ich gebe zu, daß bei Klasse 8 Leichtmatrosen, wenn sie 19 Jahre alt werden, besser fortkommen als die älteren Personen, die in derselben Klasse sind. Für den harmlosen Menschenverstand liegt hier eine gewisse Ungerechtigkeit vor. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber das Gesetz ist nun einmal so. Auch ist zu bedenken, daß die Durchschnittsheuer für die Klasse 8 dadurch erhöht worden ist, daß ältere Personen in diese Klasse gekommen sind. Würden sie wieder herausgenommen, so würden die Leichtmatrosen schlechter fahren als jetzt.

### Abg. Speck (C.):

belegt die in Elb-Lothringen erlassenen Ausführungsbestimmungen über den kleinen Grenzverkehr mit Wurst und Wachsenfleisch.

Staatssekretär Graf Posadowsky betont die großen Schwierigkeiten bei Aufstellung der zahlreichen Reglements und Ausführungsbestimmungen zum Fleischschau-Gesetz. Bei der Einführung von Wurst in den kleinen Grenzverkehr in Elb-Lothringen kommen die lokalen Verhältnisse in Betracht. Dort gehen täglich über 2000 Arbeiter über die Grenze. Da ist es natürlich, daß sie auch Wurst einführen. Ob die einzelnen Regierungen befugt sind, Ausnahme-Bestimmungen zu dem § 14 des Fleischschaugesetzes zu erlassen, ist eine offene Frage, die, wenn ein Fall zur Anzeige kommt, entschieden wird.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Auf Vorschlag des Präsidenten findet Freitag ein „Schwerinertag“ statt. Die Sitzung beginnt 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Antrag R. Müller (L.) betr. Abänderung des Reichs-Invaliden-Fonds-Gesetzes; 2. Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) betr. Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegerichte in Verbindung mit ähnlichen Anträgen der Abgg. Trimbom (C.) und Wassermann (nat.). Schluß 6 Uhr.

## Aus der Frauenbewegung. Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorkabenden von Sonn- und Feiertagen 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2stündiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unstille Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14 tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeeignet und sind zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verbüßung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Beseitigung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wohl hat man dem Drängen der Arbeiterin auf Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren insoweit Rechnung getragen, daß man für Berlin eine weibliche Assistentin anstellte.

Damit allein sind unsere Forderungen jedoch nicht erfüllt. Auch dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß durch diese Anstellung die Aufnahme von Beschwerden in einer solchen Weise vor sich gehen wird, wie es notwendig wäre.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Herr Baader, Großgörschenstraße 88, zweiter Hof II. Frau Wauschke, Kottboderstr. 47, Hof II. Frau Dr. Wehl, Lothringersstraße 77, I. Frau Jung, Fichtestraße 25, Hof II. Frau Lutz, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Reich, Schönerstr. 3, linker Aufg. 17. Frau Tietz, Blumenstr. 63, I rechts. Frau Sprung, Engel-Ufer 4a, 2. Hof II.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7-9 Uhr. Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, I. Zimmer 8. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektorin Fräulein Reichelt, Georgenkirchplatz 22, ist jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

## Sociales.

Gegen die Beschränkung der Heimarbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, wie sie der Antrag Hehl, Hise u. Gen. verlangt, beabsichtigen die Inhaber von Konfektionsgeschäften und Wäschefabriken, deren Betriebe am meisten von den diesbezüglichen Vorschlägen getroffen würden, eine Petition an den Reichstag zu richten. Sie berufen sich darauf, daß der Antrag nur den § 137a der letzten Gewerbe-Ordnung-Novelle wieder aufnimmt, der seiner Zeit vom Plenum des Reichstags in zweiter und dritter Lesung verworfen wurde. Schon wegen der Schwierigkeit der Kontrolle ist, nach der Meinung der Arbeitgeber in der Konfektion, eine Einschränkung der Heimarbeit undurchführbar. Mit der Ausarbeitung der Protokolle wird sich die Fünfzehner-Kommission der Berliner Konfektionsgeschäfte beschäftigen.

Da die Konfektionäre so in Sorge sind wegen der schwierigen Kontrolle, so schlagen wir ihnen vor, sich gegenseitig zu verpflichten, keine Heimarbeit mehr auszugeben und sich auf Einhaltung der Verpflichtung gegenseitig zu kontrollieren. Sie ersparen sich damit ihre Petition und machen sich um die Arbeiter der Branche sehr verdient.

In Mülhausen i. E. wurde dieser Tage eine in einer Arbeitervereinsammlung gewählte Deputation auf dem Rathhause vorstellig, um die städtische Verwaltung zur Ausführung von Kostandsarbeiten zu veranlassen, bei denen die gegenwärtig außerordentlich zahlreichen Arbeitslosen einigen Verdienst finden könnten. Man erwiderte ihnen, sie hätten gleich „positive“ Vorschläge über die in Angriff zu nehmenden Arbeiten machen und auch die Fonds bezeichnen sollen, aus welchen die Stadt die voraussichtlich etwa 500000 Mark betragenden Kosten bestreiten könne. Im übrigen werde die städtische Finanzkommission sich mit der Sache befassen.

Die Zahl der völlig arbeitslosen Textilarbeiter und Arbeiterinnen wird in Mülhausen augenblicklich auf etwa 1000 geschätzt, wozu noch der Nachteil kommt, der durch den Ausfall eines Arbeitstags in der Woche in verschiedenen Fabriken bewirkt wird. Gleichfalls auf etwa 1000 wird die Zahl der Arbeitslosen im Sauggewerbe eingeschlagen. Dabei verschlimmern sich die Zustände immer noch durch weitere Arbeitseinschränkungen.

Arbeitslöhne und Unternehmergewinn. Wer den Hauptgewinn an der Preissteigerung der Kohlen hat, darüber giebt für Belgien die amtliche Statistik interessante Aufschlüsse. Sie stellt die Durchschnittspreise der Kohlen per Jahr zusammen und stellt dann nach Hunderten von Jahr zu Jahr den Anteil der Arbeitslöhne, der sonstigen Aufkosten und des Unternehmergewinns einander gegenüber. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

Durchschnittlicher Preis pro 1 t Kohlen	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Arbeitslöhne	56,4	57,1	57,6	58,3	57,8	55,9	55,8	53,3
Sonstige Aufkosten	38,3	39,4	38,2	37,4	36,8	35,2	34,8	32,9
Unternehmergewinn	5,3	3,5	4,2	4,3	5,4	8,9	9,6	13,8

Wie man sieht, ist der Anteil der Unternehmer ständig höher geworden, so daß ihnen der Hauptvorteil von der Preissteigerung zu gute gekommen ist.

In der deutschen amtlichen Statistik sucht man vergeblich nach solchen Feststellungen und Vergleichen; da ist es dem Tagespolitiker nur mit Hilfe komplizierter Untersuchungen möglich, einige annähernd richtige Wahrscheinlichkeitsfälle in dieser Richtung zu ziehen. Die deutsche Sozialstatistik hat zu viel damit zu thun, den Arbeitern zugunsten zu machen, welche Wohlthaten ihnen fortwährend erwiesen werden und wie es ihnen immer besser und besser geht.

Hätte man für Deutschland solche Statistik, so würde sich übrigens höchst wahrscheinlich ergeben, daß der Anteil des Arbeiters am Produktionsertrage noch hinter dem der belgischen Kohlenarbeiter zurücksteht, der Profit und die Ausbeutung noch größer sind.

## Versammlungen.

Der Verein der Bau-Anschläger hielt am 6. Januar seine Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Der Vorstand erstattete Bericht über seine Thätigkeit im verflochtenen Jahre. Die Mitgliederzahl hat sich von 330 auf 580 Kollegen vermehrt; auch der Kassenbestand ist trotz erheblicher Ausgaben von 2087 M. auf 2239 M. angewachsen. Die Neuwahl des Vorstands hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Schulz, 2. Vorsitzender: Finke, 1. Schriftführer: Graf, 2. Schriftführer: Kaffuba, 1. Kassierer: Plieth, 2. Kassierer: Leuenberg.

Charlottenburg. Die Filiale der „Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Ländler und Weißbinder Deutschlands“ hielt am 9. Januar bei Leder ihre regelmäßige Generalversammlung, die sich eines guten Besuchs erfreute, ab. Nachdem der Kassierer Rayke den Kassenbericht vom 4. Quartal vorigen Jahres gegeben, berichtete der Vorsitzende über die Arbeiten des Vorstands, die sich als sehr umfangreiche bezeichnen lassen. Damit steht im engen Zusammenhang das Steigen der Mitgliederzahl. In die Filiale-Vorwaltung wurden gewählt: Flemming als Bevollmächtigter, Lude als Kassierer, Rayke als Kassierer und Köbel als Schriftführer. Zu Revisoren wurden Rensch und Hermann ernannt. Aus dem Bericht des Bibliothekars ist zu entnehmen, daß sich das Verleihen gegenüber früheren Jahren bedeutend gehoben hat. Die Wahl des Bibliothekars fiel wieder auf Scheuerbrandt. Unter Punkt „Vereinsangelegenheiten“ machte Flemming auf die hygienischen Vortragskurse, die jeden Dienstag in der Aula des Gemeindeparkes, Göthestr. 22, stattfinden, aufmerksam und bat, diesen Kursten durch zahlreicheren Besuch die nötige Beachtung zu schenken. Hierauf wurde beschlossen, pro Mitglied im Jahr der Gewerkschaftskommission 20 Pf. zuzuführen und ferner der Bibliothek drei wertvolle Bücher einzuverleihen.

Das Verleihen befindet sich im Restaurant Karl Petri, Göthe- und Seidenheimerstraßen-Ecke, und sind dortselbst die Kassen- und Zahlungen jeden Mittwoch und Sonnabendabend von 1/8 bis 1/10 Uhr.

In Neuenhagen, wo bisher eine Zahlstelle des sozialdemokratischen Vereins in Rummelsburg bestand, erfolgte am 6. d. M. in einer für diesen Ort besonders einberufenen Versammlung die Gründung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins. Mit der Leitung des Vereins wurden die Parteigenossen Wittschneider, Bürger, Schmäde, Gölen und Deder betraut. Die Sitzungen des Vereins werden regelmäßig jeden Sonntag nach dem ersten im Monat, nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. S. 29. Hamburg). Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Kollegen R. Müller, Rummelsburgerstr. 37, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorkabende. 3. Innere Kassenangelegenheiten. - Sonnabend, den 19. Januar, bei Witwe Schöner, Neu-Seeland-Str. in Strauß großer Wiener Waidenball. An diesem Abend bleibt die Zahlstelle geschlossen.

Im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein spricht am Freitag, den 13. d. M. Professor Quide aus München über „die soziale und allgemeine Bedeutung der Friedensfrage“. Gäste sind herzlich willkommen.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Offen, d. 5. Wiederholen Sie Ihre Frage. Wir können nicht alle Briefkasten-Anfragen im Gedächtnis behalten. Regenerstraße, d. 6. 1. Ihnen steht ein Anspruch auf 14tägigen Lohn zu; zuständig ist in Ihrem Fall das Amtsgericht, weil die Wochelohn

nicht den Vorschriften der Gewerbe-Ordnung unterliegen. 2. Ihren Anspruch auf höheres Krankengeld müssen Sie gegen die Kasse — zunächst bei der Ausschussbehörde (Gewerbe-Ordnung, Straßburgerstraße für Berlin, Landrat für Niederbarnimer Kassen) geltend machen. — **Memelerstr. 32.** Ihre Strafe kann zwischen einem Tage und 5 Jahren betragen. Selbst nach Ihrer Schließung werden Sie mit weniger als 6 Monaten schwerlich bestraft werden, weil es von ganz besonderer Härte Zeugnis ablegt, wenn Sie Ihre Frau, die Mutter von 4 Kindern, schlagen und mit Todschlag bedrohen, dies so arg treiben, so daß polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen werden muß, und sich noch darüber beschweren, daß wir „sonst sind“, daß man „nicht einmal seine Frau auszuarten“ darf. Würden Sie ähnliche Anklagen dem Gericht vorbringen, so würde eine nach Jahren zählende Strafe nicht unangemessen sein. Für solche Angelegenheiten gibt es keine Entschuldigung; als Milderung könnte lediglich die Überzeugung, daß Sie sehr unrecht gehandelt haben und daß Sie Ihre Unrecht Ihrer Familie gegenüber begehrt haben, ins Gewicht fallen. — **C.** Das können wir nicht sagen.

— **W. St. D. 100.** 1. und 2. Ausländer (Nicht-Deutsche) können naturalisiert werden, haben aber kein Recht darauf. Der Antrag ist an die Regierung (in Berlin an den Polizeipräsidenten) zu richten. 3. Die minders-jährigen Kinder teilen die Staatsangehörigkeit ihres Vaters. 4. und 5. Beides ist möglich. — **G. Köpff.** Der aus der Landesliste ausgeschiedene ist mit Ablauf des auf die Austrittserklärung folgenden Jahres zu Kirchenbüchern, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen — indgemein scheidet sich persönliche Kirchenbüchern genannt — nicht mehr verpflichtet. In den Kosten eines außerordentlichen Haus, dessen Notwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Landesliste erklärt wird, festgestellt ist, sind die Leistungen nach dem Ablauf des zweiten auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres zu zahlen. Leistungen, die nicht auf die Kirchenangehörigkeit beruhen, sondern von jedem zu zahlen sind (z. B. Grundstücks-Konsum, Grundstücks-Dezern) sind natürlich auch von den aus der Kirche Ausgetretenen zu zahlen. — **Winterfeldstraße.** 1. und 2. Ja.

— **W. 100. Norden.** Ja, falls die Krankheit eine nicht erhebliche Zeit beträgt. Darüber, was ein nicht erheblicher Zeitraum ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — **H. B.** Werkmeister ist derjenige, dessen Tätigkeit in der Leitung oder Beaufsichtigung des ganzen Betriebs oder einer Ab- teilung desselben besteht. Die Kündigungsfrist beträgt, falls die Stellung nur eine vorübergehende, ausbleibeweise ist oder falls die Verletzung nicht in festen Bezügen, sondern z. B. in Accoroblohn besteht, 14 Tage, sofern nicht anders vereinbart ist. Treffen die beiden angeführten Voraussetzungen nicht zu, so beträgt die Kündigungsfrist 6 Wochen zum Ende des Quar- tals. Es kann eine andere Kündigungsfrist vereinbart werden, jedoch muß diese Frist mindestens einen Monat betragen. — **Gradow 63.** 1. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. 2. Falls Urkundenfälschung vorliegt, kann auf Gefängnis, Buschhaft und Geldstrafe erkannt werden. Sprechen Sie gelegentlich mit dem Betrug mit Ihrer Frau in der juristischen Sprechstunde vor, damit Ihnen mitgeteilt werden kann, ob eine Urkunden- fälschung vorliegt. 3. Ja. — **W. St. Warfchauerstraße.** Leider nicht.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Mitteilung,  
daß Kollege  
**Adolf Richter**  
im 32. Lebensjahre verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Freitagnach-  
mittag 1/3 Uhr vom Krankenhaus  
Friedrichshof aus nach dem Georgen-  
kirchhof Landberger Allee statt.  
Um rege Beteiligung ersucht [76/10  
Ferner verstarb der Kollege, Tischler  
**Gustav Henning.**  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedrichshof der Auferstehungs-  
Kirchengemeinde in Weihensee, Nichten-  
bergerstraße aus statt.  
**Die Ortsverwaltung.**  
**Danksagung.**  
Für die vielen Zeichen inniger  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, sage hiermit allen  
Freunden und Bekannten herzlichsten  
Dank, insbesondere auch den Herrn  
Chefs und Kollegen der Firma Wen-  
tels Nachfolger. 1927/8  
Edw. Uterhuck nebst Kindern.

# Centralverband der Maurer etc.

## Zahlstellen Berlins und Umgegend.

Bureau im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 29. Telefon: Amt VII, Nr. 4280.  
Geöffnet an den Wochentagen von vormittags 8-1 Uhr und nachmittags 3-7 Uhr.

Wir geben den Mitgliedern des Verbands nochmals bekannt, daß nach dem Versammlungsbeschluss vom 12. Dezember v. J. alle Streikfondsarten, soweit dieselben in Ordnung sind, den Schlussheftchen erhalten sollen. Wir bitten, so weit dies noch nicht geschehen, die Karten im Bureau der Verbandsleitung zur Abstempelung vorzu- legen. Gleichzeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß mit der Auslieferung der neuen Sammel-  
karte für das Jahr 1901 begonnen worden ist. Soweit die Kollegen in Arbeit stehen, sind hiermit die Bau-  
deputierten aufgefordert, sich in den Besitz von Aufnahmelisten zu setzen, dieselben auszufüllen und im Bureau  
abzugeben. 130/3\*

**Achtung! MAURER. Achtung!**  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im Grand-Hotel, Alexanderstraße 46-48:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Machinationen der Verbandsleitung der Maurer Deutschlands beim Hallenser Maurer-  
streik und Stellungnahme zu denselben. 131/1  
2. Berichtserstattung über das revolidierte Statut. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung**  
mit den Bezirksleitungen und Agitations-Kommissionen.  
Am Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
des Herrn Dieke, Altesirstraße 123:  
**Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden.**  
Sonntag, 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:  
**Allgemeine Versammlung**  
der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitationskommission und  
Neuwahl derselben. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal  
des Herrn Wegel, Wrangelstr. 136:  
**Vertrauensmännerkonferenz der Schraubendreher.**  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal  
des Herrn Mörschel, Jüdenstr. 35:  
**Morgensprache der Silberpolierer.**  
Sonntag, den 20. Januar, vormittags 9 Uhr, findet in  
der Urania, Taubenstraße, die letzte Vorstellung über:  
„Die Pariser Weltausstellung“  
statt. Billets a 50 Pf. inkl. Garderobe sind bei allen Kaffeehäusern, sowie im  
Verbandsbureau erhältlich.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung**  
**Bezirk Moabit.**  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, Stromstraße 28:  
**Bezirks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Ingenieur **Grempe** über: „Technik und Ver-  
kehrswesen“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht 78/9  
**Die Ortsverwaltung.**

**Fachverein der Holz- und Bretterträger**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal  
des Herrn Graumann, Rauspstr. 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Gewerkschaftliches und Ver-  
schiedenes. 84/1  
Die Billets zum Maskenball können in Empfang genommen werden.  
Zahlreiches Besuch erwartet. **Der Vorstand.**  
Die Mitglieder werden ersucht, möglichst ihre Beiträge zu ent-  
richten, um die neuen Bücher in Empfang zu nehmen.

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokal des Herrn Lipke, Reichsstraße Nr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Vierteljahr 1900. 2. Jahresbericht. 3. Wahl  
von 3 Aufsichtsratsmitgliedern. 4. Festsetzung der Gehälter. 5. Bericht über  
die Bibliothek. 6. Wahl eines Bibliothekars. 7. Infertionsfrage. 8. Ver-  
schlüsselung über die Höhe des Sterbegeldes. 9. Sonstige Vereins-  
angelegenheiten. 198/1  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass.**  
**NB.** Unser Maskenball findet am Sonnabend, den 2. Februar,  
im neuen großen Saal des Herrn Klein, Patenstraße 13, statt. Billets  
sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern (auch in der Versammlung) zu  
haben. **Der Vorstand.**

**Gr. Arbeitslosen-Versammlung**  
am Freitag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr,  
im großen Saal des Herrn Keller, Koppen-Strasse 29.  
Tagesordnung:  
1. Die wirtschaftlichen Zustände und die Arbeitslosigkeit.  
2. Freie Aussprache. **Der Einberufer: A. Schröder.**

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Eine Zweifelt die demnächst eine wirksame Hilfe. Der Sommer ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Gänseblut).  
Dr. H. Unger in Würzburg.  
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße.  
München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau:  
Victoria-Apothek. (488)\*

**Zähne 2 M.,**  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen  
1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich  
1 M. Alfred Apenburger, Invalidenstrasse 33,  
Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. \*

**Charlottenburg.**  
M. Schmerberg (492)\*  
Wilmersdorfer-Strasse 127,  
Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren  
und Goldwaren zu  
äußerst billigen Preisen.  
Optische Artikel. Brillen  
werden schmerzlos gefasst.

**Die weltbekannte**  
**Bettfedern-Fabrik**  
Gustav Duffig, Berlin, — Dringens-  
straße 46, versendet gegen Nachnahme  
garant neue Bettfedern d. W. 10 Pf.  
günstigste Halbduunen d. W. 21,25,  
bessere Halbduunen d. W. 21,75,  
berühmte Duunen d. W. 22,85.  
— Den diesen Duunen geeigneten  
und billigen zum großen Oberbett.  
Verpackung frei. Preis u. Beden  
gratis. Bitte Kartenzahlung.

**Wer Stoff hat**  
fertige ich Anzug 20 Mark, feinste  
Zurhuten, zwei Anzügen. Garan-  
tie für guten Sitz, sauberste Hand-  
arbeit. Ludwig Engel,  
Münsterstr. 26. Gebr. 1892. Aus-  
gezeichnet m. d. goldenen Medaille.  
Reise zu Anzügen, Hosen sport-  
billig. Beste Kochener Fabrikate.

# Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

— (E. G. 29 Hamburg), Filiale Berlin 10. —  
Sonnabend, den 19. Januar, im Arbeiter Gesellschaftshaus,  
Alte Moabit 80/81:

**Grosser Wiener Maskenball**  
zum Besten der ausgesteuerten Mitglieder.  
Billets a 40 Pf. sind in den Zahlstellen: Stephanstraße 11 beim  
Restaurateur M. Fader, und Filiale 9 beim Restaurateur Gundlach,  
Walderstraße 23/24, zu haben. 119/1  
Wegen obigem Maskenball findet die Mitglieder-Versammlung  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, bei M. Fader, Stephan-  
straße 11, statt. Um zahlreiches Besuch bittet  
**Die Ortsverwaltung. J. A.: Th. Hahn.**

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.**  
Sonnabend, den 12. Januar,  
in den „Arminhaken“, Kommandantenstraße 20:  
**Wiener Masken-Ball.**  
12 Uhr Demasierung. 1 Uhr Kaffeepause,  
während derselben humoristische Vorträge.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Billets a 50 Pf. sind zu haben: Norden: Frau Benzger, Pappel-  
allee 125; Frau Müller, Wiesenstr. 30, Uckerstr. 11; Nordwesten: Frau  
Bauschke, Hofmeisterstr. 47, Hof 11; Osten: Frau Klotz, Koppenstr. 81; Frau  
Berndt, Blumenstr. 26; Frau Förster, Friedrichstr. 80, empfiehlt ihre Damen-  
Maskengarderobe zu billigen Preisen. 56/2

**Krauter-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse der Leder-  
jurichter Berlins**  
(E. G. Nr. 50). [19206  
Sonntag, den 20. Januar er.,  
vormittags 10 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
bei Feind, Weinstr. 11.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungslegung vom 4. Quar-  
tal 1900. 2. Bericht der Revisoren.  
3. Vorstandswahl: a) eines 2. Vor-  
sitzenden; b) eines Kassierers; c) eines  
Controllors; d) Wahl der Erfah-  
rungs- 4. Geschäftliche Mitteilungen.  
Der Vorstand. J. A.: Gustav Busse.

**Möbel-Fabrik Nord-Ost**  
(E. G. m. b. H.)  
Wir bringen hierdurch zur Kennt-  
nis, daß die diesjährige  
**ordentliche**  
**General-Versammlung**  
am Donnerstag, den 31. Januar,  
vormittags 10 Uhr,  
in unserm Geschäftsfokal: Blumen-  
straße 30, stattfinden.  
Tages-Ordnung:  
1. Vorlage des Jahres-Abschlusses.  
2. Neuwahl des Aufsichtsrats und  
des Vorstands.  
3. Geschäftliches.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**  
Wir machen darauf aufmerk-  
sam, daß die Bilanz den Genossen  
in unserm Comptoir zur Einsicht  
ausliegt.

**Central-Kranken- u. Sterbe-  
kasse d. Damdecker Deutschlands**  
„Einigkeit“ 54/1  
Am Sonntag, d. 13. Januar, vorm.  
11 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:  
**Versammlung.** (54/1  
T.-D.: 1. Abrechnung v. 4. Quartal  
1900. 2. Bericht über den Kas-  
senangelegenheiten. **Der Vorstand.**

**Bekanntmachung.**  
Die Betriebs-Kranken-  
kasse der Stadtgemeinde  
Berlin wird am  
Sonnabend, 12. Januar 1901,  
mittags 1/2 Uhr,  
wegen der Beerdigung des Herrn  
Bürgermeisters Brinmann ge-  
schlossen. (57/9)  
Berlin, den 10. Januar 1901.  
**Der Vorstand.**  
Das [568]\*

**Riesen-Stofflager**  
Krausenstr. 14 I. Etage,  
fertigt nach Mass unter  
garantiertem Sitz:  
Hochlegante Winterpaletots für 36 M.  
Hochlegante Anzüge für 39 M.  
Hochfeine Balkkleider 40.- 12 M.

**Bekanntmachung.**  
Gewerbegericht zu Berlin.  
Nr. 559 Gem.-Ver. 00.  
Berlin, den 7. Januar 1901.  
Gemäß § 81, Absatz 1, unres-  
Ordnungsstatut vom 28. Oktober bis  
2. November 1892 werden die Bei-  
sitzer des Gewerbegerichts zu Berlin  
zur Wahl der Mitglieder des auf die  
Dauer von 2 Jahren (vom 1. Januar  
1901 bis 31. Dezember 1902) zu  
bildenden  
**Ausschusses für Gutachten und**  
**Anträge** bezüglich gewerblicher Fragen  
und zwar  
die Arbeitgeber zu Freitag, den 26. Januar,  
nachmittags 5 Uhr;  
die Arbeitnehmer zu Mittwoch, den 30. Januar,  
abends 8 Uhr,  
nach dem Bürgeramts des Rathhauses  
(Eingang Königstraße) ergeben ein-  
geladen.  
Zu wählen sind 10 Arbeitgeber und  
10 Arbeitnehmer.  
Der Vorsitzende des Ausschusses,  
gez. von Schulz.

**Ziehung 25. Januar u. folg. Tage.**  
**Geld-Lotterie**  
Mühlhausen  
1. Thür. zur Wiederherstellung der  
Marienkirche. 33000 Loose.  
17 597 Geldgewinne, zahlbar  
ohne Abzug im Betrage von M.  
**473,000**  
Haupt-  
Gewinn \* **100,000**  
Haupt-  
Gewinn \* **50,000**  
Haupt-  
Gewinn \* **20,000**  
Haupt-  
Gewinn \* **10,000**  
1 a 5000 - 5000  
2 a 3000 - 6000  
10 a 1000 - 10000  
30 a 500 - 15000  
50 a 300 - 15000  
100 a 200 - 20000  
200 a 100 - 20000  
500 a 50 - 25000  
1000 a 20 - 20000  
15700 a 10 157000

Mühlhäuser Loose à Mk. 3.30  
(Porto u. Liste 30 Pf. extra) ver-  
sendet gegen Postanweisung oder  
Nachnahme das General-Debit  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin, Breitestr. 5.  
Telegr.-Adr.: GSchmüller.

**Verband der Sattler und verw. Berufsgen.**  
Branchenversammlungen der Berliner Mitglieder:  
**Filiale I: Geschirr- und Galanterie-Branche**  
General-Versammlung Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im  
„Englischen Hof“, Neue Mohrstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vor-  
stands und Neuwahl derselben. 2. Bericht der Agitationskommission.  
3. Verschiedenes.  
**Filiale II: Treibriemen-Branche**  
Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.  
**Filiale III: Koffer- und Taschen-Branche**  
Dienstag, den 15. Januar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
Ufer 15 (Seitenflügel). 156/1  
**Filiale IV: Militäreffekten-Branche**  
Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
Ufer 15, Saal V. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Adolf Hoffmann.  
2. Diskussion. 3. Anträge zur Konferenz. 4. Verschiedenes.  
**Filiale V: Teppich- und Linoleum-Branche**  
Am 21. Januar findet eine General-Versammlung mit folgender Tages-  
Ordnung statt: 1. Wahl des Vorstands. 2. Bericht des Delegierten.  
3. Bericht der Revisor-Kommission. 4. Verschiedenes. Es ist unbedingt  
nötig, daß in dieser Versammlung ein jedes Mitglied pünktlich erscheint.  
**Filiale VI: Wagen-Sattler**  
Dienstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstr. 35/37.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten **Die Vorstände.**

**Achtung! Bauarbeiter. Achtung!**  
**Vertrauensmänner-Centralisation.**  
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Stechert,  
Andreasstraße Nr. 21:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vertrauensmanns. 2. Abrechnung vom öffentlichen  
Streikfonds. 3. Wahl des Vertrauensmanns und der Vorkommission.  
4. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht. 5. Vereinsangelegen-  
heiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
**NB.** Da die Tagesordnung von Wichtigkeit ist, so ist es Pflicht eines  
jeden Kollegen, zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
31/1  
**Der Vertrauensmann: Fritz Krüger.**  
**Zähne 2 M.**  
Reparaturen in 2 Stunden. Plombieren von 1 M. an.  
Schmerzloses Zahnziehen. Sprich 8-8, Sonntag 8-4.  
**H. Lange, Blumenstraße 25, Ecke Warfchauerstr.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Freitag, 11. Januar.
Cyrenhäus. Vohengrin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Schöpfung. Festspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belfing. Wie die Blätter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Frauenherrschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Frau Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Der Selbsthater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Julien. König-Vorig. Anf. 8 Uhr.
Globe. Alliance. Drei Tage und dem köhner Leben. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten. D. Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Irania. Faust. 48/49. (Zum Theaterlokal) Abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends 6-10 Uhr: Sternwarte.

**IRANIA**

Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Freitagabend 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
Sonabendabend 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
Im Horsaal:
Dr. Donath: Der elektrische Spannungszustand.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

**CASTANS PANOPTICUM**
Friedrichstr. 105.
Grosse Weihnachts-Ausstellung!
Die „Trinklust“ der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal. Damenkapelle Zarina. Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

**Passage-Theater**
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
(Dauer-Vorstellung) von nachm. 3 bis nachts 11 Uhr.
Sensationelles Programm Berlins!
The two Cirnocs
Die Ueberwinder Houdinis.
Ravizetta d'Aragon
Der Herr von Maxim
Barleske Lokalposse in 1 Akt.
17 erstklassige Spezialitäten
Eintritt einschließlich Panoptikum 50 Pf.

**Thalia-Theater**
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Ausstattungspose m. Gef. u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Cirkus Schumann.**
Genie Freitag, den 11. Januar 1901, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Gr. ausserordentliche Vorstellung. Auftreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten. U. a.: Real! Die sensationellen Leistungen der weltberühmten Familie Rogels. Real! Mlle. Marguerite, Real! Mlle. Lina. Ferner Auftreten der beiden Königskinder, Damen u. Herren, in ihren Glanzleistungen, sowie sämtl. Circus u. Zirkus mit ihren neuesten Acten und Intermezzen.
Vorführung der neuesten Originalrequisiten des Dr. Albert Schumann. Zum Schluss um 10. Male das mit so fähigem Befall aufgenommene größte Nagenen u. Wasserkaufschiff der Gegenwart China. Der Krieg in Opatzen. - Sämtliche neuen Einlagen. - 600 Rindvieh.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 7. Male die große Rinderpantomime: Das Märchen von Goliath und David. - Zum 112. Male: China. - Nachmittags ein Kind frei.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Härt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**Palast-Theater**
früher Fean-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale
**Januar-Programm!**
9 Uhr: **Neu!** 9 Uhr:
**Eine tolle Nacht!**
Voll mit Gesang in 2 Akten von Amio. Bloch, Volantini: Dir. Rich. Winkler.
Cécil St. Germain und Mlle. Thereso.
Neu! Im Reich der Musik! Neu!
The 3 Hanjans, faunenerregende Kraft-Produktionen.
**Dazu 12 Schau-Nummern 1. Rangs.**
Sonntags 7 Uhr.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

**Metropol-Theater.**
Fehrenstr. 55/57.
Täglich 7 1/2 Uhr:
**Eine tolle Nacht.**
Berliner Ausstattungspose.
Das sensat. Debut der
**American Zouaven**
und das vollständig neue
**Januar-Specialitäten-Programm.**
Anfang 7 1/2 Uhr,
der „Tollen Nacht“ 7 1/2 Uhr.
Rauschen in allen Räumen gestattet.
Sonabend, 19. Januar:
**Zweiter grosser Metropol-Theater-Ball.**

**Deutsche Konzerthallen**
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen
**Gr. Theater-Vorstellung.**

**Passage-Panopticum.**
Die zusammengewachsenen
**Zwillinge.**
Die Aissaouas-Truppe.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Eintritt einschli. Theater 50 Pf.

**Cirkus Busch**
Freitag, den 11. Januar 1901, abends 7 1/2 Uhr:
**Gr. humorist. Clown-Abend.**
Zum 44. Male:
**Die eiserne Maske.**
Gr. historisches Panopt. Schaufeld in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Besonders hervorzuheben: Der feenhafte Soldat mit der Wunderfontaine. Vorführung der vorzüglichsten Programm Nummern. U. a.: Gr. Charakter in 100 Clowns, nämlich u. weiblich. Die berühmten franz. Clowns Gehr. Reibman als Totengräber Hippo. Europ. Kavallerie etc.
Sonntag, 13. Januar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien“, was jeder Erwachsene an Zirkus ein Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte.

**3. Ziehung 1. Klasse 204. Nat. Preuss. Lotterie.**
Ziehung am 10. Januar 1901.
Der die Gewinne über 60 Mark aus den unterstehenden Nummern in Veranlassung bringt.
(Clar. Schmidt.)
289 811 644 706 19 835 906 1305 96 85 85 279 81 319
458 803 37 749 880 2199 420 1100 83 807 19 887 8219
521 629 707 65 897 4500 15 795 808 18 50 9219 50
574 77 706 78 94 1100 6221 222 7021 78 89 705 855 996
13075 147 291 513 928 771 9506 176 228 309 68 684
10118 127 870 973 11070 153 285 441 65 791 914 37
12042 1300 80 528 535 635 63 741 907 95 13049 76 158 392
95 429 572 644 75 81 758 14001 194 356 1100 344 507 697
13521 320 359 476 809 1300 145104 30 56 619 705 823
17195 672 843 14106 316 74 460 571 658 711 916 19045
153 217 473 568 821 798 900
200329 82 649 509 21409 671 1000 87 822 904 22075
539 642 700 831 67 991 20002 797 806 922 24031 49 103
6 87 475 642 79 781 968 73 25011 74 1100 397 312 82
619 723 33 58 873 20029 718 80 875 934 87 27385 678 890
22063 191 861 22004 428 85 624 775
34083 186 219 63 74 828 31271 305 66 99 542 43 730
992 32123 246 718 73 76 879 34666 831 65 912 34 41
24025 187 698 611 82 840 83 1000 900 6 50 1500 55 28117
73 352 482 654 729 903 1100 10000 59 111 345 48 631
585 629 51 863 37295 29 147 37 78 745 831 32877
90 1200 451 317 616 17 1100 700 825 909 22905 314 613 977
90 1200 451 317 616 17 1100 700 825 909 22905 314 613 977
418 945 42738 458 43141 229 345 499 746 85 822 44181
234 546 823 543 45287 822 345 499 746 85 822 44181
1100 81 4707 812 427 54 507 843 1100 82 917 28 90
44065 278 557 706 35 973 49152 70 426 625 1100 701 56
894 27 38
54924 58 79 385 469 577 628 845 81332 74 515 29 617
741 67 851 67 62159 442 92 643 84 890 63067 135 308
99 551 625 841 54670 222 352 452 547 634 1200 64 705 36
54 802 948 52881 325 41 419 553 636 775 839 956 54904
81 177 204 86 441 73 747 69 57077 113 902 309 453 90 518
57 871 913 58106 60 303 499 28 626 42 1100 993 60906
434 37 693 87 904
99041 1100 100 353 547 61070 302 338 620 829 1100 946
62100 222 73 413 567 885 62679 181 64290 440 1150 72
96 828 819 68267 524 729 909 99805 68 150 374 655 619
624 919 29 35 65 67609 104 458 709 887 965 98108 223
460 1100 890 49958 624 724 79
70981 354 91 554 649 993 71098 45 66 823 629 73622
812 41 1100 988 75072 86 74335 97 1100 302 416 885
75028 174 80 600 718 864 76030 43 277 85 207 457 629
714 43 947 91 77227 261 641 903 24 1100 78629 328 75
374 470 517 629 843 99 29 71924 354 628 354 736 62 529 812
84038 425 69 547 833 42 1100 81152 322 408 529 812
78 52101 19 309 19 48 94 998 717 855 84127 543 788
76 944 54328 459 571 601 50 75 713 874 85643 900 1200
86 322 84979 259 519 41 898 87109 88129 494 518
42 738 971 96 99029 273 82 316 462 328 65 70 771 864
90241 730 85 873 87 1100 91088 104 41 244 357 661
329 34 649 82 995 92077 104 81 603 32 46 1100 36 91
772 78 79 877 369 94907 106 90 228 486 78 94902 227
380 430 94 636 737 77 876 95007 101 213 51 370 532 821
913 41 96136 33 93 230 632 847 1100 955 97307 48 833
329 815 41 955 99161 74 797 98 817 60 902 99065 177
302 584 1100 736 840
100075 317 622 687 101111 25 224 74 629 60 102543
984 103329 627 81 73 104492 1100 431 728 50 823
105048 166 416 43 87 837 104091 136 56 828 472 657
835 50 107265 471 60 108051 119 243 388 85 98 42
1100 6 553 78 996 109179 79 91 528 671 721 1100
110011 37 245 339 485 1100 318 664 813 74 1100 339
111027 113 265 74 305 37 91 445 689 85 112392 248 205

**Central-Theater.**
Abends 7 1/2 Uhr:
**Die Schöne von New York.**
(The belle of New York.)
Barocke Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerker.
Morgen und folgende Tage:
**Die Schöne von New York.**
Sonntagabend, 3 Uhr 1/2 halb Preisen:
**Die Geisha.** - Abends 7 1/2 Uhr:
**W. Noacks Theater.**
Brunnenstraße 16.
**König Alfgold**
oder: **Drei Thronen.**
Original-Schauspiel in 4 Aufzügen von Rud. Knefel. Musik von Dr. Schmidt.
Sonabend:
**Keine Vorstellung.**
**Sanssouci**
Donnerstag, Sonntag und Montag:
**Hoffmanns Nord-Sänger.**
Nach jeder Soliree:
**Tanzkränzchen.**
**Lustige Bagabonden.**

**Carl Weiss-Theater**
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 101. Male: **Der Brandstifter.**
Sensat. Ausstattungspose in 5 Akten v. Fontanelli. Musik v. Fall.
Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.
Sonabendnachmittag 4 Uhr: **Kinder-Vorstellung.** kleine Preise: **Zweiwitzchen und die 7 Zwerge.**

**Reichshallen**
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: **Weihnachten in China.**
Anfang 8 Uhr.
Vorher: **Wittlich-Konzert**

**Hasen, Hirschfleisch 25, 30, 40.**
Oderbr. Gänse 55 u. 58 Pf.
Hühner, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Trebbenerstr. 61.

**Edviller-Theater**
(Dollner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
**Der Raub der Sabinerinnen.**
Schwan in 4 Akten
von Franz und Paul von Schönborn.
Sonabend, abends 8 Uhr:
**Die Tochter des Herrn Fabricius.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
**Ephraims Breite.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
**Die Orientreise.**

**Apollo-Theater.**
Phänomenaler Erfolg!
**Minstrels parisiens** • **Salambos**
**Valentine Petit**
**Helene Gérard** • **Rob. Steidl**
**Rachettas** • **Quartett Légay**
**Miss Zelia** • **Meisters Kosmograph**
**Des Löwen Erwachen.**
Komische Operette in 1 Akt.
von J. Brandt.
Sonabendnachmittag 4 Uhr:
**Gr. Zauber-Vorstellung**
**Ben-All-Bey.** Halbe Preise.

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**
Milchgeschäft mit Rolle Umbände
bald zu verkaufen, 500 R. St.
Karlstr. 15. 19185\*
Gründergeschäft, Oden, post-
bilig veräußert. „Schulz“, Post-
amt 34. 19196\*
Vorjährige elegante Herren-Winter-
paleos und Anzüge aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Verkaufsbüro
Germania, Unter den Linden 21 II.
Seiten, Stoppdecken, Gardinen
postbillig verkauft Reichenbergerstr. 6.
**Leppich, Tischdecken, Remontoirs**
wahren, Regulatoren, postbillig ver-
kauft Reichenbergerstr. 6. 46720
**Leppich** mit Herdenfleischern,
Fabriküberlage Grahe Frankfurter-
str. 9, portiere. 39\*
**Bestecke** mit Watraye für 25 R.
verkauft Huml, Charlottenburg, Ver-
linderstr. 109. 4132\*
**Wäschwerke.** Vetschlägen, Horn-
manufaktur, Blöckern, Mandolinen,
Gitarren, Büchsen, Seiten; auch
Teilzahlung. Sparfeld, Perleberger-
str. 50. 4132\*
**Nähmaschinen:** Adler, Krana,
Kingslin, Robbin, Wolf und Brang-
maschinen auf Teilzahlung. Schmidt,
Brangelstr. 118. 14833
**Gardinenhand** Große Frankfurter-
str. 9, portiere. 39\*
**Konvionsroller, Federn,** Weib-
chen verkauft Götde, Reichenberger-
str. 54. 4132\*
**Gadfronen,** gebrauchte, mit Gilt-
sch, feid auf Lager, billige Preise.
Carl Kaufmann, Wollschloßstr. 17
bis 19, am Grimsport. 4715\*

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1,00, Viele-
rung sofort, Postkarte. Louis Land-
berger, Landbergerstr. 35, kein
Baben. 41159\*
**Nähmaschinen** aller Systeme ver-
kauft Gustav Schmidt, Alexandrinen-
str. 7, Hof 2 Treppen. 1438\*
**Nähmaschinen** beste deutsche Ware,
ohne Anzahlung, Woche 1 Mark.
Freier Unterricht, Langschiffchen, Ring-
schiffchen, Rundschiff - Schneidender
Nähmaschinengeschäft, Nordost, Ver-
linderstr. 84, nahe Herrmannplatz. 1\*
**Gabelbeisen!** Sportbeise! 7,00
10,00. Reflektor 14,00! Gaslöcher,
Kochlöcher, 6,90! Wollwäuer, Wollwä-
nertheaterstr. 32. 19123
**Walzströber,** Blaufäden, für
Bismarck, Brustkranke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Geschä-
farbe, überraschend, 14 Flächen
3 Mark, 1/2, Zume 3,50 erhaltene.
Rivat Hefenwäuer, Qualität ent-
scheidend. Portiererei Klingler
Bernauerstr. 119. 882\*
**Stoppdecken** am billigsten Habitt
Woche Reichenbergerstr. 9, portiere.
**Schongeschäft.** Werte 1100, Um-
satz 250 Mark. Preis 1000. Erforder-
lich 100 Mark. Erfragen Comptour
Dolgenmarktstr. 40. 41138
**Gesundheitslauf.** Gebrauchte
Reichenbergerstr. 20, Vertikon, Wolf-
schiffchen, 15. Postbelegante Blä-
schiffchen 95. Soles, Watrayen
wichtig billig. Girschowitz, Mariannen-
str. 7a. 4592\*
**Kauarienhähne,** Buchweiden
1 Mark, lauzingende Rotkehlchen 1,50,
Dachhähne, Vogelhandlung, Oranien-
str. 67. 19215\*
**Tamburier,** Waizine, gebraucht,
verkauft Postfeger, Dantsigerstr. 16.

**Wirtschaft** mit Saal und Ber-
einzimmer, passend für Bahnhöfe.
1300 Mark Werte, sofort billig
Kastnerstr. 1b. 10286
**Vermischte Anzeigen.**
Franz Lecons 0,75. Professor
Parisien Pommeret, Breitestr. 19.
**Patentanwalt** Hamann, Oran-
ienstr. 67, Wollschloß. Erhalten
kostenlos Rat abends bis neun
**Haararbeiten,** Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Dager, Wollschloß-
str. 65. 1054b\*
**Rechtsbureau** Fiedich, Andran-
str. 63 (neben Concordstraße). Ge-
wissenhafter Rechtsbeistand. 1908b
**Dividenden!** Wer sich über diese
nachlässige Grausamkeit unter Zeit
unterrichten will, verlange die Ring-
blätter des Weltblatt gegen Ab-
rechnung, welche unentgeltlich verlesen
werden vom Tiergartenverein Berlin,
Königsgrabenstr. 108. Um gültigen
Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine,
welche in ihren Beschlüssen Vor-
träge wünschen über Dividenden,
wollen sich um Referenzen an die-
selbe Adresse wenden. 1925b
**Der Stoff** hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterlöcher 15. Wagner,
Samerbeimerstr. Frankfurterstr. 56, III.
Kamen beachten!
**Kunstlorenz** von Frau Kofodtz,
Steinmetzstr. 48.
**Buchbinder-Arbeit** jeder Ar-
beitsfertigkeit Ferdinand Kleinert, W. Woll-
schloßstr. 66, 2. Hof portiere. 2387b
**Saal** und Vereinszimmer empfiehlt
Jannatich, Anfeilerstr. 10. 1906b\*
**Vereinszimmer,** großes, Reichen-
bergerstr. 24. 1878b

**Wittigsdich,** Hausmannsloß,
mit Bier 50 Pfennige Weinstr. 16
(Vollkorn). 4882\*
**Vereinszimmer** zu vergeben,
50-100 Personen, bei Janzendorf,
Wollschloßstr. 18. 730\*
**Vereinszimmer** frei, Labowitz,
Kommandantenstr. 65. 2832\*
**Vereinszimmer** neu eingerichtet,
mit Pianino, empfiehlt Schmidt,
Siromstr. 42. 1782\*
**Platin, Gold, Silber, Treifen,**
Reichhaltig taugt zu höchsten Preisen
Goldschmelze, Zimmerstr. 32. 1\*
**Arbeitsmarkt.**
**Stellengesuche.**
**Bücher** Studierbücher bietet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und gerad-
gestellt. Gläser, Wollschloßstr. 27.
**Stellensangebote.**
**Büchsenmacher** mit tüchtigen
Arbeiter, verlangt K. H. Schulz,
Oranienstr. 155. 1932b
**Bader** verlangt Goldschmelzfabrik
König, Brangelstr. 4.
**Farbmacher** und Verfertiger
verlangt Georgenstr. 14a, I.
**Monteur,** geübt und wohlbekannt
mit Buch- und Steindruckpressen, ob-
möglich auch mit Gasmotoren, findet
stelle und mögliche Stelle in
Kopendagen, wenn Offerte sub
Monteur 922 mit Adressen an
Empfehlungen, Vorgesandene etc. an
Aug. J. Wolf u. Co., Ann-Bur.,
Ropenhagen, gerandt wird. 6055

**Leitender Redacteur**
für den „Braunschweiger Volksfreund“
gejucht. Eintritt spätestens 1. April.
Bedingungen an H. Behrensbrok, Braun-
schweig, Sidonienstr. 6, erbeten.
**Kupferdrucker**
gejucht.
Für unsere topographische Abteilung
suchen wir einen in mehrfarbigen Kupfer-
druck von topographischen Karten
durchaus geübten Kupferdrucker. Bei
äußerer Leistungen gutgehende
dauernde Stellung. Offerten mit
Gehaltsangabe an
**G. Brannschweig-Verlagsgesellschaft,**
Karlstr. 6, Berlin.
**Deden- und Zelte-Fabrik.**
**Tüchtiger Zugsneider,** mit der
Branche vertraut, unter günstigen Be-
dingungen für große Stadt:
Süddeutschlands gesucht. Offerten unter
N. T. 181 an **Rudolf Mosse,**
Frankfurt a. M. 486
**Reise-Effekten-Fabrik**
lucht tüchtigen **Zugsneider**
unter günstigen Bedingungen. Of-
ferten unter N. U. 162 an **Rudolf Mosse,**
Frankfurt a. M. 485

**Gefangverein**
lucht tücht. Dirigenten zu Wittmo-
Offerten mit der Aufschrift „Dirigenti-
an die Expedition des „Vorwärts“
unter G. 2 erbeten. 1927b
**Achtung Theaterarbeiter!**
Der Streik im Friedrich-Wilhelms-
Theater besteht weiter.
Daher ist es jetzt nach wie vor ge-
sperrt bis auf weiteres. 287/10\*
**Der Vorstand**
des **Verbands des technischen**
**Bühnenpersonals.**
**Achtung! Achtung!**
**Stuccateure!**
Bei der Firma Jäckel haben tücht-
liche Kollegen auf Grund des Aus-
gebots, Accord zu arbeiten, die
Arbeit niedergelegt. Zugut ist streng
fern zu halten. Die Bauern der
Firma sind:
**Wienburgerstr. 6, Ede Reinecke-**
**Reineckestr. 11: Bau Goldmann,**
**Reineckestr. 6: Ede Kurjarsen,**
**Damm: Bau Albrecht,**
**Kurfürsten-Damm 200: Bau Krenzel,**
**Kurfürsten-Damm Ede Schüller,**
**Königsstr. 31: Bau Kaiser u.**
**v. Grobstein,**
**Giesenhofstr. 3: Bau Gerbe,**
**179/17\* Die Lohnkommission.**
**Achtung!**
**Brauerei-Arbeiter!**
Hiermit zur Kenntnis, daß das
Mündener Brauhaus, Alt-Gieslich,
Johannstr. 18/19, den Arbeitern
Wohl, Blumenstr. 38, nicht anerkannt.
41/1 J. A. R. Schaller.

Der Konflikt in der Berliner Holz-Industrie.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbands hatten sich am Mittwoch in Kellers Festsaal versammelt, um zu den Verhandlungen der Richter-Kommission Stellung zu nehmen. Bloke berichtete über den Verlauf derselben. Die von der Verwaltung zu der Richter-Kommission bestimmten Kollegen hätten eingehend die Einwände der Arbeitgeber, daß die vier Punkte der Arbeitsordnung harmloser Natur seien, widerlegt. Die ersten drei Punkte bedeuten in einer großen Anzahl von Verstellen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und seien somit ein Verstoß gegen die im Frühjahr abgeschlossenen Einigungsbedingungen. Der 4. Punkt verstöße gegen den klaren Wortlaut des § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und sei selbst bei gegebener Interpretation ungültig. Die Forderung, die Arbeitgeber gleichzeitig mit in Anlauf setzen, seien gerichtet, besonders für die Organisation thätige Kollegen dauernd arbeitslos zu machen. Charakteristisch war das Verhalten der Arbeitgeber während der Verhandlungen. Nachdem der Vorsitzende der Richter-Kommission, Herr Dr. Gertz, nachgewiesen, daß die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht ohne weiteres durch den Passus 4 der Arbeitsordnung beseitigt werden könnten, erklärte Herr Dr. G., sie würden sich zurückziehen, um diesen Passus zu modifizieren. Aber statt mit einer Umänderung, kamen die Herren mit der Erklärung, daß sie der Ansicht seien, die Richter-Kommission sei in dieser Sache nicht zuständig. Die Herren vom dem Innungsvorstand waren wohl in der Majorität und wollten nun ihr Kind, das Kontrollbuch, welches sie mit großem Applomb und unter Strafabdrohung den Tischlermeistern aufzuzwingen versuchten, so leichten Kaufs nicht preisgeben. Sie scheinen sich lieber das Kontrollbuch von der Aufsichtsbehörde, welche in diesem Falle die Gewerbe-Deputation ist, annullieren lassen zu wollen. Jedenfalls, führte der Redner aus, sei es nun notwendig, daß das Einigungsamt feststelle, daß Differenzen wegen Arbeitsordnungen der Kompetenz der Richter-Kommission unterstehen. Redner ermahnt schließlich die Vertrauensleute, sich zu äußern, ob unter den gegebenen Umständen, daß selbst bei Unterschreiden des 4. Absatzes derselbe keine Gültigkeit erlange, es angebracht sei, den Sonntagbeschluss aufrecht zu halten. In der sehr regen und lebhaften Diskussion, in der festgestellt wurde, daß die Mehrzahl der Meister das Kontrollbuch überhaupt nicht vorgelegt hätten, waren die meisten Redner für Verhinderung des Beschlusses. Die Abstimmung ergab die fast einstimmige Zustimmung dieser Ansicht, jedoch soll am Montag eine weitere Vertrauensmänner-Versammlung stattfinden, die die ferneren Maßnahmen festlegen soll. Jeder Vertrauensmann soll jedoch verpflichtet sein, über Vorkommnisse in seiner Werkstatt, hervorgerufen durch das Kontrollbuch, sofort per Karte oder persönlich Mitteilungen an das Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, gelangen zu lassen. Die bis jetzt wegen Verweigerung der Unterschrift Entlassenen werden unterstützt. Eine andre Regelung unterliegt den Beschlüssen der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung. Die Werkstellen, in denen Entlassungen wegen Unterschreiden des Kontrollbuchs vorgenommen wurden, sind nach wie vor zu meiden. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt finden Montag früh 10 Uhr auf dem Gewerbegericht statt.

Die Unternehmer.

Die Tischlerinnung, die Freie Vereinigung der Holzindustriellen und andre gewerbliche Organisationen der Tischlermeister hatten am Donnerstag gemeinsam eine Versammlung für die Tischlermeister Berlins einberufen. Derselbe tagte im Konfordia-Saal und war von etwa 1000 Personen besucht. Wie neulich in der Richter-Kommission, so bezeichneten die Herren Unternehmer auch jetzt die von der Innung verfügten und von den andern Arbeitgeber-Organisationen übernommenen Maßnahmen als durchaus harmlos. Herr Direktor Lorenz meinte, es handle sich um nichts andres, als um die Einführung einer Arbeitsordnung. Wenn dieselbe mit dem Namen „Kontrollbuch“ bezeichnet werde, so sei das ja kein richtiger Ausdruck dafür. Der Holzarbeiter-Verband habe nun aus der Sache etwas ganz andres gemacht, indem er das Kontrollbuch als gleichbedeutend mit der Einführung schwarzer Listen hingestellt habe. Diese Annahme sei aber ganz unbegründet. Was die neue Arbeitsordnung enthalte, daß bester schon seit längerer Zeit in allen größeren Betrieben und sollte jetzt nur, um Ordnung im Gewerbe zu schaffen, in allen Betrieben eingeführt werden. Wenn der Holzarbeiter-Verband sich jetzt der Unterschrift widersetze, so geschehe das nur deshalb, weil er wissen wolle, ob die Arbeitgeber noch in geschlossenen Reihen zusammenstehen. Wenn der Verband sehe, daß das nicht mehr der Fall sei, dann werde er bald einen neuen Tanz mit den Arbeitgebern beginnen. Um sich davor zu hüten, müßten die Tischlermeister in dieser Angelegenheit solidarisch zusammenstehen. Herr Dr. G. verwahrte sich dagegen, daß die Maßregel gerade jetzt eingeführt worden sei, weil eine schlechte Konjunktur die Unternehmer darin begünstige. Die Arbeitsordnung sei ein Produkt langer und sorgfältiger Erwägungen, sie habe sich nötig gemacht als eine Vorkehrungsmaßregel gegen einige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs deren Schädlichkeit den Arbeitgebern fühlbar geworden sei. Mit dem Ausschluß des § 616 des B. G. B. hätten die Tischlermeister nichts andres als was der Eisenbahnstrikas in Bezug auf seine Arbeiter auch bereits getan habe. Wenn die Gesellen meinen, Punkt 4 der Arbeitsordnung (Abzug für verdorbene Arbeit) sei ungesegnet, dann müßte es ihnen überlassen bleiben, im Prozeßwege hierüber ein Urteil der höchsten Instanz herbeizuführen. Wenn auf diese Weise die Rechtungsgültigkeit des betreffenden Punktes festgestellt werde, dann müsse er natürlich zurückgezogen werden. — Nachdem noch ein Innungsmeister die Kontrollbücher verteidigt hatte, beschloß die Versammlung: „An der Einführung des Kontrollbuchs unter allen Umständen festzuhalten. Sollte die Unterschrift seitens der Arbeiter verweigert werden, so sind Lohnarbeiter sofort Accordarbeiter nach Vollendung ihres Accords zu entlassen. Falls einzelne Werkstätten oder Bezirke gesperrt werden sollten, sind auf Anordnung der betreffenden Vorstände (der Meister-Organisationen, Red.) im ganzen Gewerbe prozentuale Entlassungen vorzunehmen.“

Tokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung hatte an Stelle des infolge eines Anfalls behinderten Vorstehers Langerhans der Vorsteher-Stellvertreter Michaeli dem verstorbenen Bürgermeister Brinkmann einen Kastruf zu widmen. Herr Michaeli ist Mitglied derjenigen Fraktion, die vor der Bürgermeisterwahl am festigsten gegen Brinkmann gearbeitet hat und bei der Wahl selber geschlossen für Brinkmann eingetreten ist. Der Herr wußte sich indes aus der Zwangslage, in die er sich versetzt sah, mit seiner wohlinstudierten Rede ziemlich geschickt herauszuwinden. Die zweite Lesung der Magistratsvorlage über die „König-Friedrich-Stiftung“, die die Versammlung gestern zu erledigen hatte, war reich an erheiternden Momenten. Der Anlaß, der zu dieser Vorlage geführt hat, — die gegenwärtig in Berlin herrschende Wohnungsnot — ist ja leider sehr ernst, aber daß die Debatte trotzdem oft recht amüsant wirkte, dafür sorgten die Freunde der Vorlage. Der grösste Gedanke, mit dem lächerlich unbedeutenden Mittel einer Stiftung

von einer Million der gewaltig angewachsenen Berliner Wohnungsnot zu Leibe gehen zu wollen und die Gelegenheit obenein zur Ehrung eines Friedrichs I. benutzen zu wollen, wurde von unserm Genossen Singer in satirischen Ausführungen beleuchtet. Gegen die Vorlage in der abgeschwächten Form, in der sie nach der Ausschüßberatung an die Versammlung zurückgelangt ist, erklärte sich auch ein Teil der „Neuen Linken“, Stadtverordneter Nathan, der den Standpunkt dieser Gruppe begründete, empfahl, die ursprüngliche Fassung der Vorlage wieder herzustellen. Gleichzeitig wandte er sich aber dagegen, daß die beabsichtigte Stiftung, wie Singer gesagt hatte, weiter nichts als eine „byzantinische Donation“ sei; diese Ansicht könne er nicht teilen. Für einen Freisinnigen, wie Herrn Nathan und seine Freunde, ist dieses Geständnis recht interessant! Ein ungemein beilustigendes Intermezzo bildete sodann die Rede des Bürgermeisters Pregel, der sich mit der Anknüpfung einführte, er wolle die Ursachen der Wohnungsnot ergründen. Die Hauptursache, sagte dieser unwillkürliche Spahmacher, sei die, daß die Bauarbeiter zu wenig arbeiten und zu viel Lohn kriegen, darum würden die Häuser teuer. Nicht wenige der sich freisinnig nennenden Kollegen dieses Herrn lauteten seinen Worten in lautloser Andacht und schmunzeln beglücklich, als er erklärte, und die verheerende Socialdemokratie habe die Bauarbeiter so weit gebracht. Als er geendet hatte, dankten sie ihm mit wohlwollendem Beifall — ein Vorgang, den Singer als einen noch nicht dagewesenen Erfolg des Herrn Pregel bezeichnete. Nachdem die Versammlung schließlich ihre grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung der Stiftung ausgesprochen hatte, entspann sich bei der darauf folgenden Beratung des Statuts noch ein in manchen Einzelheiten höchst amüsanter Streit darüber, ob die Stiftung selber Häuser bauen solle oder die Million in anderer Weise zur Linderung der Wohnungsnot (Unterstützung von Drogenoffensivitäten, Mietsbeihilfen für Unbemittelte) verwenden solle. Die Vorstellung der Möglichkeit eines Häuserbaus durch die Stiftung selber rief bei einigen Hausagariern und ihrem Anhang eine förmliche Aufregung hervor und Herr Wallach, der Vorkämpfer des Hausagariertums, forderte seine Freunde auf, daß die Vorlage noch nachträglich zu Falle zu bringen. Er beantragte einen Zusatz, der den Bau durch die Stiftung selber ausschließt, vermochte indes nicht damit durchzubringen. Das Statut wurde darauf in allen Paragraphen in der durch den Ausschüß abgeänderten Form angenommen.

Zum Tode des Bürgermeisters Brinkmann. Die Ueberführung der Leiche des verstorbenen Bürgermeisters Brinkmann aus dem Trauerhause in das Rathaus findet heute, Freitag, in der neunten Abendstunde statt. Die Trauerfeier am Sonnabend wird um 12 Uhr mittags durch den Domchor mit einem Choral eingeleitet werden. Nach dem Prediger Schmidt werden der Oberbürgermeister Kirchner und der Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Michaeli, dieser an Stelle von Dr. Langerhans, dessen Befinden seine Beteiligung an der Trauerfeier nicht gestattet, dem Dahingegangenen Worte des Abschieds nachsagen. Den Schluß der Feier wird ein von den Zöglingen des städtischen Waisenhauses vorgetragener Gesang bilden. Der Trauerzug wird sich durch die Königstraße, über den Schloßplatz durch die Französischestr., die Marktgraben- und die Lindenstraße über den Belle-Alliance-Platz und durch die Blücherstraße nach dem alten Jerusalemer Friedhof bewegen.

Der Magistrat widmet dem Tode folgenden Nachruf: „Am Nachmittage des 7. Januar entritt ein jäher Tod uns den Bürgermeister unserer Stadt Herrn Karl Brinkmann. Vor wenigen Monaten aus dem gleichen Amte zu Königsberg i. Pr., in welchem er mit Anerkennung und Erfolg gewirkt hatte, hierber berufen, stand er in der Blüte seiner Jahre, in der Fülle seiner Kraft. Früh, voll des Drangs, in dem größeren Wirkungskreise zum Segen der Stadt und seiner neuen Mitbürger seine besten Kräfte einzusetzen, war er in unser Kollegium eingetreten. Die Frische und Lebendigkeit seiner Anschauungen, die Klarheit seines Urteils und die Gediegenheit seines Wissens, die Wärme seiner Gesinnung und die Liebenswürdigkeit seines Wesens hatten ihm schnell Verehrung und Zuneigung, vor allem die Hochachtung und Liebe seiner Amtsgenossen und Mitarbeiter erworben. Die reichen Hoffnungen, die auf ihn gesetzt waren, hat ein höherer unerforschlicher Wille uns versagt. Sein Andenken aber wird unter uns unvergessen bleiben.“

Zur Umgestaltung des Platzes vor dem Brandenburgischen Thor werden 311 000 M. im Etat des Finanzministeriums gefordert. Es ist an Stelle der jetzigen Springbrunnen die Errichtung von Blumenanlagen und Ballustraden aus Marmor in Aussicht genommen, die sich dem Bilde der Siegesallee anpassen. Die Neuanlage soll gleichzeitig die Aufstellung neuer Denkmäler ermöglichen, unter welchen eines auf Kosten des Kaisers dem verstorbenen Kaiser Friedrich errichtet werden soll.

Die ausgetretenen Oberbürgermeister. Die Oberbürgermeister von Halle und Erfurt waren mit Deputationen zu Graf Plümhals Leichenseier nach Berlin geschickt worden. Ein Augenzeugen des Leichenzuges schreibt nun der „Saale-Zeitung“: „Dem Sarge folgte der Kaiser, den Marschallstab in der Hand, mit unerlöschlicher Ruhe bis zuletzt ausharrend... Als wir auf dem Bahnhofe angekommen waren und die Unterbringung des Sarges abgewartet hatten, blieb alles noch im Halbdunkeln um den Bahnhof stehen, da der Kaiser ebenfalls noch verweilte und zahlreiche Personen durch Ansprachen auszeichnete. Leider war aber die Deputation unserer Stadt da nicht mehr anwesend. Herr Oberbürgermeister Staube hatte es vorgezogen, an der Friedrichstraße mit seinen Begleitern den Zug zu verlassen, was wir Hallenser aufrichtig bedauerten und was von den Augenzeugen lebhaft und in wenig schmeichelhaftem Sinne erörtert wurde. Man sollte doch meinen, daß das, was der Kaiser that, auch unser Herr Oberbürgermeister hätte thun können, nämlich ausharren... Besonders bemerkenswert erscheint es dabei, daß der Kaiser an Bahnhof sämtliche Deputationen zu sich heraufgerufen ließ, wobei dann natürlich unser Herr Oberbürgermeister und übrigens auch der Erste Bürgermeister von Erfurt, Dr. Schmidt, der den Zug ebenfalls an der Friedrichstraße verlassen hatte, fehlten!“

Der Fall ist bedenklich und sollte im Interesse der Beteiligten wie der patriotischen Gesamtheit disciplinär untersucht werden. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß Ursachen, die man zuweilen mit dem besten patriotischen Willen nicht bemerken kann, die beiden Oberbürgermeister zwangen, aus dem Zuge auszutreten.

Zur Sternberg-Affaire. Frau Miller geb. Fischer, die ehemalige Zuführerin Sternbergs, ist rechtzeitig vor Ablauf des freien Geleits wieder mit dem Dampfer „Karlstraße“ nach New York abgefahren. — Ein Haftbefehl gegen den Kaufmann Arndt, der zusammen mit Fel. Blatho der Verleumdung des Oberstaatsanwalts Dr. Jenbiel beschuldigt ist, war von der Staatsanwaltschaft wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe beantragt worden. Sowohl der Untersuchungsrichter, wie das im Beschwerdewege von der Staatsanwaltschaft angerufene Gericht haben jedoch diesen Antrag abgelehnt.

Eine Eisbahn mit freiem Eintritt befindet sich nahe dem Ringbahnhof Prenzlauer Allee. Hier liegt hart an der Prenzlauer Allee ein mächtig großer Teich, der dazu dient, die Maschinen-Abwässer einer benachbarten Fabrik aufzunehmen. Das Gewässer, in dessen Mitte sich eine kleine Insel mit einer zierlichen Laube befindet, ist im Sommer zumeist von Enten bevölkert. Gegenwärtig tummelt sich darauf eine Schaar von Kindern, denen das umzäunte Grundstück geöffnet und der Teich als unentgeltliche Eisbahn überlassen worden ist. Allerdings bringt nur ein Teil der Kinder Schlittschuhe mit. Die Mehrzahl benutzt die Eisbahn, wohl meist in Ermangelung von Schlittschuhen, lediglich zum „Schlittern“.

Die Fahrschule. Der schon vielfach besprochene Plan der Errichtung einer Fahrschule für Berlin ist, wie eine Korrespondenz mitteilt, keineswegs endgültig gescheitert, vielmehr sieht zu hoffen, daß die Fahrschule noch im kommenden Frühjahr zur Eröffnung gelangen wird. Nach dem Beschlusse der im November vorigen Jahres abgehaltenen konstituierenden Versammlung wurde als Mindestvertriebskapital für die Schule ein Betrag von 100 000 M., festgesetzt. Diese Summe ist jedoch durch freiwillige Zeichnung nicht erreicht worden. Es sind im ganzen 80 Stammteile à 500 M. in Summa 40 000 M. gezeichnet. In einer Ende dieses Monats abzuhaltenden Versammlung, zu welcher eine größere Interessentengruppe, wie solche bereits bei der ersten Sitzung vereinigt gewesen, zusammenberufen wird, dürften voraussichtlich noch weitere Zeichnungen von Stammanteilen erfolgen. Die Fahrschule wird dann, nötigenfalls allerdings in kleinerem Maßstab, als ursprünglich geplant war, errichtet werden.

Ueber einen Eisenbahn-Brand berichtet ein hiesiges Blatt: Der Brand, der während der Fahrt in einem Wagen 4. Klasse ausbrach, entstand in dem Abendzuge der Nordbahn. Der stark besetzte Wagen füllte sich bald demnach mit Rauch, daß für die Passagiere eine ernste Gefahr zu befürchten war. Da die Rotbremse anfänglich versagte, so waren die Fahrkräfte auf Selbsthilfe angewiesen. Die Insassen, meist Frauen, retteten sich, von besonnenen Männern unterstützt, dadurch, daß sie während voller Fahrt einen mit dem brennenden Wagen verbundenen andern Waggon ausstiegen. Später funktionierte die Rotbremse, und als der Zug dann hielt, loberten aus dem Fußboden des gefährdeten Wagens bereits die hellen Flammen empor. Der beschädigte Wagen wurde auf der nächsten Station, Dramenburg, ausgeföhrt.

Ein großer Ladenbrand wütete gestern (Donnerstag) abend Ritterstraße 78 in der Glaciereinfahrt (Fensterdecoration) von Grabs u. Berger. Das Geschäft war kurz vor 8 Uhr geschlossen und wenige Minuten später bemerkten Straßenpassanten, daß der Laden in Flammen stand. Die im Laden vorhandenen Lade- und Kistenbegünstigten die Ausbreitung des Feuers, so daß die Feuerwehre bei ihrer Ankunft einem Flammenmeer gegenüberstand. Es dauerte fast eine Stunde, bevor die Flammen erlosch und die Aufräumungsarbeiten vollendet waren. Der Laden ist total ausgebrannt.

Heilmittelschwindel. Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Tagespresse wird gegenwärtig dem Namen Epstein's Poligonum-Lhee (russischer Knöterich) ein angeblich gegen Brust- und Halsleiden wirksames Mittel angepriesen und von einem J. Epstein in Dresden in Päckchen von etwa 70 Gramm Inhalt zum Preise von 1 M. zuzüglich 40 Pf. Nachnahmegebühr verkauft. Der Lhee besteht lediglich aus zerleinerten Teilen des gewöhnlichen Vogelnöterichs, wie er auf allen Wegen und namentlich auch oft an verkehrsreichen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Der in Russland vorkommende Vogelnöterich ist von dem in Deutschland wachsenden in keiner Weise verschieden.

Eine spezifische Heilwirkung hat der Vogelnöterich nicht; 70 Gramm desselben in gereinigtem Zustande haben im Großhandel einen Wert von etwa 10 Pf.

Im Münsterwäldchen bei Treptow läßt der Magistrat am Mittwoch einstmals Woche eine — Jagd abhalten. Sie gilt dem armen Freund Lampe, der sich so sehr stark vermehrt haben soll, daß er den jungen Anpflanzungen gefährlich wurde.

Metalldiebe haben die Witwe des Selbstgießers Reiffe aus der Alexanderstr. 9 empfindlich bestohlen. Die Frau wollte nach dem Tode ihres Mannes das Geschäft nicht weiter betreiben und daher die Einrichtung verkaufen. Mehrere hundert Formen, die jede 6 M. wert sind, ließ sie vom Laden nach dem Keller schaffen, um sie bei der Hand zu haben, wenn Kaufstücker erschienen. Das müßten wohl Spitzbuben beobachtet haben, die dann in den Keller eindrangen und sämtliche Formen stahlen. Der Diebstahl ist wahrscheinlich am hellen Tage ausgeführt worden, niemand hat aber auf dem sehr betriebsreichen Grundstück auf das Anfluten der gestohlenen Sachen weiter geachtet.

Die Eisbernte wird augenblicklich auch auf dem Humboldtthafen sehr stark betrieben. Hier macht sie aber keinen besonders appetitlichen Eindruck. Es liegen nämlich im Eise mehrere Müllsäcke fest, die beladen wurden. Hierbei ist nun gerade in diesen trockenen Tagen die Staubeentwicklung sehr groß. Eine ganze Schicht bedeckt daher das Eis so dick, daß es graubraun aussieht, obwohl es in den unteren Schichten kernig und klar ist. Daß die Oberfläche vor der Einbeimung gesäubert wurde, sieht man nicht. Die Säuberung würde auch nicht lange vorhalten, da die Staubeentwicklung sich immer von neuem wiederholt. Wie viel Müll und Staub mag nun nicht mit den Eischichten in die Keller gelangen! Und was sich alles darin befindet, malt man sich lieber erst nicht weiter aus.

Unglück im Straßenverkehr. In der Poststraße fuhr der Antifer Paul Finje mit seinem Müllwagen gegen den Anhängerwagen eines ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagens, zertrümmerte mit der Deichsel eine Fenster Scheibe und verletzte die in dem Wagen sitzende Anführerin Henriette K. erheblich am Kopf. Die Bedauernswerte trug einen Schädelbruch davon, so daß ihre Ueberführung in das Elisabethkrankenhaus erfolgen mußte.

Seinen Verletzungen erliegen ist der Antifer August Dittmar aus der Lindenwalderstr. 11. Der Bedauernswerte ist ein Opfer des Versuchs geworden, seinen Mitfahrer vor Schäden zu bewahren. Dittmar wurde am 4. d. M. von seinem eignen Wagen überfahren. Er warf sich den Pferden in die Fänge, als sie durchgingen, während der Mitfahrer auf der Deichsel stand, um die Federn abzunehmen. Der Mitfahrer kam unverletzt davon, der Antifer dagegen wurde schwer verletzt. Trotz dreier Knochenbrüche aber dachte er nicht an sich und seine Schmerzen, sondern nur an seine Frau und seine drei kleinen Kinder, für die er in der Not zu sorgen hat.

Feuerbericht. Am Lehrter Bahnhof kam in der Nacht zu Donnerstag in einem Stadtbahnwagen Feuer aus. Der Wagen ist vom Postfiskus, der in der Nähe ein neues Postgebäude aufführt, gepachtet und dient als Lagerraum für Postkoffer. Der Bauwächter hatte den Raum kurz vor Ausbruch des Feuers mit Licht betreten, so daß der Brand vielleicht auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen ist. Glücklicherweise wurde er rechtzeitig bemerkt und von der Wehr in kurzer Zeit abgelöscht. Der Bahnverkehr erlitt keine Unterbrechung. Zur selben Zeit erfolgte ein Alarm nach der Friedrichstraße, wo ein Verkehrshindernis im elektrischen Bahnbetriebe zu beseitigen war. Fröh 4 Uhr war Kommandantenstr. 38 die Wallenlage in Brand geraten, die erst nach längerem Wassergeben gedämpft werden konnte. Meyerstr. 38 brannte Gerimpel im Keller und Wienerstr. 14 eine Wadefiabe. Wilsnoderstr. 87 wurde der Inhalt eines Schaufensters eingekassiert.

Eine große Ueberschwemmung hat in der Nacht zu gestern einen Teil des Hauses Alexanderstr. 40 heimgesucht. Hier befinden sich u. a. das Seceffions-Theater und ein Café. Daher muß aus Gründen der Feuersicherheit nach polizeilicher Vorschrift die Wasserleitung stets zugänglich sein und darf der Hauptkahn nicht gesperrt werden. In der Nacht zum Donnerstag plagte nun, wahrscheinlich infolge des starken Frostes, im ersten Stock des Vorderhauses in einem Geschäftsräum der Uhtengroßhandlung von Wänschen ein Wasserrohr. Der Schaden wurde nicht wahrgenommen, da im ersten Stock niemand wohnt. Das Wasser lief ungehindert aus und drang in einen zweiten Raum ein. Bald schwammen die Regulatoren in der Flut umher, die auch durch die Decke sickerte und diese beschädigte. Weiter fuhr das Wasser in das Gedächtnis hinab in den Laden der Möbelfabrik Meierbaum- und Eisenwarenfabrik. Hier stand das Wasser schließlich einen Fuß hoch und vernichtete viele teils neue, teils zur Ausbesserung dem Geschäft

übergebene Waren. Endlich sicerte das Wasser auch auf die Straße und wurde hier von patriotisierenden Schuhmännern bemerkt. Da der Eigentümer nicht im Hause wohnt und die Verwalterin zufällig verreist war, wußte niemand, wo sich der Hauptkahn befindet. Es mußten daher erst Sachverständige geholt werden, die ihn suchten und fanden. Erst dann konnte der Ueberflutung, die einen sehr großen Schaden angerichtet hat, Einhalt getan werden.

### Aus den Nachbarorten.

**Adlershof.** Der Naturheilverein hält am Sonntag in dem gepflanzten Lokal Kaiser Wilhelmpark, Kaiser Wilhelmstraße, eine Versammlung ab. Die Parteigenossen wollen beachten, daß der Besitzer des Lokals seinen Saal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stellt.

**Zu Ober-Schöneweide** findet am Sonnabendabend 8 Uhr bei John eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Gemeindevorsteher Gewisse John spricht über die Brandenburgische Gemeindeversteher-Konferenz mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Gäste haben Zutritt.

**Johannisthal.** Der sozialdemokratische Verein in Johannisthal und Nieder-Schöneweide hält seine Mitgliederversammlung am 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Franz aus Tagesordnung: Gründung eines Wahlvereins von Nieder-Schöneweide und Wahl des Vorstandes.

**Aus Rixdorf.** Das definitive Resultat der Volkszählung vom 1. v. M. liegt nunmehr vor. Danach zählte Rixdorf insgesamt 90 800 Einwohner, und zwar 44 622 männliche und 46 178 weibliche. — In der Hermannstraße kam es gestern morgen zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Omnibus der Firma Reblitz in Rixd. Der Rixd'ische Omnibus wurde dabei von dem Straßenbahnwagen herabgeschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen, so daß er zunächst nach der Unfallstation XII und von dort mittels Droschke nach seiner in der Rudowstraße 36 belegenen Wohnung gebracht werden mußte.

**Schöneberg.** Die Wahl von drei neuen Stadträten und zwar von zwei besoldeten und einem unbesoldeten wird demnächst vom Magistrat verlangt werden. Ihr Eintritt dürfte schon zum 1. April erfolgen. Auch eine Verneuerung der Stadtvorordneten von 48 auf 60 wird die Folge des rapiden Anwachsens Schönebergs sein. — Trotzdem die Finanzverhältnisse Schönebergs gerade nicht besonders günstige zu nennen sind, haben doch im laufenden Etatsjahre einzelne Steuerpositionen recht erfreuliche Resultate gezeitigt. Die Einkünfte aus dem Berliner Ortsteil überbieten das Soll um 80 000 M. Im Friedenauer Ortsteil sind bisher 80 000 M. mehr eingekommen. Ebenso liegt es mit der Hundsteuer. Nur die Umsatzzsteuer bleibt wesentlich gegen die Veranschlagung zurück, ein Beweis, wie günstig Wohngebäude heute im Werte stehen.

**In der Gesellschaft von Damen der Halbwelt** wurde vorgestern von ihrem Prinzipal in Berlin überbracht der Buchhalter Hansche aus Potsdam. H., der seit Jahren in dem Kolonialwaren-, Delikatessen- und Buttergeschäft von W. Kobrichneider u. Söhne, Humboldtstr. 2, tätig ist, war von seinem Chef nach Berlin geschickt worden, um eine Rechnung von 5000 M. einzulassieren. Hansche ist sehr leichtgläubig und hatte schon einmal dumme Streiche gemacht, die sein Vater, ein auswärtiger wohlhabender Kapellmeister, wieder gut machte. Er lehnte nun nicht nach Potsdam zurück, so daß sein Chef nach Berlin fuhr, um ihn dort aufzusuchen. Als er in einem vielmal von der Lebenswelt aufgesuchten Café Umschau nach dem Buchhalter hielt, trat dieser in feierlicher Stimmung in Gesellschaft von mehreren Damen der Halbwelt herein und ließ seinem Chef direkt in die Arme. Von den 5000 M. fehlten bereits ca. 1000 M. und da diese Summe diesmal von dem Vater nicht erstattet wurde, so erfolgte die Verhaftung des Schwerverdächtigen.

**In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** erfolgte am Mittwoch zunächst die Einführung der neu gewählten Mitglieder Oberbürgermeister a. D. Freund und Prof. Dr. Klingenberg. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstands ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Von den zahlreichen Vorlagen, mit denen sich die Versammlung beschäftigte, rief eine besonders lebhaft debattierte die Verleumdung des Ausschusses über die Anwendung der landhausmäßigen Bauordnung auf das nördlich von der Spandauer Chaussee auf Westend gelegene Gelände hervor. Im Gegensatz zu dem Magistrat, der für die landhausmäßige Bebauung eingetreten war, kam die Versammlung, entsprechend den Vorschlägen des Ausschusses, zu dem Resultat, daß sich für jenen Stadtteil nicht die landhausmäßige Bebauung, sondern die Bauordnung für die Vororte der Grundstücke Klasse I mit einigen Abänderungen empfehle. Außerdem nahm die Versammlung folgenden, von Mitgliedern verschiedener Fraktionen eingebrachten Antrag einstimmig an: „Eine Aenderung der für die Stadteile jenseits der Spree bestehenden Bauordnung würde eine wesentliche Schädigung der Gesamtinteressen der Stadt zur Folge haben und ist von einem diesbezüglichen Vorgehen Abstand zu nehmen. Der Magistrat wird ersucht, in allen Fällen, in welchen er die Aenderung von Baupolizei-Ordnungen für erforderlich erachtet und die Anregung bei der Polizeiverwaltung zu geben beabsichtigt, der Stadtverordneten-Versammlung hierüber vorher Kenntnis zu geben. Werden derartige Aenderungen von der Polizeibehörde angeregt, so wird um vorherige Mitteilung ersucht, falls dies den Umständen nach angängig erscheint.“

Weiter gelangten den Vorschlägen des Magistrats gemäß zur Annahme die Vorlagen betreffend die Errichtung eines neuen Gymnasiums in der Bornsferstraße, betreffend die Errichtung einer neuen höheren Mädchenschule, betreffend die teilweise Ueberlassung von Räumen des neuen Bürgerhauses für Zwecke des Krankenhauses und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einigen Freisinnigen die auf die Feier zum 18. Januar bezüglichen beiden Vorlagen. Den Antrag auf Einrichtung eines Asyls für Obdachlose zogen die Antragsteller, Stadtverordneten Buchta und Genossen zurück, nachdem der Magistrat erklärt hatte, daß das alte Familienhaus vom 1. Juli ab ausschließlich für die Unterbringung von Obdachlosen zur Verfügung stehe. Die Beratung des Antrags Böllmer betr. eine Eingabe an das Staatsministerium gegen Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel wurde wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Im Laufe der Sitzung ging ein von einer Reihe von Stadtverordneten verschiedener Parteien unterzeichneter Antrag ein, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften dahin zu wirken, daß seitens der Großen Berliner Straßenbahn den Verkehrsbekleidern entsprechend auf den nach Charlottenburg führenden Linien ausreichende Wagen eingestellt und die Fahrzeiten dieser Linien entsprechend festgesetzt werden und überhaupt daß ein besserer Verkehr als bisher gewährleistet wird, ferner daß die beabsichtigten Aenderungen in den Verkehrsbewegungen rechtzeitig zur Kenntnis der Interessenten gebracht werden.

Der Antrag wird in der nächsten Sitzung, am 23. Januar, beraten werden.

**Aus dem Auswanderer-Bahnhof** Ruhleben bei Spandau dient als Lazarett zur Unterbringung erkrankter Auswanderer eine mit recht hübschen Einrichtungen ausgestattete Wellblech-Baracke. Diese hat sich längst als unzulänglich erwiesen und die beteiligten Dampfergesellschaften Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Gesellschaft sind von der Eisenbahnverwaltung neuerdings verpflichtet worden, ein Lazarettgebäude aus massivem Mauerwerk, mit den erforderlichen hygienischen Einrichtungen versehen, auf ihre Kosten errichten zu lassen. Der Bau soll demnächst in Angriff genommen werden. Die erkrankten Auswanderer haben nur- und Verpflegungskosten an die Dampfergesellschaften, die auf dem Bahnhof ihre Vertreter halten, zu erstatten. Bei Unbemittelten tragen die Dampfergesellschaften die Kosten.

**Der Kreis Niederbarnim** hat nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember v. J. 292 197 Einwohner, von denen 147 284 dem männlichen und 144 913 dem weiblichen Geschlecht angehören. Vor fünf Jahren betrug die Bevölkerungsziffer 229 233; der Kreis hat also um 62 964 Personen zugenommen.

### Gerihts-Beitung.

**Einer Anklage** wegen versuchter vorläufiger und vollendeter fahrlässiger Tötung, die gestern das Schwurgericht des Landgerichtes Berlin I beschäftigte, lag eine Revolveraffäre zu Grunde, wie sie heutigen Tags leider nicht selten sind. Der Angeklagte, ein im 40. Lebensjahre stehender Maurer Jul. Bloß, ist verheiratet, hatte sich aber 1896 von seiner Frau getrennt und lebte seitdem mit einer Witwe Martha Schüler zusammen, zuletzt in dem Hause Dennewitzstr. 19. Infolge der Reklame des Angeklagten zum Trunke und der daraus entstehenden Jernwürnisse wurde das Zusammenleben getrübt, und im August machte Frau Schüler kurzen Prozeß: sie erklärte dem Angeklagten, daß sie nichts mehr mit ihm zu thun haben wolle, und verbot ihm das Betreten der Wohnung. Der Angeklagte ging dann auch, nahm aber ein Sparfaß und eine der Frau Schüler gehörige Nähmaschine mit. Auf eine von der Frau Schüler erstattete Anzeige wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese ganze Angelegenheit scheint den Angeklagten sehr aufgeregt zu haben. Er suchte sich mit Frau Sch. auszusöhnen und da diese nicht darauf eingehen wollte, wurde seine Erregung noch größer. Dazu kam, daß der Thurm der Eiserthür an seinem Herzen nagte. In dieser Stimmung folgte er den Entschl. die Schüler und sich selbst aus der Welt zu schaffen. Er erzählte diesen Vorfall einem andern Maurer, mit dem er auf dem Wertheimischen Bau zusammenarbeitete, er gab diesem sogar einen Beutel mit Geld und kaufte sich einen Revolver. Nur mit Mühe gelang es, ihm den Plan auszuereuen; der Arbeitskollege hatte den Verkäufer des Revolvers dahin verständigt, daß er ihm nur Papppatronen verabfolgte, er verstand es auch, ihm listigweise den Revolver vorzuhalten, damit er kein Unheil damit anrichten sollte. Der Angeklagte war aber bald wieder im Besitze der Schußwaffe und scharer Patronen und äußerte am 13. September mehreren Personen gegenüber: Nun werde er die Schüler und sich selbst erschießen; die Kinder würden in das Waisenhaus kommen. — Am 14. September ging er zur Wohnung der Frau Schüler, die ihm auch Zutritt in die kleine Küche gewährte. Er sprach sich dort ganz verständlich mit der Frau aus, sie ließ sich aber von dem Vorfall, von ihm getrennt zu leben, nicht mehr abbringen. Er bat darauf, daß Kofett benutzen zu dürfen, laum hatte er aber den Korridor betreten, als auch schon ein Schuß losbrach. Frau Schüler war instinktiv die Küchentür zu und drehte den Schlüssel um. Durch die Thür sprach sie mit dem Angeklagten und forderte ihn auf, die Wohnung sofort zu verlassen. Da er dieser Aufforderung nicht nachkam, kam der Frau der Gedanke, daß der Angeklagte vielleicht durch die Thür schleichen könnte, und sie hielt es daher für zweckmäßig, von der Thür wegzugehen. Ihre Befürchtung wurde bald bestätigt, denn der Angeklagte schoß wirklich. Die Küchentür, welche ausgehoben und als Beweisstück nach dem Schwurgerichtssaal geschafft worden war, ist von der Kugel gerade an der Stelle durchlöchert, wo der Angeklagte aus dem geführten Gespräch den Standort der Frau Schüler vermuten konnte. Die Kugel, die ihr eigentliches Ziel verfehlt hatte, traf einen fünfjährigen Knaben, der mit den Kindern der Frau Schüler in der Küche spielte, in den Oberschenkel. Die an sich nicht gefährliche Wunde hatte einen Sündenstarkampf im Gefolge, der Knabe mußte in das Krankenhaus überführt werden und verstarb dort in kurzer Zeit. Nach dem Gutachten des Sanitätsrats Dr. Mittenzweig ist der Tod eine Folge der Schußverletzung gewesen. Der Angeklagte war nach der That entflohen, wurde aber in Schöneberg festgenommen und der Kriminalpolizei überliefert. Er behauptete, daß er die Frau Schüler nur habe erschrecken und bewegen wollen, mit ihm wieder zusammen zu leben. Staatsanw. Liebenow hielt diese Ausrede nach der ganzen Sachlage für eine ganz verfehlte. Er ersuchte die Geschwornen, die Schuldfragen zu bejahen und mildernde Umstände auszusprechen. In Berlin sei es leider Mode geworden, daß Leute, die in der Liebe Schiffbruch erlitten, sich flugs einen Revolver kaufen, um damit die trennlose Geliebte und angeblich sich selbst zu erschießen. Das letztere werde dann gewöhnlich vergessen. So sei es auch hier wieder der Fall gewesen. Leute, die so leichtfertig mit dem Leben anderer Menschen spielen, verdienen keine mildernden Umstände. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Lehersohn führt aus, daß die Geschwornen den Angeklagten nur der versuchten Mordtötung für schuldig befinden könnten und machte eine Reihe mildernder Gesichtspunkte geltend. — Die Geschwornen bejahten zwar die Schuldfragen im Sinne der Anklage, billigten aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre, der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

**Der Ordnungskampf**, den der Amtsvorsteher v. Oppen in Adlershof gegen die dortige sozialdemokratische Arbeiterschaft führt, wird aufs neue durch einen Verleumdungsprozeß gekennzeichnet, den unser Parteigenosse Goldarbeiter Eichenjäger vor dem Schöffengericht in Köpenick zu bestehen hatte. Der Anklage lag eine Keuzerung zu Grunde, welche Eichenjäger in einer Versammlung am 28. Oktober v. J. gehalten haben soll. Am 8. Juli v. J. fand im Schmauserischen Lokale ein geschlossenes Vergnügen des Kaufclubs „Pasha“ statt, welches selbstverständlich ohne gesetzlichen Grund vorher vom Amtsvorsteher v. Oppen verboten worden war. Abends gegen 8 Uhr wurde das Fest durch etwa 10 Gendarmen und Amtsdienere gewaltsam beendet. Gegen den Angeklagten wie auch gegen andre Teilnehmer am Vergnügen ward ein Vorverfahren eingeleitet, welches zur Erhebung einer Anklage aber nicht führte. Am 27. Oktober v. J. war wiederum ein geschlossenes Vergnügen desselben Vereins angemeldet worden; gewirgt durch den Mithelzug des Einsprechens vom 8. Juli war eine größere Anzahl von Beamten beauftragt worden, zu beobachten, ob das Vergnügen thatsächlich die Bedingungen einer geschlossenen Gesellschaft erfüllte. Diese Beobachtungen gaben dem Angeklagten Veranlassung, in der Versammlung am 28. Oktober das Verhalten der Behörde zu kritisieren und hierbei soll er nach der Anklage geäußert haben, daß der Gendarm Reichle sich die halbe Nacht in Civil um das Schmauserische Lokal herumgetrieben habe. Bei der Verhandlung bestritt der Angeklagte, vom „Herumtreiben“ des Beamten gesprochen zu haben; er habe nur gesagt, daß der Beamte herumgelaufen sei. Vor der Verteidigung der Gendarmen Reichle und Thörmer beantragte der Angeklagte, die Zeugen nicht zu verurteilen, da sie ihm feindselig gestimmt seien, einen falschen Bericht an ihre vorgesetzte Behörde erstattet und in dem abgeschlossenen Strafverfahren gegen den Arbeiter Hildebrandt wesentlich falsches geschworen hätten, wodurch die Zeugen ungläubwürdig seien; um den Beweis hierüber anzutreten zu können, beantragte er die Vertagung der Verhandlung und Ladung neuer Zeugen. Der Zeuge Reichle beantragte sofort die Protokollierung dieser Bewandlungen, da er beabsichtige, Straf-antrag gegen den Angeklagten zu stellen, zog aber nach der Belehrung durch den Vorsitzenden, daß dem Angeklagten in diesem Fall der § 193 zur Seite stehe, seinen Antrag zurück. Er beklundete aber, daß er erst auf Befehl seiner vorgesetzten Behörde zur Stellung des Strafantrags veranlaßt worden sei. Die Zeugen wurden vorläufig unbedeutet vernommen. Während der Gendarm Thörmer nur bekundete konnte, daß er sich nicht mehr genau auf den Wortlaut besinnen könne, aber der Aufassung sei, daß der Angeklagte von Herumlagerern oder Herumtreibern gesprochen habe, behauptete der Gendarm Reichle positiv, daß der Angeklagte den Ausdruck „Herumtreiben“ gebraucht habe. Einen neuen Antrag des Angeklagten, die Verhandlung zu vertagen, lehnte der Gerichtshof ab; die Gendarmen wurden verurteilt und der Staatsanwalt beantragte 30 M. Geldstrafe, auf welche das Gericht dem auch erkannte. Außerdem wurde dem Gendarm Publikationsbefugnis zugesprochen.

### Vermischtes.

**Erdbeben in Schlesien.** Schlesiens Zeitungen zufolge wurde Donnerstagmorgen gegen 3/4 Uhr in Hain im Riesengebirge ein stärkeres Erdbeben gespürt. In etwa zehn Sekunden erfolgten ungefähr zwölf aufeinander aus Süden kommende Stöße. In der Gebirgstadt Olag wurde eine heftige Erschütterung in der ganzen Stadt wahrgenommen, Zimmerdecken gerieten stark ins Schwanken und verurlichen Geräusch. Ferner wurde in Friedland, Görbersdorf und andern Orten eine anderthalb Sekunden andauernde Erschütterung beobachtet. Das Wetter war dabei klar mit Mondschein und bei südlichem Winde. Die Bewegung war stellenweise so heftig, daß es den Menschen, die im Bett lagen, so vorkam, als ob sie in die Höhe geworfen und geschüttelt wurden, so daß sie erschrocken aus dem Schlafe aufwachen. — Auch auf dem „Weißen Hirsch“ bei Dresden wurde Donnerstagmorgen 3/4 Uhr ein kurzer Erdstoß wahrgenommen.

Ebenfalls liegen aus Böhmen Mitteilungen über Erdbeben vor. Um 4 Uhr morgens wurde in Neustadt an der Mettau ein starkes Erdbeben verspürt. Auch in Nachod erfolgte ein heftiger Erdstoß. Angeblich ist in einer Ortschaft das Schulgebäude stärker beschädigt.

Reichenberg, 10. Januar. (B. H.) Heute morgen 3/4 Uhr wurde hier sowie in der Umgebung von Trautenau und Braunau ein drei Sekunden dauerndes heftiges Erdbeben verspürt.

Jittau, 10. Januar. (B. H.) Das Erdbeben, das heute früh zwischen 3 und 1/2 Uhr in einem großen Teile Schlesiens und Böhmens verspürt worden ist, ist auch hier und in der ganzen Lausitz wahrgenommen worden. Ein gleiches wird aus Böhmen und aus der Dresdener Gegend gemeldet.

**Zur Strandung des Dampfers „Ruffie“** wird aus Marseille berichtet, daß alle an Bord befindlichen Personen wohlbehalten sind. Der Kreuzer „Galileo“ und der Schleppdampfer „Travailleur“ trafen gestern morgen in Sicht von Faraman ein, um dem Dampfer „Ruffie“ Hilfe zu leisten. Zwei andre Schiffe gehen ebenfalls in See, um sich an dem Rettungsversuche, der trotz der hohen See stattfinden sollte, zu beteiligen. Aus Marseille wird weiter berichtet: Eine aus Faraman heute früh 9 Uhr an die „Société Générale des Transports maritimes“ gelangte Depesche besagt, daß ein Boot sich an die Seite der „Ruffie“ gelegt hat. Um 8 Uhr wurde eine Verbindung mittels Seils hergestellt, um dem Dampfer Lebensmittel zuzuführen und wenn möglich die Rettung zu versuchen. Das Wetter ist lieblich, ein Dampfer hält sich in einer Entfernung von 1/4 Meilen für alle Fälle bereit, man hat begründete Hoffnung, die Schiffbrüchigen, welche sich alle wohl befinden, retten zu können.

**Die Opfer des Brandunglücks in Köln** wurden Donnerstagvormittag zu Grabe getragen. Besonders großes Mitgefühl zeigte sich für den Inhaber des Ladens, der Frau und sämtliche Kinder durch das Feuer verloren hat, sowie für den Arbeiter Schlemmer, der mittags, als er von der Arbeit nach Hause kam, seine Frau und sein siebenjähriges Kind als verkohlte Leichen vorfand.

**Zu dem Funde in der Koniger Mordsache** wird uns von dort gemeldet: Die bereits telegraphisch mitgeteilt, sind bei der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft das Jodett und die Weste des ermordeten Gymnastisten Ernst Winter eingeliefert worden. Diese Kleidungsstücke sind Mittwochnachmittag zwischen 3 und 4 Uhr durch Spielleute des 14. Infanterie-Regiments in einer Kammerkammer in der Nähe des Weges nach Klein-König, links von dem von König nach Zaubersdorf führenden Wege — zwischen Schützenhaus und Wilhelmshöhe — aufgefunden. Dieselben sind heute durch einen intimen Freund des Ermordeten, den Sekundanten Hans Boed, auf das Bestimmteste als diejenigen des Winter wiedererkannt worden. Während die Weste sehr zerfetzt ist, war das Jodett ziemlich unbeschädigt; doch war das Kermelkutter des letzteren stark mit Blut durchtränkt. In der Tasche des Jodetts befand sich übrigens auch das mit E. W. gezeichnete Taschentuch, welches die Frauen Hof und Berg bekannlich in der Reuzischen Wäsche bemerkten hatten wollten. Es gewinnt den Anschein, daß das ganze Verbrechen in ein andres Stadium übergeht. Die umfangreichsten Ermittlungen sind wieder im Gange und sollen möglichst geheim gehalten werden.

**Ein wahnsinniger Antirichter.** Während des Vortrags des Unterstaatssekretärs Peiri in der Konferenz praktischer Juristen zu Straßburg wurde ein Antirichter plötzlich tobisch und unterbrach den Redner mit den Worten: „Ihm tut das verdammte Gesetzbuch!“ Der Kranke wurde in die Heilanstalt Stephansfeld gebracht.

**In Konstantinopel** wurde ein Pestfall mit tödlichem Ausgang festgestellt. Der Gesundheitsrat hielt Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab, in der alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden.

**Große Schneefälle** werden aus Südrussland gemeldet. In der Umgegend von Odessa blieben fünf Personenzüge infolge von Schneeverwehungen stehen, wodurch etwa 200 Personen in schlimme Lage kamen. Es wurden 4000 Soldaten und Arbeiter entsandt, um den Schnee von den Linien wegzuschaffen.

### Marktpreise von Berlin am 9. Januar 1901

nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.		nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.		
Ware	Preis	Ware	Preis	
*) Weizen, gut	15,40	15,32	6 — 4,50	
„ mittel	15,24	15,16	1,90 1,20	
„ gering	15,08	15 —	1,30 1 —	
*) Roggen, gut	14,50	14,22	Schneemelk	1,90 1,10
„ mittel	14,14	14,06	Kaffeebohnen	1,80 1 —
„ gering	13,98	13,90	Dammelmehl	1,60 0,90
*) Weizen, gut	15,40	14,70	Butter	2,80 2 —
„ mittel	14,00	13,90	Eier 60 Stck	5,50 3,20
„ gering	13,80	13,10	Käse 1 kg	2,20 1,30
*) Weizen, gut	16 —	16,30	Käse	2,80 1,20
„ mittel	15,20	14,50	Haber	2,50 1,20
„ gering	14,40	13,80	Gerste	2 — 1 —
Rübsaat	7,50	6,82	Barfisch	1,60 0,80
Den	8,20	5,60	Salz	3 — 1,20
Urben	40 —	35 —	Diret	1,40 0,70
Verleibohnen	45 —	35 —	Rebje	12 — 2,50
Urben	70 —	30 —		

\*) ab Bahn und frei Mühle.

\*\*) frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 10. Januar.** Bei allem Geschäft zeigte der Getreidemarkt heute schwache Tendenz auf Realisationen, die durch schwächlichen Nachschlag der hiesigen Mühlen, die Fortdauer der günstigen Witterung und mittere nordamerikanische Notierungen gefördert wurden. Die Weizenpreise für Weizen haben um 0,50 M., die für Roggen um 0,25 M. nach. Oker war bei ruhigem Verstehe fest. Mühl lieh ferner um 10 Pf. nach. — Spiritus. 70er Voco Spiritus zog um 10 Pf. auf 44,90 M. an.

### Witterungsübersicht vom 10. Januar 1901, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand um	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. 8 Uhr	Stationen	Barometer stand um	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. 8 Uhr
Stettin	760,0	SW	3	wolkf.	— 8	Danzig	762,0	NO	2	bedekt	— 8
Bamberg	766,0	SO	3	wolkf.	— 7	Petersburg	771,0	SO	1	Schnee	— 6
Berlin	768,0	SO	2	wolkf.	— 6	Kiel	753,0	SO	5	bedekt	— 3
Frankf.	767,0	SW	—	wolkf.	— 7	Bremer	761,0	—	2	bedekt	— 0
München	—	—	—	—	—	Paris	—	—	—	—	—
Wien	775,0	SO	3	Rebel	— 9						

**Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Januar 1901.** Ein wenig wärmer bei schwachen südlichen Winden und zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.